

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

62. Jahrgang · 27–28/2012 · 2. Juli 2012



## Wohlstand ohne Wachstum?

*Meinhard Miegel · Ulrich Brand*

Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen

*K.-H. Paqué · B. Jochimsen · M. O. Bettzüge · U. Schneidewind*

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität: aktuelle Debatten

*Christian Kroll*

Neue Indikatoren – und ein Glücks-Audit für die Politik

*Till van Treeck*

Ungleiche Einkommensverteilung als Hindernis

*Johannes Hoffmann · Gerhard Scherhorn*

Nachhaltigkeit und marktwirtschaftliche Ordnung

*Nicole Rippin*

Wachstum für alle?

*Claus J. Tully*

Nachhaltiger Konsum

*Christian Neuhäuser*

Faires Wachstum und die Rolle der Unternehmen

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

## Editorial

Vor 40 Jahren veröffentlichte der Club of Rome den Bericht „Grenzen des Wachstums“. Der Befund war alarmierend: Die herrschenden Produktions- und Lebensweisen industrialisierter Gesellschaften seien langfristig nicht tragbar; sie erschöpften die natürlichen Ressourcen und drängten die Erde an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit. Der Bericht munitionierte eine bis heute andauernde Debatte und war eine wichtige Grundlage für die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen. Auch die deutsche Politik beschäftigt sich intensiv mit den ökologischen Konsequenzen unseres Wirtschafts- und Wohlstandsmodells. So soll die 2011 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ politische Handlungsempfehlungen für ein „ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften“ entwickeln.

Diese Aufgabe umfasst nichts Geringeres als die Neudefinition – und Neuvermessung – gesellschaftlichen Fortschritts. Neben der Frage, was unter Wohlstand und Lebensqualität gemeint ist und wie sie entsprechend gemessen werden können, kreisen die Diskussionen darum, welche Art von Wachstum notwendig ist, um möglichst viele Menschen „glücklich“ zu machen. Dabei dürfen natürliche Ressourcen nicht unwiederbringlich aufgebraucht und die Umwelt nicht zerstört werden.

Die Herausforderung gerät zur Mammutaufgabe, nicht zuletzt deshalb, weil diese Fragen nicht losgelöst von grundsätzlichen sozialphilosophischen Positionen zu betrachten sind. Je nachdem, welche Triebfedern als Ursachen des „Raubbaus an den natürlichen Ressourcen“ ausgemacht werden, unterscheiden sich die Lösungsansätze: Sind es Mentalitäten von Menschen oder ist es die „Natur“ des kapitalistischen Systems an sich, seine profitgetriebenen Produktionslogiken? Es gilt, für diese im Kern hochpolitischen Fragen Lösungen zu finden, die der sozialen und gesellschaftlichen Dimension gerecht werden.

*Asiye Öztürk*

# Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen

Die Autoren der folgenden Beiträge sind Sachverständige Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestags. Die Beiträge geben nicht die Auffassung der Enquete-Kommission wieder. (Anm. d. Red.)

Meinhard Miegel

## Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?

Essay

Beim derzeitigen Wissens- und Könnensstand der Menschheit führen Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung dazu, dass immer mehr Länder die Tragfähigkeitsgrenze der Erde durchbrechen und dadurch die Grundlagen ihres bisherigen Erfolges zerstören. Dieser Befund ist ebenso ernüchternd wie besorgniserregend. Von den 158 datenmäßig erfassten Ländern haben etwa 250 Jahre nach Anbruch der Moderne und dem Beginn der Industrialisierung erst 43 einen Entwicklungsstand erreicht, der hinsichtlich der Lebenserwartung und des Bildungsstands der Bevölkerung sowie der pro Kopf erwirtschafteten Gütermengen den heutigen Vorstellungen und Erwartungen von Westeuropäern, Nordamerikanern oder Japanern entspricht. In diesen 43 Ländern lebt mit etwa einer Milliarde Menschen recht genau ein Siebentel der Weltbevölkerung. Soweit der ernüchternde Befund.

Der besorgniserregende Befund ist, dass sich kein einziges dieser Länder innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde befindet. Soll heißen: Sie verbrauchen Regenerierbares

schneller, als die Erde es zu regenerieren vermag, erzeugen mehr Schadstoffe, als von Luft, Wasser und Böden abgebaut werden können und setzen bei allem Nicht-Regenerierbarem darauf, dass dem Menschengeschlecht schon etwas einfallen werde, wenn dieses zur Neige geht. So wirtschaften sie munter drauflos und kümmern sich nicht darum, dass die Weltbevölkerung, wirtschaftete sie wie beispielsweise die US-Amerikaner, vier Globen benötigen würde – und folgte sie den angeblich so ressourcen- und umweltbewussten Deutschen immerhin noch 2,6.

Diesen Reichen stehen jene gegenüber, welche die Erde nicht überfordern, dafür aber materiell arm sind. Ihnen können derzeit 57 Länder zugerechnet werden, unter ihnen so bedeutende wie Indien. Insgesamt leben in diesen Ländern mit rund 2,7 Milliarden Menschen knapp zwei Fünftel der Weltbevölkerung. Die Kehrseite für ihren zumeist nicht freiwillig schonlichen Umgang mit Umwelt und Ressourcen ist neben einem niedrigen materiellen Lebensstandard eine im weltweiten Vergleich geringe Lebenserwartung und Bildung.

Zu einer dritten Gruppe gehören gegenwärtig 58 Länder, unter ihnen ein Schwergewicht wie China, mit einer Gesamtbevölkerung von rund 2,5 Milliarden Menschen.<sup>1</sup> Kennzeichnend für diese Gruppe ist, dass sie zwar mehrheitlich noch weit von der Wohl-

<sup>1</sup> Vgl. United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2011, New York 2011, S. 127; Global Footprint Network, National Footprint Accounts, 2011, online: [www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint\\_data\\_and\\_results](http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_data_and_results) (11.6.2012).

habenheit der Arrivierten entfernt ist, aber dennoch schon jetzt die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde zum Teil erheblich überschreitet und mit jedem weiteren Schritt in Richtung Wohlhabenheit weiter hinter sich lässt.

Ist das also die Alternative, welche die Menschheit 250 Jahre nach ihrem großen Aufbruch hat: lange, gesunde Leben bei guter Bildung und einem im internationalen und historischen Vergleich hohen Wohlstandsniveau bei gleichzeitiger Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen oder Wahrung eben dieser Grundlagen bei Leben, die in den Worten des britischen Philosophen Thomas Hobbes zu meist elend, brutal und kurz sind?

Das ist die eigentliche Wachstums- und Wohlstandsfrage, die der Menschheit auf den Nägeln brennen müsste – und nicht, ob mehr Wachstum und materieller Wohlstand wünschenswert seien, nicht zuletzt, weil dadurch möglicherweise zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, Renten leichter zu finanzieren sind oder Staatshaushalte besser ausgeglichen werden können. Denn diese Fragen sind banal. Die Antwort auf sie steht nämlich von vornherein fest: Es ist ein eindeutiges Ja – zumindest auf kurze Sicht.

Aber was ist mit dieser Antwort gewonnen? Oder anders gewendet: Was nutzt es gut beschäftigten Erwerbstätigen, auskömmlich versorgten Rentnern und Politikern, die aus dem Vollen schöpfen können, wenn zugleich eine überforderte Erde unter ihren Füßen zerbrösel?

## Menschliche Schöpferkraft vs. rigore Ausbeutung der Natur

Das jedoch ist die unbequeme Wahrheit: Mit jedem Promille, das die Güter- und Dienstmenge weltweit zunimmt, schwinden unwiederbringlich Bodenschätze sowie Tier- und Pflanzenarten, steigt die Umweltbelastung und werden weithin Gesellschaften zermürt. Stagniert die Güter- und Dienstmenge hingegen oder sinkt sie sogar, atmet die Natur messbar auf, der CO<sub>2</sub>-Anstieg in der Atmosphäre verlangsamt sich und der Säuregehalt der Meere nimmt etwas verhaltener zu. Hätte es noch eines Beweises bedurft, dass die historisch einzigartige Wachstums- und Wohlstandsexpansion, von der

seit 250 Jahren immer größere Teile der Welt erfasst werden, nicht in erster Linie Triumph menschlicher Schöpferkraft, sondern Folge einer rigorosen Ausbeutung der Natur und in gewisser Weise auch des Menschen ist, wäre er durch diesen engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung schlagend erbracht. Beide sind Seiten ein und derselben Medaille, welche die Aufschrift trägt: menschlicher Fortschritt.

Nun soll nicht verkannt werden, dass Viele – die einen mehr, die anderen weniger – seit geraumer Zeit erhebliche Anstrengungen unternehmen, diese fatale Verbindung zwischen Wachstum und materieller Wohlstandsmehrung auf der einen sowie Verschleiß von Umwelt und Mensch auf der anderen Seite zu durchtrennen oder wenigstens zu lockern, und unbestreitbar gibt es auch Erfolge. Doch alles in allem sind die Ergebnisse mager. Von einer wirklichen Entkopplung kann nirgendwo die Rede sein. Noch marschieren materielle Wohlstandsmehrung und Zerstörung der Lebensgrundlagen im Gleichschritt nebeneinander, wobei noch nicht einmal mehr sicher ist, ob nicht letztere gerade dabei ist, an ersterer vorbeizuziehen.

Das heißt nicht, dass nicht eines Tages der große Durchbruch gelingt – in den Worten der Bundesregierung – eine Art des Wirtschaftens gefunden wird, die nicht die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstört. Ob dieser Durchbruch allerdings bereits in der laufenden Dekade stattfinden wird, wie die Bundesregierung meint hoffen zu dürfen, darf füglich bezweifelt werden.<sup>12</sup> Wer weiß das schon? Zurzeit spricht jedenfalls nichts dafür und niemand vermag zu sagen, ob ein solcher Durchbruch überhaupt jemals kommt. Aber selbst wenn sich das Großartige irgendwann ereignen sollte, ändert dies nichts daran, dass wir vorerst – ohne absehbares Ende – in einer Welt leben, in der Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung ambivalent, das heißt zugleich Segen und Fluch sind.

Sie sind wie bestimmte Medikamente oder Strahlentherapien, deren heilsame Wirkungen

<sup>12</sup> Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 10.11.2009, online: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2009/2009-11-10-merkel-neue-Regierung.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2009/2009-11-10-merkel-neue-Regierung.html) (11.6.2012).

außer Frage stehen, die aber auch äußerst bedenkliche Neben- und Folgewirkungen haben. Sie können Leben retten, aber auch zu Siechtum und Tod führen. Das klingt schrill und dramatisch, trifft aber recht genau den Sachverhalt. Denn was bedeutet es für die Bewohner von Inselstaaten im Indischen Ozean, deren Lebensraum infolge des globalen Wirtschaftswachstums im Meer versinkt, oder von afrikanischen Savannen, die aus demselben Grund zur Wüste werden? Für sie bedeutet dieses Wachstum den Verlust ihrer Heimat, ihrer Existenz und vielleicht sogar ihres Lebens.

Denn in den entwickelten Ländern haben viele keine andere Art zu leben gelernt, weshalb sie um beinahe jeden Preis an ihr festhalten. Und in den sich entwickelnden Ländern hat die große Mehrheit den nicht nur unbändigen, sondern auch verständlichen Wunsch, in nicht zu ferner Zukunft zur Spitzengruppe aufzuschließen und deren materiellen Lebensstandard zu teilen. Zugleich aber wird sich vornehmlich in den entwickelten Ländern ein Prozess der Enttäuschung und Besinnung fortsetzen, der sich vor wenigen Jahrzehnten anbahnte und jetzt Fahrt aufzunehmen scheint.

## Menschliches Wissen und Können

Das Dilemma ist manifest. Da die Menschheit – mit den Völkern der früh industrialisierten Länder an der Spitze – bislang nicht die Art des Wirtschaftens gefunden hat, die nicht die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstört oder anders gewendet: da sie auch nach einer Jahrhunderte und Jahrtausende langen Entwicklung noch nicht über das Wissen und Können verfügt, das es ihr ermöglicht, ohne Beschädigung ihrer Lebensgrundlagen einen materiell hohen Lebensstandard zu genießen, steht sie nunmehr an einer Wegscheide. Entweder sie geht in der bisherigen Richtung weiter und steht – vorbehaltlich des Wunders bisher noch nie dagewesener innovativer Durchbrüche – über kurz oder lang am Abgrund, oder sie lernt so zu leben, wie es ihrem jeweiligen Wissens- und Könnensstand entspricht.

Welche Alternative sie wählen wird, ist unmöglich vorherzusagen. Einerseits ist der Mensch – geprägt von der Erfahrung, erst einmal das Heute zu meistern, ehe er sich dem Morgen oder gar Übermorgen zuwendet – ein Kurzfristoptimierer. Der sprichwörtliche Spatz in der Hand ist ihm lieber als die Taube auf dem Dach. Andererseits vermögen neue Einsichten, gefördert von spürbaren Veränderungen der Lebensbedingungen und mehr noch von Katastrophen, durchaus Umorientierungen zu bewirken. Worauf gilt es sich also einzustellen?

Nach Lage der Dinge auf beides. Milliarden von Menschen werden weitermachen wie bisher oder dies zumindest versuchen, auch wenn sie das über kurz oder lang ökologisch, sozial und schließlich auch ökonomisch kollabieren lässt.

## Debatten um Wachstum und Lebensqualität

Mittlerweile sind aus der Wissenschaft, der Politik, den Kirchen und zahlreichen anderen Institutionen Töne zu vernehmen, die noch vor gar nicht langer Zeit befremdlich geklungen hätten. So weist der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 2012 darauf hin, wie wichtig es sei „frühzeitig eine Debatte darüber zu beginnen, wie essenzielle gesellschaftspolitische Ziele auch ohne oder mit sehr niedrigem Wachstum erreichbar bleiben“.<sup>¶</sup> Eine solche Debatte dürfte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel anzuschließen bestrebt sein, wenn sie erklärt: „Wie schaffen wir es, weltweit nachhaltig (...) Wachstum zu schaffen? (...) Wir müssen lernen, mit begrenzten Ressourcen umzugehen. Sicherlich kann nicht allein die Größe des Bruttoinlandsprodukts (...) der einzige Wachstumsindikator sein. Es geht um Lebensqualität. Es geht um Bildung. Es geht um sozialen Frieden, um innere und äußere Sicherheit.“<sup>†</sup> Noch deutlicher wird Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, wenn er zu Protokoll gibt: „So sehr wir uns für die Beseitigung des Hungers überall in der Welt einsetzen müssen, so sehr sollten wir uns andererseits in unseren eigenen westlichen Ländern für eine Begrenzung des Wirtschaftswachstums einsetzen.“<sup>‡</sup>

¶ Sachverständigenrat für Umweltfragen, Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt, Berlin 2012, S. 2.

† Angela Merkel anlässlich der Veranstaltung „20 Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ am 29. Juni 2010 in Berlin, online: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-29-rede-20-jahre-bkamt.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-29-rede-20-jahre-bkamt.html) (11.6.2012).

‡ Wolfgang Schäuble, Sind wir zu satt für Gott?, in: Christ & Welt, (2011) 51.

Da sind sie, die Reiz- und Tabubegriffe wachstumsfokussierter Gesellschaften: „Zielerreichung ohne Wachstum“, „es geht um Lebensqualität, Bildung, Frieden, Sicherheit“, „freiwillige Begrenzung des Wachstums“. Freilich werden sie durch dieses Aufblitzen im öffentlichen Diskurs noch nicht zu gesellschaftlichem Gemeingut. Namentlich das Denken und Handeln der Politik ist weitgehend noch immer geprägt von traditionellen Wachstumsvorstellungen. Wovon hängen Investitionen, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit sowie Bildung und öffentliche Haushalte, aber auch die Zukunft des Euro und mit ihr ganz Europas ab? Selbstredend von Wachstum – darin sind sich alle einig: Internationaler Währungsfonds und Weltbank, Europäische Kommission und nationale Regierungen, Wirtschaftsverbände und Europäische Zentralbank. Ohne Wachstum geht für sie nichts.

Viele Völker, zweifelsfrei jedoch diejenigen früh industrialisierter Länder, haben sich damit in eine absurde und zugleich prekäre Lage gebracht. Sie haben ihr Wohl und Wehe von einer Voraussetzung abhängig gemacht, die zu gewährleisten sie außerstande sind. Sie meinen, Wachstum zu brauchen wie die Luft zum Atmen. Aber sie können es nicht erzeugen und noch nicht einmal aufrechterhalten.

Warum eigentlich nicht? Warum sehen sich die meisten früh industrialisierten Länder seit Langem veranlasst, ihre chronische Wachstumsschwäche durch riesige Schuldenmilliarden wenigstens notdürftig zu kaschieren? Was sind die Gründe für diese Schwäche? Wieso lässt der ständig geschlagene Funke die Feuer nicht lodern, weder in Europa noch in Nordamerika noch in Japan? Warum beschäftigen sich so wenige mit der Frage, was denn da wachsen soll und wie? Und warum heißt es stattdessen: Ein neuer Marshallplan muss her, nicht nur für Griechenland, nein, für den ganzen Süden Europas oder besser noch für den ganzen Kontinent!

Zwar gibt es durchaus Stimmen, welche diese Wachstumsbeschwörungen als wenig Erfolg versprechend verwerfen. Aber zu einer Antwort auf die immer wiederkehrende Frage „Warum lässt das Wachstum in fast allen entwickelten Ländern zu wünschen übrig?“ ringen auch sie sich nicht durch. Dabei ist sie lapidar: Das Wachstum stockt in diesen

Ländern, weil es sich ausgewachsen hat oder genauer, es stockt nicht zuletzt deshalb, weil diejenigen, die es anschieben könnten, inzwischen andere, aus ihrer Sicht lohnendere Ziele verfolgen.<sup>16</sup> Es stößt an Grenzen und bewegt sich auch dann nicht mehr, wenn ständig mit der Peitsche geknallt wird. Das macht die Herausforderungen sowohl einfacher als auch schwieriger.

## Von Quantität zu Qualität

Es macht sie einfacher, weil mit jedem Jahr deutlicher wird, dass das geringe oder auch ausbleibende Wirtschaftswachstum beziehungsweise seine hohe Abhängigkeit von immer neuen Konjunkturspritzen nicht Ausdruck einer Krise ist, die sich mit diesen oder jenen Maßnahmen überwinden ließe, sondern Ausdruck einer grundlegend veränderten Wirklichkeit und mithin einer neuen Normalität. Der Organismus, der während vieler Jahre beständig wuchs, hat nunmehr diese Phase hinter sich gelassen und ist eingetreten in die Phase der Reifung, des Um- und Ausbaus. Damit ist er weiterhin vital und aktiv. Aber seine Vitalität und Aktivität manifestieren sich anders als in der Vergangenheit. An die Stelle vorrangig quantitativer Veränderungen treten vermehrt qualitative.

Das aber macht die Herausforderungen schwieriger. Denn die Völker der früh industrialisierten Länder sind auf diesen Umschlag vom Quantitativen zum Qualitativen – trotz aller gegenteiligen Rhetorik – nicht eingestellt. In gewisser Weise ähneln sie Menschen, welche die Kraft und Ausdauer der Jugend als einen Dauerzustand ihrer Existenz ansehen und eines Tages mit den Lebensbedingungen des Alters zurechtkommen müssen. Manche zerbrechen daran. Auch Gesellschaften.

Die Völker der früh industrialisierten Länder sind bisher nur darin geübt, unter Bedingungen historisch beispielloser Wachstumsraten Verteilungskonflikte zu entschärfen, Beschäftigung zu sichern oder

<sup>16</sup> Vgl. Forsa, Wohlstand für alle? Meinungen und Einschätzungen der Deutschen im Frühsommer 2012, online: [www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2012/120606\\_forsa\\_umfrage.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2012/120606_forsa_umfrage.pdf) (11.6.2012).



zu investieren. Dass sie das alles auch einmal ohne Wachstum zu bewältigen haben würden, kam ihnen nicht in den Sinn. Doch jetzt ist es so weit. Die Weichen müssen gestellt werden: noch ein Weilchen weitermachen wie bisher und dann gegebenenfalls der steile Absturz oder vorausschauende Anpassung der materiellen Lebensbedingungen an den jeweiligen Wissens-, Könnens- und Erkenntnisstand.

Dabei sind sich die Anhänger beider Richtungen darin einig, dass das menschliche Wissen und Können erheblich verbessert werden muss, wenn der materielle Lebensstandard nicht drastisch sinken soll. Diejenigen, die glauben, weitermachen zu können wie bisher, erhoffen sich von mehr Wissen und Können die rettenden innovativen Durchbrüche, während die anderen auf diese Weise den Raubbau an Natur und Mensch zurückzudrängen versuchen, ohne allzu große Einbußen ihres gewohnten Lebensstandards hinnehmen zu müssen.

## Im Kern geht es um Mentalitäten

Doch so unstrittig es ist, *dass* menschliches Wissen und Können verbessert werden müssen, so strittig ist, welches Wissen und Können gefördert werden soll und wie dies geschehen kann. Diejenigen, die vorrangig technischen Fortschritt als Allheilmittel ansehen, setzen verständlicherweise auf technisches Wissen und Können. Für die anderen ist jedoch gerade diese Verengung eine wesentliche Ursache für die entstandenen Probleme und folglich keine Lösung. Sie fordern deshalb die Entfaltung aller menschlichen Fakultäten und Facetten, namentlich auch der musischen, sozialen und emotionalen. Für sie bilden diese die eigentliche Grundlage von Kreativität, ohne die auch der technische Bereich nicht florieren kann.

Für diese Sichtweise spricht, dass alle Völker, deren wirtschaftlich expansive Phase endet – sei es in absehbarer Zukunft ungesteuert abrupt, sei es gestaltet – ihre gegenwärtig teilweise ungeübten mentalen Kräfte wecken müssen, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Diese Herausforderungen haben nämlich nur vordergründig materielle Dimensionen. Im Kern geht es um Mentalitäten.

Konkret: Bei dem immens hohen materiellen Wohlstandsniveau, das die früh industrialisierten Länder in den zurückliegenden 250 Jahren erreicht haben, braucht auch dann keiner zu hungern und zu frieren oder unbehaust und ungebildet zu bleiben, wenn dieses Niveau nicht weiter steigt oder sogar messbar sinkt. Wirtschaftete beispielsweise ein Land wie Deutschland heute innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde, betriebe es also keinen Raubbau und beteiligte es sich nicht an der Zerstörung der Lebensgrundlagen, stünden pro Kopf der Bevölkerung etwa 40 Prozent der derzeitigen Güter- und Dienstmenge zur Verfügung.

Der großen Mehrheit ist das ein Horrorszenario, dessen Verwirklichung sie mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Und es stimmt ja: Ein erstrebenswertes Ziel ist dies nicht, weshalb auch alle Anstrengungen unternommen werden sollen, durch mehr Wissen und Können den Wohlstand zu steigern. Nur, als Anfang der 1960er Jahre just jene 40 Prozent erwirtschaftet wurden, galten Deutschland als Wirtschaftswunderland und seine Bürgerinnen und Bürger als Wohlstandsbürger, die Ludwig Erhard zum Maßhalten aufrief.<sup>¶</sup>

Seitdem sind die Menschen nicht hungriger oder unbehauster geworden. Ihre Mägen und Truhen sind voller als jemals zuvor. Verändert haben sich lediglich ihre Einstellungen, ihre Mentalitäten. Was eben noch genügte, genügt nicht länger. Dabei ist die große Mehrheit einem echten Bedürfniskonsum – auch auf hohem Niveau – längst entwachsen. Immer größere Teile ihres Verbrauchs dienen der Befriedigung unhinterfragter Gewohnheiten und persönlicher Eitelkeiten, der Selbstdarstellung und der Konkurrenz mit anderen.

Dafür wird die Erde ausgeplündert und die Gefahr eines Kollapses heraufbeschworen und nicht etwa, um einen gehobenen Lebensstandard zu genießen. Wirklichen Verzicht braucht auf absehbare Zeit kaum einer zu üben, vor allem, wenn der materielle Wohlstand künftig gleichmäßiger verteilt wird als

¶ So Ludwig Erhard in seiner Rede vor dem 13. Bundestag der CDU in Düsseldorf am 31. März 1965. Vgl. Karl Hohmann (Hrsg.), Ludwig Erhard – Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf-Wien-New York 1988, S. 921.

bisher. Für die meisten geht es lediglich darum, Ballast abzuwerfen. Von dem allerdings gibt es reichlich.

## Bedingungen der Mäßigung

Ein einziges Beispiel mag genügen: die Ernährung. Dass die Erzeugung und der Verbrauch von Nahrungsmitteln Ressourcen und Umwelt beanspruchen, ist zum größten Teil unvermeidlich. Vermeidlich ist hingegen, dass die privaten Haushalte in Europa ein Viertel der gekauften Ware in Mülleimer werfen und viele Menschen weit mehr essen und trinken als ihnen gut tut. Eine bewusste Ernährung würde ihr Wohlbefinden nachhaltig steigern. Von einigen schlechten Gewohnheiten abgesehen, würden sie auf nichts verzichten, und zugleich täten sie sich, ihren Mitmenschen und ihrer Umwelt viel Gutes. Entsprechendes gilt für die meisten anderen Lebensbereiche.

Bleibt die Frage, ob unter solchen Bedingungen der Mäßigung, auch wenn diese das individuelle und kollektive Wohl steigern, der von fast allen gewollte gesellschaftliche, wirtschaftliche, technische und kulturelle Fortschritt möglich bleibt. Auch hierauf ist die Antwort einfach: Er bleibt nicht nur, sondern er wird überhaupt erst möglich. Denn der Fortschritt der zurückliegenden 250 Jahre hat zwar den materiellen Wohlstand von Milliarden gemehrt. Zugleich hat er sie jedoch – und hier schließt sich der Kreis – aus den Tragfähigkeitsgrenzen der Erde katapultiert. Mit diesem Fortschritt wurden vor allem Pyrrhussiege errungen.

Der Fortschritt der Zukunft muss darauf gerichtet sein, das materielle und immaterielle Wohl der Menschen innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde zu schaffen und zu sichern. Von diesem Ziel sind wir heute weit entfernt. Das aber heißt: Der Fortschritt der Zukunft muss ein anderer sein als der bisherige. Bedingungen der Mäßigung dürften diesen Kurswechsel erleichtern.

Ulrich Brand

# Wachstum und Herrschaft

## Essay

Die Frage, welches Wachstum und welchen Wohlstand wir wollen, wird derzeit intensiv diskutiert. Das hängt mit der aktuellen Wirtschaftskrise und einer Intensivierung der Diskussion um die ökologische Krise zusammen.<sup>1</sup> Im Folgenden umreiße ich die Motive der sich entwickelnden starken Wachstumskritik. Darunter fasse ich jene

Vorschläge, die aus unterschiedlichen Gründen gegen ökonomisches Wachstum plädieren.<sup>2</sup> Ein umfassender Begriff der Wachstumskritik sollte nicht nur starke Positionen gegen Wirtschaftswachstum einbeziehen, sondern auch jene Ansätze, die für ein anderes Wirtschaftswachstum argumentieren.<sup>3</sup> Beispielsweise findet innerhalb der Gewerkschaften und in den keynesianischen Wirtschaftswissenschaften der Begriff des „qualitativen“ Wachstums Verwendung.<sup>4</sup> Der Verzicht auf Wachstum („Wachstumsskeptizismus“) wird hier mitunter als fortschrittsfeindlich kritisiert, als Idee von Postmaterialisten, die es sich leisten können, und als nicht erstrebenswerte „Askese“. Ökologisch orientierte Vorschläge für ein anderes Wachstum firmieren unter *Green New Deal* oder Grüne Ökonomie.<sup>5</sup> Weitere Beiträge setzen sich kritisch mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise auseinander.<sup>7</sup> Die Motive und Argumente einer grundlegenden, das heißt starken Kritik am Wirtschaftswachstum als geeignete wirtschaftspolitische Bezugsgröße sowie als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität sind vielfältig.<sup>8</sup>

### Ulrich Brand

Dr. habil., Dipl.-Pol., Dipl.-Betriebswirt (BA), geb. 1967; Professor für Internationale Politik, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Universitätsstraße 7, 1010 Wien/Österreich. [ulrich.brand@univie.ac.at](mailto:ulrich.brand@univie.ac.at)

Die bedeutendste Wachstumskritik ist der seit etwa 40 Jahren bestehende Diskussionsstrang der ökologischen Grenzen des Wachstums. Ausgehend von der Studie „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome aus dem Jahre 1972 entwickelte sich eine intensive



wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte. Die zentrale Annahme lautet, dass es eine Knappheit von Ressourcen sowie der Möglichkeiten der Energieumwandlung gibt. Diese Diskussion wird seit den 1990er Jahren ergänzt durch die Grenzen der Aufnahmefähigkeit etwa von Wäldern und Ozeanen („Senken“) sowie der Atmosphäre und Stratosphäre für Emissionen oder Immissionen (CO<sub>2</sub>, Chemikalien, Abfälle aller Art). Seit den 2000er Jahren wird die Zerstörung zusammenhängender Ökosysteme in der Diskussion wichtiger.<sup>9</sup>

Hier setzt die ökologisch ausgerichtete Post-Wachstumsdebatte an. Viel diskutiert ist etwa das Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ von Tim Jackson,<sup>10</sup> in dem er fragt, wie in einer Welt mit weiterhin hohem Bevölkerungswachstum und begrenzten Ressourcen Wohlstand beschaffen sein soll und

kann, ein „Wohlstand, der es den Menschen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, mehr Wohlbefinden zu erfahren und trotzdem die materiellen Umweltbelastungen zu reduzieren“.<sup>11</sup> Dabei vertraut er weder auf wirtschaftliches Wachstum noch auf technologische Lösungen. Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem bedürfe politischer Rahmenbedingungen (wie etwa einer ökologischen Steuerreform und Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen), kultureller Veränderungen (wie etwa des Abbaus von Konsumismus), einer Verkürzung der Lohnarbeitszeit, des Abbaus von Ungleichheit, der Stärkung der Fähigkeiten und des Sozialkapitals der Menschen sowie der Unterstützung der südlichen Länder beim Umbau ihrer Ökonomien.<sup>12</sup>

Einen zweiten Strang bildet die Glücksforschung, welche die These vertritt, dass ab einem bestimmten Punkt die Höhe des Einkommens kaum mehr mit wachsender Lebenszufriedenheit korreliert: „Wirtschaftswachstum war für lange Zeit Motor des Fortschritts, doch in den reichen Ländern ist dieser Antrieb inzwischen weitgehend erschöpft. Das ökonomische Wachstum ist nicht mehr wie einst von Maßnahmen für das Wohlergehen und Wohlbefinden der Bürger begleitet. Schlimmer noch: So haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zugenommen.“<sup>13</sup> Mehr Gleichheit schafft bessere soziale Beziehungen, so wie umgekehrt gesundheitliche und soziale Probleme in Ländern mit großen Einkommensdifferenzen signifikant stärker sind.<sup>14</sup>

Wirtschaftswachstum ab einer bestimmten Einkommenshöhe verschärft demgegenüber soziale Probleme, da in Gesellschaften mit weitgehend gesicherten Grundbedürfnissen Druck, Konkurrenz und Konsumismus zunehmen. Entsprechend benötigen die Menschen einen anderen Blick auf ihre

<sup>9</sup> Diese Diskussion geht auf die 1970er Jahre zurück. Vgl. Lutz Brangsch, Kennziffernfragen sind Machtfragen, in: Kurswechsel, (2011) 1, S. 25–38; Ulla Lötzer/Norbert Reuter, Wachstumskritik, in: Ulrich Brand et al. (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2012, S. 322f.

<sup>10</sup> Im Englischen wird der Begriff *de-growth*, im Französischen *décroissance* verwendet, die am ehesten mit „Wachstumsrücknahme“ oder „Rücknahme der Wachstumszwänge“ übersetzt werden können. Serge Latouche verwendet auch den Begriff des Nicht-Wachstums (*acroissance*). Vgl. Serge Latouche, Minuswachstum, in: Le Monde Diplomatique vom 12. 11. 2004.

<sup>11</sup> Vgl. Norbert Reuter, Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete?, in: Gegenblende, 15 (2012); Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis, Postwachstum, Hamburg 2011.

<sup>12</sup> Vgl. Ralf Krämer/Herbert Schui, Wachstum!?, in: Sozialismus, Supplement, (2010) 7/8; Friedrich Hinterberger et al. (Hrsg.), Welches Wachstum ist nachhaltig?, Wien 2009.

<sup>13</sup> Vgl. Matthias Machnig, Grünes Wachstum ist drin, in: Die Zeit vom 4. 11. 2010.

<sup>14</sup> Vgl. UNEP, Towards a Green Economy, Nairobi 2011; Ralf Fücks, Das Wachstum der Grenzen, in: böll-Thema, (2011) 2, S. 4 ff.; kritisch: Elmar Altvater, Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma?, in: Widerspruch 60, Juni 2011, S. 121.

<sup>15</sup> Vgl. Hans Christoph Binswanger, Vorwärts zur Mäßigung, Hamburg 2009; New Economics Foundation (NEF), The Great Transition, London 2010.

<sup>16</sup> Vgl. Johannes Pennekamp, Wohlstand ohne Wachstum, MPIfG Working Paper, Nr. 1, 2011.

<sup>17</sup> Vgl. Johan Rockström et al., Planetary Boundaries, in: Ecology and Society, 14 (2009) 2, S. 1–33.

<sup>18</sup> Vgl. Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, München 2011.

<sup>11</sup> Ebd., S. 54.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 175ff.; Joan Martínez Alier, Socially Sustainable Economic De-Growth, in: Development and Change, 40 (2009) 6, S. 1099–1119.

<sup>13</sup> Richard Wilkinson/Kate Pickett, Gleichheit ist Glück, Berlin 2010, S. 20.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 35, S. 61.

eigenen Gesellschaften, um überhaupt ein breiteres Verständnis von Lebensqualität zu erhalten.<sup>15</sup>

Ein dritter Strang nimmt Motive der ökologischen Kritik und der Glücksforschung auf und übersetzt sie in eine radikale Diagnose sowie eine attraktive Botschaft.<sup>16</sup> Die Diagnose lautet, dass die Menschen in den westlichen Gesellschaften über ihre Verhältnisse leben hinsichtlich der eigenen Leistungsfähigkeit und der lokal und regional vorhandenen Ressourcen. Zudem geht das Wirtschaftssystem einher mit Investitionen, entsprechenden Krediten und zu bedienenden Zinsen. Deshalb muss die Wirtschaft wachsen.<sup>17</sup> Die Botschaft ist: Die notwendige Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Nutzung der Senken durch weniger und andere industrielle Produktion kann mit einer stabileren Versorgung und mehr Glück im Sinne von subjektivem Wohlbefinden einhergehen. Das bedarf kultureller Veränderungen, insbesondere einer „kreativen Subsistenz“ durch Eigenproduktion, Gemeinschaftsnutzung und einer längeren Nutzungsdauer von Gebrauchsgütern.<sup>18</sup> Auf der Seite der Unternehmen kann der Wachstumszwang gemildert werden, indem lokal und regional produziert wird. Kürzere und entflochtene Produktionsketten fördern Nähe und Vertrauen, was „per se eine weniger zins- und renditeträchtige Kapitalbeschaffung ermöglicht“.<sup>19</sup> Hinzu kommen etwa die Reduktion und Umverteilung der Arbeitszeit und entsprechend dem veränderten Konsumverhalten langlebige Konsumgüter.

Konsens in der „starken“ wachstumskritischen Diskussion ist, dass es gesellschaftlicher Veränderungen bedarf, um vielfältige soziale und ökologische Probleme zu bearbeiten. Die Orientierung an wirtschaftlichem Wachstum ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Wohlstand ohne Wachstum ist vorstellbar, umsetzbar und unabdingbar. Die unterschiedlichen Beiträge stellen zudem

<sup>15</sup> Vgl. auch: Bruno S. Frey/Claudia Frey Marti, Glück, Zürich–Chur 2010; Richard Layard, Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt/M. 2009.

<sup>16</sup> Vgl. Niko Paech, Befreiung vom Überfluss, München 2012.

<sup>17</sup> Vgl. auch: Hans Christoph Binswanger, Vorwärts zur Mäßigung, Hamburg 2009.

<sup>18</sup> Vgl. N. Paech (Anm. 16), S. 120ff.

<sup>19</sup> Ebd., S. 108.

eine Kritik an der herrschenden Meinung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften dar, da sie den nutzenmaximierenden und ausschließlich auf die Güterwelt ausgerichteten *homo oeconomicus* sowie die Zentralität des Wirtschaftswachstums hinterfragen.<sup>20</sup>

Allerdings läuft die wachstumskritische Debatte Gefahr, zentrale Momente wirtschaftlichen, das heißt kapitalistischen Wachstums zu unterschätzen, nämlich ihren *herrschaftlichen Gehalt*. Wirtschaftswachstum reproduziert nämlich gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Lebenschancen und Handlungsspielräume, Vermögen und Einkommen höchst unterschiedlich verteilt sind. Es sichert gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss, Klassen- und Eigentumsverhältnisse, die asymmetrische Beziehung zwischen Männern und Frauen, zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sowie internationale Ungleichheiten. Dies soll im Folgenden anhand zentraler Argumente feministischer und marxistischer Wachstumskritik ausgeführt werden. Es bedarf dazu auch einer Präzisierung, was unter kapitalistischem Wachstum verstanden wird.<sup>21</sup> Mein Vorschlag lautet, dass die wachstumskritische Debatte insgesamt fruchtbarer geführt werden kann, wenn Wachstum in Verbindung mit der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise gesehen wird.<sup>22</sup> Diese ist eben nicht nur ein System, um Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu konsumieren, sondern auch ein System von Macht und Herrschaft – auch und gerade über die Natur. Dieser Aspekt wird in wachstums- und kapitalismuskritischen Arbeiten kaum thematisiert. Mit einer Perspektivausweitung, so meine zweite Überlegung, öffnen sich Debatten um ein anderes Wachstum oder Post-Wachstum für die wichtige Frage, wie Gesellschaft demokratisch gestaltet werden kann.

<sup>20</sup> Vgl. Serge Latouche, Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft, Zürich–Berlin 2004; Adelheid Biesecker/Sabine Hofmeister, Die Neuerfindung des Ökonomischen, München 2006; Tomáš Sedláček, Die Ökonomie von Gut und Böse, München 2012.

<sup>21</sup> So fragt Jackson, was unter Kapitalismus verstanden werden sollte, und stellt lapidar fest: „Das ist gar nicht so einfach.“ Vgl. T. Jackson (Anm. 10), S. 200.

<sup>22</sup> Vgl. Ulrich Brand/Markus Wissen, Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise, in: Alex Demirović et al. (Hrsg.), VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011, S. 78–93.

Feministische Wachstumskritik. Die feministische Wachstumskritik nimmt einige der oben genannten Motive auf; wenngleich feministische Einsichten immer wieder in anderen wachstumskritischen Beiträgen – und auch in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ – übergangen werden.<sup>F<sup>23</sup></sup> Wachstumskritische feministische Beiträge sehen *erstens* das kapitalistische System als in sich maßlos, das sich kaum um die Folgen des Wachstums kümmert. Die Gründe liegen unter anderem in der Grenzenlosigkeit des Geldes und dem profitgetriebenen Akkumulationszwang. Die kapitalistische Ökonomie ist *zweitens* eine Ökonomie der Trennung, in der formelle Marktprozesse von ihren Voraussetzungen – nämlich der nichtbezahlten Arbeit, insbesondere der Sorgearbeit, und den Elementen der Natur, die keine Waren sind – getrennt werden.<sup>F<sup>24</sup></sup> Die alltägliche Reproduktion der Menschen, so die Kritik, basiert aber nicht nur auf dem Erwerbseinkommen, sondern auf der meist unsichtbaren und von Frauen geleisteten Haus- und Pflegearbeit. Dies wiederum hängt an asymmetrischen Geschlechterverhältnissen, an gesellschaftlichen Bewertungen von „wertvoller“ und „nicht wertvoller“ Arbeit.<sup>F<sup>25</sup></sup> Insofern ist die Externalisierung von Kosten kein vom Staat durch entsprechende Regeln zu behebendes Marktversagen, wie die Wirtschaftswissenschaften annehmen, sondern ein „Prinzip“, das entscheidend zum Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft beiträgt. *Drittens* ist Wirtschaftswachstum eng verbunden mit einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis, das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert ist.

Aus feministischer Perspektive sind andere Verständnisse von Wohlstand und dessen Produktion sowie von Genuss notwendig – und damit ein viel breiteres Verständnis von Ökonomie, das über die kapitalistische markt-

<sup>F<sup>23</sup></sup> Vgl. Friederike Habermann, *Economy statt Economy*, in: *Informationen für die Frau*, 60 (2011) 10, S. 17–19.

<sup>F<sup>24</sup></sup> Vgl. Adelheid Biesecker/Uta von Winterfeld, *Geld, Wachstum und gutes Leben*, in: *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* (Hrsg.), *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*, Marburg (i. E.).

<sup>F<sup>25</sup></sup> Vgl. Adelheid Biesecker/Andrea Baier, *Gutes Leben braucht andere Arbeit*, in: *Politische Ökologie*, 29 (2011) 125, S. 54–63.

und geldvermittelte Wirtschaft hinausgeht. Gemeint sind viele nicht-kapitalistische Wirtschaftsformen, die unter anderem als Gemeinwirtschaftsökonomien bezeichnet werden.<sup>F<sup>26</sup></sup> Die Perspektive weitet sich deutlich aus: Es geht um die materielle Produktion und Reproduktion des Lebens, insbesondere in der Form eines vorsorgenden Wirtschaftens und eines Arbeitsbegriffs, der nicht nur die Lohnarbeit umfasst.<sup>F<sup>27</sup></sup> Wichtig ist dafür die Stärkung von Prinzipien der Kooperation und Verantwortung, der Suffizienz und Gerechtigkeit.<sup>F<sup>28</sup></sup>

Marxistische Wachstumskritik. Eine in der Tradition von Karl Marx stehende Wachstumskritik geht davon aus, dass gesellschaftliche Dynamik erstens von der Produktion des *Tauschwertes* und nicht von der Produktion der konkreten *Gebrauchswerte* bestimmt wird. Die Ware, die den Tauschwert verkörpert, hat jedoch „mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffen“.<sup>F<sup>29</sup></sup> Marx war in seinen Schriften durchaus sensibel dafür, dass durch die kapitalistische Akkumulationsdynamik die natürlichen „Springquellen alles Reichtums“ untergraben werden.<sup>F<sup>30</sup></sup> Auch die noch nicht warenförmigen Bereiche, wie etwa öffentliche Daseinsvorsorge oder Elemente der Natur, sollen tendenziell in Waren und Tauschwert umgewandelt werden. Die kapitalistische Konkurrenz und der damit verbundene Zwang zur Akkumulation sind weitere Merkmale, warum immer mehr und billiger produziert wird und die Natur tendenziell als Gratisproduktivkraft genutzt und übernutzt wird. Das Kapital als „Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt (...) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, (...) und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf“.<sup>F<sup>31</sup></sup> Das

<sup>F<sup>26</sup></sup> Vgl. Julie Graham/Katherine Gibson (J.K. Gibson-Graham), *The End Of Capitalism* (As We Knew It), Minneapolis–London 2006.

<sup>F<sup>27</sup></sup> Vgl. A. Biesecker/U. v. Winterfeld (Anm. 24).

<sup>F<sup>28</sup></sup> Vgl. F. Habermann (Anm. 23); Uta von Winterfeld, *Vom Recht auf Suffizienz*, in: Werner Rätz et al. (Hrsg.), *Ausgewachsen!*, Hamburg 2011, S. 57–65.

<sup>F<sup>29</sup></sup> Karl Marx, *Das Kapital*. Erster Band, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin 1968, S. 86.

<sup>F<sup>30</sup></sup> Ebd., S. 530.

<sup>F<sup>31</sup></sup> Ebd., S. 618. Vgl. auch: Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, Münster 2005.

wird vor allem im Globalisierungsprozess sichtbar, der zu einer intensiveren Konkurrenz und enormen Zunahme an Ressourcenverbrauch geführt hat.

Drittens wird von einer herrschaftlich organisierten Arbeitsteilung ausgegangen. Historisch hat sich eine Klasse von Eigentümern an Produktionsmitteln und anderen Vermögen herausgebildet, die daran interessiert ist, dass sich ihr Geld vermehrt. Die überwiegende Mehrheit der Menschen besitzt kein oder wenig Vermögen, sondern reproduziert sich durch Lohnarbeit, mit der die kapitalistischen Werte beziehungsweise Waren produziert werden. Umso mehr Menschen ihr Leben über Lohnarbeit sichern, desto eher werden die Produktion von Waren und damit kapitalistisches Wachstum ermöglicht. Das sehen wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten in China, wo Hunderte Millionen Menschen in Lohnarbeit gezwungen wurden, um Waren für die ganze Welt zu produzieren (und das in ihrer Mehrheit wohl auch wollen, wenngleich man die konkreten sozialen und ökologischen Bedingungen berücksichtigen muss). Die Klassenstruktur hat sich in vielen Ländern ausdifferenziert. Dennoch gilt: Wenn Menschen von Lohnarbeit leben, haben sie ein Interesse daran, dass sie diese Lohnarbeit nicht verlieren. Damit sichern sie auch die kapitalistischen Klassenverhältnisse. Die meisten Menschen anerkennen, weitgehend unfreiwillig und machtlos, als Lohnabhängige nicht nur die kapitalistische Wachstumsmaschinerie, sondern eben die darunter liegenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse.<sup>132</sup>

Es werden in der Diskussion viele Treiber des Wachstums genannt: technischer Fortschritt, Produktivitätsentwicklung, Konsumismus und seine sozialpsychologischen Dimensionen, die Notwendigkeit Kredite aufzunehmen und zurückzubezahlen, Globalisierung und Urbanisierung. Das ist alles richtig. Und doch gilt es zu berücksichtigen, dass zum einen die sozialen Herrschaftsverhältnisse im Bewusstsein der solcher Herrschaft Unterworfenen nicht als solche wahrgenommen werden, sondern als stummer Zwang anonymer Verhältnisse, als kaum zu steuernde Prozesse von technischem Fortschritt und globalem Markt, von Produk-

tivismus und Globalisierung. Mit anderen Worten: Die meisten Menschen erleben ihren Alltag als wenig handlungsfähige Individuen – allen neuen Managementmethoden und Verantwortungsübertragung sowie den Ansätzen zu politischer Partizipation zum Trotz. Das ist die Basis kapitalistischer Kultur. Zum anderen bestehen zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamiken unter Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz darin, immer weitere Aspekte der Gesellschaft in marktfähige Waren zu verwandeln. Das betrifft neben der Natur auch die Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Insofern ist der kapitalistische Markt beziehungsweise die Ökonomie nicht nur die Sphäre gesellschaftlicher Innovation, Produktion, Allokation oder Konsum, sondern es konstituieren sich darüber Herrschaftsverhältnisse entlang von Klassen-, Geschlechter- und ethnisierten Linien.

## Grenzen des Planeten oder Inwertsetzung der Natur?

Meine zweite Überlegung besteht darin, Grundgedanken der feministischen und marxistischen Wachstumskritik auf das Verhältnis von Gesellschaft und Natur zu übertragen.

Die ökologischen Begründungen für ein neues Wohlstandsverständnis gehen meist von einer Übernutzung beziehungsweise Zerstörung der Natur aus. Prominent steht hier der Begriff der „planetarischen Grenzen“.<sup>133</sup> Die Menschheit und die einzelnen Gesellschaften sollen maximal so viel verbrauchen, dass das Ökosystem Erde sich ohne langfristigen Schaden alljährlich reproduzieren kann. Die Mittel dieser Anpassung sind eine deutlich höhere Ressourceneffizienz und technologische Innovationen, aber auch ein gesellschaftlicher Prozess der ökologischen Modernisierung, in dem über politische Rahmenbedingungen und Wertewandel ökologischen Aspekten eine hohe Aufmerksamkeit gegeben wird.

Ich schlage vor, der wachstumskritischen Debatte auch hier eine etwas erweiterte Perspektive zu geben, in der das krisenhafte Verhältnis von Gesellschaft zur Natur gefasst werden kann. Das berühmte Diktum der „Dialektik der Aufklärung“ von Max Horkheimer

<sup>132</sup> Vgl. Karl Marx, Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 34.

<sup>133</sup> J. Rockström et al. (Anm. 9).

und Theodor Adorno war: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird (d.h. sich aus den Abhängigkeiten von der Natur zu lösen, U.B.), gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein (erhöht also die Abhängigkeit, U.B.).“<sup>F34</sup> Das erleben wir heute: Der Versuch, bei der Energieversorgung Erdöl durch „saubere“ Agrartreibstoffe zu ersetzen, führt in Ländern wie Indonesien zur Umwandlung immenser kleinbäuerlich bewirtschafteter Landstriche in kapitalistisch bewirtschaftete Ölpalm-Plantagen. Der Versuch, die globale Ökonomie von der Abhängigkeit vom Öl zu befreien, schafft neue Abhängigkeiten. Kapitalistische Gesellschaften sind damit konfrontiert, dass die Antwort auf viele Herausforderungen darin gesucht wird, kapitalistische Markt- und Wachstumsmechanismen auszubauen. Im Kapitalismus wird also durchaus auf Probleme wie Umweltzerstörung reagiert. Wenn es etwas zu verdienen gibt, dann stehen Investoren nicht abseits. Auch der Staat und die Beschäftigten haben Interesse am Ausbau grüner Branchen. Daher sind eine grundlegend andere Energiebasis und höhere Effizienz von Produktion und Produkten und damit ein grüner Kapitalismus beziehungsweise eine grüne Ökonomie durchaus denkbar. Ob damit die Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen wirkungsvoll gestoppt wird, ist nicht ausgemacht. Bislang deutet nichts darauf hin.

Mit Horkheimer und Adorno lässt sich also argumentieren: Auch eine grün gepolte Ökonomie, deren wesentlicher Antrieb Gewinn, Konkurrenzfähigkeit und westlich-technologische Rationalität sind, deklariert sich zwar als Bearbeitung der ökologischen oder gar der multiplen Krise, wird aber die Naturbeherrschung und damit -zerstörung erhöhen.<sup>F35</sup> Und sie wird gleichzeitig soziale Herrschaft verstärken, da auch eine grüne Ökonomie von einer Kontrolle des Kapitals über die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausgeht.<sup>F36</sup> Diesen doppelten Kern des Wirt-

schaftswachstums – der Herrschaft von Menschen über Menschen und der Gesellschaft über Natur – thematisiert auch die „starke“ wachstumskritische Debatte zu wenig.

## Demokratische Transformationen?

Viele Debatten in Deutschland zeichnen sich bislang durch die weitgehende Ignoranz gegenüber Erfahrungen in Gesellschaften des globalen Südens aus. Insbesondere „China“ dient als Folie, wenn es um die fehlende Nachhaltigkeit nachholender Modernisierung und Industrialisierung sowie globale geopolitische und geoökonomische Konkurrenz geht.<sup>F37</sup> Im globalen Norden scheint derzeit Konsens zu sein, der Forderung aus dem globalen Süden stattzugeben, dass dieser wachsen können muss. Die meisten Regierungen sowie die Ober- und Mittelschichten südlicher Länder setzen in der Tat auf Wirtschaftswachstum, das mit Naturausbeutung einhergeht. Das wird von den Strategien der Rohstoffsicherung der nördlichen Regierungen und der internationalen Institutionen unterstützt. Die lokale Bevölkerung hat meist wenig oder gar nichts von der Ausbeutung von Ressourcen, sie muss jedoch oft die negativen ökologischen Konsequenzen und Verwerfungen tragen. In den Ländern des globalen Südens wäre daher zu fragen, welchen demokratischen Gehalt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hat. Welche gesellschaftlichen Gruppen profitieren von den dominanten Entwicklungs- und Wachstumsformen und welche nicht? Sind tote Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter aufgrund kostensparender mangelnder Sicherheit oder vertriebene Kleinbäuerinnen und Kleinbauern lediglich zu vernachlässigende „Kollateralschäden“ von Wachstum und Entwicklung? Müssen wir das Diktum der Wirtschaftswissenschaften als Wahrheit akzeptieren, dass insbesondere zu Beginn dynamischer Entwicklung eben die soziale Un-

<sup>F34</sup> Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M. 1944/2006, S. 19.

<sup>F35</sup> Vgl. auch: Christoph Görg, *Regulation der Naturverhältnisse*, Münster 2003; Ulrich Brand, *Post-Neoliberalismus*, Hamburg 2011.

<sup>F36</sup> Vgl. Christa Wichterich, *Kapitalismus mit Wärmedämmung*, in: *Informationen für die Frau*, 60 (2011) 10, S. 5–7; Ulrich Brand, *After Sustainable Development*, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, 21 (2012) 1, S. 28–32.

<sup>F37</sup> In China hat sich eine intensive Diskussion um Knappheit und ökologische Folgen des Modells nachholender kapitalistischer Industrialisierung entwickelt. Zudem berechnet die Regierung ein „grünes Bruttoinlandsprodukt“, für das die Umweltschäden abgezogen werden. Es wird jedoch aufgrund der Kritik aus manchen Provinzen nicht veröffentlicht. Für diese Diskussion wird der Begriff der Wachstumskritik (noch) nicht verwendet. Diese Hinweise verdanke ich Josef Baum und Daniel Fuchs.



gleichheit massiv zunimmt? Oder sollten wir genauer hinsehen, ob es in den Ländern wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatten und politische Kräfte gibt, die sich gegen eine allzu brachiale kapitalistische Modernisierung stellen? In den Blick zu nehmen wären hier die qualitativen Veränderungen sozialer Beziehungen wie Arbeit oder Politik sowie die Formen gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung.

Doch kehren wir abschließend zurück in unsere Gefilde. Petra Pinzler formulierte hinsichtlich wachstumsskeptischer Einstellungen der Bevölkerung einen wichtigen Punkt: „82 Prozent halten zumindest im Grundsatz weiteres Wirtschaftswachstum für nötig, um die politische Stabilität zu erhalten. Wie Demokratie funktionieren könnte, wenn die Wirtschaft wirklich dauerhaft schrumpfte – das also scheint für viele die wirklich unbeantwortete Frage zu sein.“<sup>38</sup> Ich habe darauf keine Antwort. Aber eine Präzisierung der Frage ginge meines Erachtens in die Richtung, dass eine kollektive Bearbeitung der sozioökonomischen und ökologischen Krise demokratisch organisiert werden sollte. Demokratische Gestaltung ist mehr als politische Partizipation zur Verbesserung von *governance* und politischer Legitimation sowie zur Erhöhung der Lebenszufriedenheit. Der Anspruch auf demokratische Gestaltung fragt zunächst einmal: Wer und was bestimmt eigentlich die als problematisch erachtete Entwicklungsrichtung der Gesellschaft? Wie könnte sie bewusst von allen Mitgliedern gestaltet werden? Das betrifft auch Formen der Wirtschaftsdemokratie.<sup>39</sup>

Eine „wachstumsbefreite Gesellschaft“ (Wolfgang Sachs) hätte die unterschiedlichen Formen sozialer Herrschaft – klassen- und geschlechterspezifischer, rassistischer und internationaler – sowie die Herrschaft über die Natur anzugehen. Denn bislang ist die dominante Erfahrung der meisten Menschen, die Gesellschaft nicht gestalten zu können. An den Schalthebeln der politischen und öko-

nomischen Macht sitzen andere, welche die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen treffen. Und die achten darauf – dieser Aspekt ist in der aktuellen Krise zu berücksichtigen –, dass das auch so bleibt. Demokratische Prozesse hin zu Post-Wachstum beziehungsweise die demokratische Transformation der Gesellschaft umfassen attraktive und demokratisch gestaltete Formen der Produktion und Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Kleidung, von Wohnen und Zusammenleben: Wie sehen nachhaltige Städte aus, was bedeutet solidarische Mobilität? Wie werden Nahrungsmittel nachhaltig, fair und weltweit in ausreichender Menge produziert und verteilt, die gut schmecken und gesund sind? Wie werden Konflikte ausgetragen mit den *global players* der transnationalen Nahrungsmittelindustrie, wenn Lebensmittel wieder lokal und regional produziert werden?

Eine wichtige Rolle spielen sozialökologische Experimente sowie „Pioniere des Wandels“ wie Erfinder, Unternehmen, Teile der Politik, Verbraucherinnen und Verbraucher, Nichtregierungsorganisationen in unterschiedlichen Bereichen wie Stadtentwicklung, Energieversorgung oder Landwirtschaft, „welche die Optionen für die Überwindung einer auf der Nutzung fossiler Ressourcen beruhenden Ökonomie testen und vorantreiben und so neue Leitbilder bzw. Visionen entwickeln helfen, an denen sich der gesellschaftliche Wandel orientieren kann. Die Pioniere agieren zunächst als Nischenakteure, können dann aber zunehmend Wirkungskraft entfalten und die Transformation entscheidend befördern.“<sup>40</sup> Damit jedoch diese Pionierarbeit nicht verpufft, sollten Fragen politischer Gestaltung mit jenen ökonomischer und politischer Macht und Herrschaft verknüpft werden. Gerade deswegen scheint es zentral, auf der Frage der Demokratie im Sinne einer bewussten Gestaltung von Wirtschaft, Technik und Entwicklung sowie der Gesellschaft im weiteren Sinn zu bestehen.

<sup>38</sup> Die Zeit vom 18.8.2010, online: [www.zeit.de/2010/34/Emnid-Umfrage](http://www.zeit.de/2010/34/Emnid-Umfrage) (28.5.2012).

<sup>39</sup> Vgl. Alex Demirović, Demokratie in der Wirtschaft, Münster 2007; Joachim Beerhorst, Demokratisierung der Wirtschaft, in: Alex Demirović et al. (Hrsg.), Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M. 2004, S. 354-383.

<sup>40</sup> Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel, Berlin 2011, S. 6f.



# Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität: aktuelle Debatten

Die Autorin und die Autoren der folgenden Beiträge sind Sachverständige Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestags. Karl-Heinz Paqué zeichnet die Hauptkontroversen in Projektgruppe 1 „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ nach. Beate Jochimsen beschreibt die Diskussionen in Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators“. Marc Oliver Bettzüge und Uwe Schneidewind präsentieren eine gekürzte Fassung des mit allen Mitgliedern der Projektgruppe 3 „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt“ verfassten Berichts. Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Auffassung der Enquete-Kommission oder der jeweiligen Projektgruppen wieder. Projektgruppen 4 und 5 waren zum Zeitpunkt der Heftkonzeption noch nicht konstituiert. (Anm. d. Red.)

Karl-Heinz Paqué

## Wert des Wachstums: Kompass für eine Kontroverse

Die Enquete-Kommission des Bundestags „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ hat einen weitgespannten Auftrag. Mit

**Karl-Heinz Paqué**

Prof. Dr. sc. pol., geb. 1956;  
Dekan der Fakultät für  
Wirtschaftswissenschaft,  
Otto-von-Guericke-Universität  
Magdeburg, Postfach 41 20,  
39016 Magdeburg.  
paque@ovgu.de

etwas Mut zur Vereinfachung lässt dieser sich in drei Teile zerlegen: der Stellenwert des Wachstums in Wirtschaft und Gesellschaft, die Wahl von Indikatoren für nachhaltiges Wachstum und die Entkopplung des Wachstums von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung. Es kann eigentlich kaum überraschen, dass der erste dieser drei Teile – wissenschaftlich und politisch – besonders kontrovers ist. Denn dort geht es um die Frage, ob und, wenn ja, wie viel und welche Art Wirtschaftswachstum eine moderne Gesellschaft wie die deutsche braucht, um wesentliche ökonomische und soziale Ziele zu erreichen. Dieser Beitrag versucht, die zentralen Argumente in dieser Kontroverse zusammenzufassen. Der Versuch stößt auf zwei naheliegende Grenzen.

Die eine liegt in der Natur der Sache; diese ist so komplex, dass es drastischer Vereinfachungen bedarf, um die Kontroverse auf den Punkt zu bringen. Dabei kann nicht mehr herauskommen als eine Art Holzschnitt – mit wenigen, aber hoffentlich charakteristischen Zügen. Die andere Grenze liegt im Verfasser selbst; er nimmt an der Kontroverse aktiv teil und bezieht dabei dezidiert Position. Er bemüht sich zwar in diesem Beitrag um eine ausgewogene Darstellung und Deutung der verschiedenen Positionen, aber er tut dies zwangsläufig aus seiner subjektiven Sicht.

Es sind im Wesentlichen drei zentrale Fragen, um die es in dieser Kontroverse geht: Was ist das Wesen des Wachstums? Was gehört zur Nachhaltigkeit? Was braucht es an ökologischem Umsteuern? Bei allen drei Fragen gibt es – neben einem durchaus breiten Bereich der Übereinstimmung – einige zentrale Streitpunkte, die sowohl den Sachstand der wissenschaftlichen Diagnose als auch den angemessenen Weg der politischen Therapie betreffen. Diese Streitpunkte sind keineswegs willkürlich und zufällig. Sie sind vielmehr das Ergebnis unterschiedlicher sozialphilosophischer Grundpositionen. Diese wiederum sind nicht wirklich neu, sondern feste Bestandteile unterschiedlicher westlicher Denktraditionen seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Insofern spiegelt die aktuelle Wachstumsdebatte durchaus traditionelle Bruchlinien wider, die sich zu früheren Zeiten an anderen Themen festmachen.

## Wesen des Wachstums

Wirtschaftswachstum – hier verstanden als Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (inflationsbereinigt) – hat stets eine quantitative und eine qualitative Komponente. Quantitativ geht es um das reine Mengenwachstum („mehr vom Gleichen“), qualitativ um die Veränderung in der Beschaffenheit und der Vielfalt der Güter. Diese rein definitorische Unterscheidung enthält bereits den Kern einer Kontroverse, denn es stellt sich die Frage, ob das Wirtschaftswachstum in einer hochentwickelten Industrienation wie Deutschland mehr quantitativ oder mehr qualitativ ist. Dies ist nicht nur ein akademischer Erkenntnisstreit, sondern auch eine hochpolitische Sachfrage. Denn ist Wachstum allein quantitativ, so hat es nichts zu tun mit „Entwicklung“ im Sinne „schöpferischer Zerstörung“ von Altem und Überkommenem durch Neues und Besseres, wie es schon Joseph Schumpeter vor gut 100 Jahren formuliert hat.<sup>¶</sup> Es sind dann nur Masse und Menge, die zunehmen, sei es absolut oder pro Kopf. Ist Wachstum dagegen rein qualitativ, so kann es gar nichts anderes sein als das, was seit Schumpeter „Entwicklung“ genannt wird. Denn die Güter verändern sich, werden besser und vielfältiger.

Wie ist nun unser Wachstum in Deutschland, quantitativ oder qualitativ? Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Die Vertreter der These des quantitativen Wachstums („Quantitätstheoretiker“) verweisen auf den ewigen kapitalistisch-wettbewerblichen Kampf um größeren Absatz und immer mehr Gewinn als Beleg für ihre Deutung; die „Qualitätstheoretiker“ (der Verfasser eingeschlossen) sehen dagegen in dem immerwährenden Strom von neuen Produkten und Verfahren die Bestätigung ihrer Sicht. Welcher Position man zuneigt, hat große Konsequenz für das, was man die Grundeinstellung zum Wachstum nennen könnte: Quantitativem Wachstum sorgt geradezu zwingend für mehr Ressourcenverbrauch, denn bei gegebener Technologie bedeutet es einfach ein physisches „Mehr“ an Produktion; qualitatives Wachstum dagegen kennt diese zwingende Verbindung nicht. Im Gegenteil: Es ermöglicht erst durch neue Technologien den Wert-

zuwachs bei weniger oder zumindest konstantem Ressourceneinsatz.

Tatsächlich steckt hier ein erster bedeutender Schlüssel für viele weitere Aspekte der Debatte. Wer Wachstum als quantitativ interpretiert, der wird eher bereit sein, es zu stoppen, scharf abzubremsen oder durch Staatseingriffe zu lenken, um den Ressourcenverbrauch zu mindern. Die politische Konsequenz lautet: umfassende Technologie- und Industriepolitik, um eine völlig neue Art des Wohlstands zu erreichen, und zwar einen Wohlstand, der eben nicht von materieller Masse, sondern von anderen Werten abhängt. Wer Wachstum dagegen als qualitativ deutet, wird der Wirtschaft bereits heute die Fähigkeit zusprechen, sich neuen Verhältnissen durch Mobilisierung von Innovationskraft anzupassen – als Ergebnis eines evolutorischen Drucks, den der Wettbewerb erzeugt. Es bedarf dann vielleicht nur einer moderaten Anpassung des Ordnungsrahmens, wie sie im Zuge des wirtschaftlichen Wandels immer wieder vorkommt, und nicht eines grundlegenden Umsteuerns der Entwicklung.

## Verständnis von Nachhaltigkeit

Eng verknüpft mit dem Wachstumsbegriff ist die Frage der Nachhaltigkeit. Versteht man als nachhaltiges Wachstum im ökologischen Sinne jenen Gewinn an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung, der langfristig tragfähig ist, also nicht zu Lasten der Lebenschancen künftiger Generationen geht, so ist rein quantitatives Wachstum offenbar nicht nachhaltig. Denn es stößt irgendwann an physische Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen, die den Lebensstandard drastisch senken. Dies ist eine Erkenntnis, die auf Thomas Malthus zurückgeht, der sie schon 1798 auf die begrenzte landwirtschaftliche Nutzfläche bei wachsender Bevölkerung anwandte; in den vergangenen Jahrzehnten erweiterten der Club of Rome und andere den Begriff der „Ressourcen“ auf Rohstoffe und die Belastbarkeit des Planeten und seiner Atmosphäre. Qualitatives Wachstum dagegen bietet – via Produkt- und Prozessinnovationen – die Chance, allerdings keineswegs die Garantie der Nachhaltigkeit.

Soweit das Grundkonzept der Nachhaltigkeit, angewandt auf die Ökologie. Aller-

¶ Vgl. Joseph A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1911.

dings stellt sich die Frage, inwieweit die Idee der Nachhaltigkeit – denkt man sie zu Ende – nicht einen viel breiteren Anwendungsbereich hat als nur die des dynamischen ökologischen Gleichgewichts. So hat die jüngste Weltfinanzkrise die alte Einsicht erneuert, dass Wertentwicklungen von Aktiva (*assets*) sich durch spekulative Blasen weit von nachhaltigen Niveaus entfernen können, wobei es im Vorhinein oft schwierig ist zu erkennen, wo genau der „wahre“ Wert eines Aktivums liegt, sei es nun eine Immobilie, eine Aktie oder eine Staatsschuldverschreibung. Platzt irgendwann die Blase, so ist im Nachhinein die fehlende Nachhaltigkeit offensichtlich. Um die damit verbundenen Schäden zu vermeiden, müssen Regeln geschaffen werden, die Blasenbildungen erschweren, aber trotzdem die Informationsfunktion des Marktes nicht unnötig einschränken. Der Markt hat eben einen Januskopf: Er ist gleichzeitig „Entdeckungsverfahren“ (Friedrich Hayek), also ein Instrument, den wahren Wert herauszufinden; er kann aber auch zum Irrtumsverstärker mutieren, und dies, ohne dass es im Vorhinein klar zu erkennen ist.

Bis zu diesem Punkt der Diagnose herrscht durchaus Konsens. Schwierig wird es allerdings, diesen Konsens in konkrete politische Empfehlungen umzuwandeln. Hier zeigt sich wieder jene Kluft zwischen den Quantitäts- und den Qualitätstheoretikern: Erstere plädieren eher für eine weitreichende und tief gehende Regulierung der Finanzmärkte – bis hin zum Verbot einer Vielzahl von „gefährgeigten“ Finanzinnovationen sowie vor allem eine Besteuerung von Finanztransaktionen. Letztere (so auch der Verfasser) zielen vor allem darauf ab, gesamtwirtschaftliche Schief lagen als Folge von riskantem Verhalten der Marktteilnehmer zu vermeiden – etwa durch eine deutlich erhöhte Eigenkapitalunterlegung bei Banken und anderen Finanzintermediären sowie die Stärkung der Haftungsregeln. Der Grund für die Kluft zwischen den Empfehlungen liegt auf der Hand: Wer eher geneigt ist, den Markt als „quantitativer“ Irrtumsverstärker an die Leine zu legen, wählt eine strikte Regulierung; wer eher geneigt ist, den Markt als „qualitativen“ Entdecker zu erhalten, wählt den weiteren Ordnungsrahmen, versucht allerdings den Staat vor unerwünschten Großrisiken der Intervention zu schützen, was an den Kapitalmärkten in der Vergangenheit gerade nicht gelang.

Tatsächlich lassen sich durch die Brille der Nachhaltigkeit noch viele weitere gesellschaftliche Bereiche durchleuchten. Dabei zeigt sich immer wieder der Unterschied zwischen den Quantitäts- und Qualitätstheoretikern: Erstere sind geneigt, dem marktgetriebenen Wachstum selbst die Verantwortung für Fehlentwicklungen der Gesellschaft zuzuordnen; sie wollen deshalb dieses Wachstum stärker lenken. Letztere sehen dagegen das Wachstum als einen dezentralen evolutionären Prozess, der sich den Knappheiten der Welt anpasst und dabei zum Teil Erfreuliches, zum Teil Bedauerliches an Ergebnissen hervorbringt. Für sie geht es darum, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der (wertneutrale) Markt in seinem Wachstum für Ergebnisse sorgt, die aus sozialer und ökologischer Sicht im Nachhinein auch wirklich wertvoll sind. Für die Quantitätstheoretiker geht es um eine gezielte Umlenkung des Wachstums, für die Qualitätstheoretiker dagegen um eine optimale Vorbereitung der Gesellschaft auf dieses Wachstum und seinen begleitenden Strukturwandel.

## Wege zum ökologischen Umsteuern

Genau an dieser Stelle setzt der grundlegendste politische Dissens ein, der die Wachstumsdebatte beherrscht. Es geht dabei um die Balance der Kosten und der Erträge einer radikalen Umsteuerung – hin zu erneuerbaren Energien. Deren Befürworter vertreten zwei unterschiedliche Sichtweisen, die leider in der Öffentlichkeit nicht immer klar genug auseinandergehalten werden. Die erste – nennen wir sie die *green-growth*-Position – behauptet, dass auf längere Sicht das radikale ökologische Umsteuern das Wachstum gar nicht mindert, sondern beschleunigt, weil die Erträge die Kosten bei Weitem überwiegen. Diese Position rekurriert dabei auf Studien zu *green growth*.<sup>1</sup> Diese kommen auf der Grundlage von Modellrechnungen und Computersimulationen zu dem Ergebnis, dass die Kosten des radikalen Umsteuerns durch die Vermeidung von massiven Folgekosten des konventionellen Wachstums der *brown economy* und die Wachstumsim-

<sup>1</sup> Vgl. Carlo C. Jaeger et al., *A New Growth Path for Europe*, Potsdam 2011; United Nations Environment Programme, *Towards a Green Economy*, Nairobi 2011.

pulse durch den Aufbau der *green economy* bei Weitem überkompensiert werden. Es geht also um eine Win-win-Situation: Nicht Verzicht auf Wachstum ist nötig, sondern allein die Einleitung des „richtigen“ Wachstums.

Diese *green-growth*-Position wird von manchen Ökonomen als unrealistisch kritisiert – sowohl von solchen, die für die radikale Umlenkung eintreten, als auch von solchen, die der Umlenkung skeptisch gegenüberstehen.<sup>F</sup> Zentrales Argument ist, dass die Modelle sehr optimistische Annahmen über die Entwicklung der Produktivität in den staatlich bevorzugten „grünen“ Sektoren der Wirtschaft machen. Insbesondere wird unterstellt, es gäbe Lern- und Diffusionseffekte der neuen Technologien im Umweltbereich, die in der Größenordnung früherer Durchbrüche in der Mikroelektronik und der Informationstechnik lägen und damit die sonst übliche Dynamik der Wissensbildung weit überträfen. Diese Annahme, so die Kritik, ist empirisch nicht begründet und mit Blick auf die Art der Technologie auch *a priori* höchst fragwürdig.

Es bleibt eine viel grundsätzlichere Position der Befürworter. Sie konzediert durchaus Wachstumseinbußen der *green economy* gegenüber der *brown economy*, hält diese aber aus übergeordneten Gesichtspunkten für gerechtfertigt. Der Grund: Die *green economy* sei der einzige Weg, um den Wohlstand langfristig überhaupt vereinbar zu machen mit einem Zustand des Planeten Erde, den die Menschheit aus nicht-ökonomischen Gründen als erhaltenswert ansieht. Dazu zählen unter anderem die – ethische oder humanitäre – Bewertung eines stabilen Klimas, der Biodiversität und des ökologischen Zustands der Meere. Diese Ziele liegen außerhalb dessen, was man als die übliche ökonomische Bewertung von Alternativen bezeichnen könnte. Ihnen lässt sich kein „Äquivalent“ für das beimessen, was sie der Menschheit in der Gegenwart wert sind oder in der Zukunft wert sein werden. Die Diskussion darüber verlässt deshalb zwangsläufig das Niveau der pragmati-

schen Entscheidung zwischen Alternativen; gerade dies macht sie extrem schwierig und kontrovers.

Kritiker der radikalen Umsteuerung (so auch der Verfasser) bedauern, dass damit die Diskussion auf eine sozialphilosophische Ebene verlagert wird. Es geht dabei um die Frage, ob eine Gesellschaft einem einzelnen, wenn auch wichtigen Ziel, eine derartige Dominanz in der politischen Willensbildung zu messen darf, dass es alle anderen Ziele in den Schatten stellt. Dies ist weder demokratisch, noch entspricht es der Grundphilosophie, auf dem ein pluralistisches Gemeinwesen beruht. Aufforderungen zu einer „Großen Transformation“ im Sinne unverrückbarer ökologischer Ziele, wie sie zum Beispiel der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen formuliert hat, haftet deshalb aus Sicht der Kritiker etwas Totalitäres an<sup>F</sup> – in der Tradition einer *volonté générale* im Sinne Jean-Jacques Rousseaus. Hier insistieren die Kritiker (die meisten von ihnen von Hause aus Ökonomen), dass eine Sozialphilosophie im Sinne des Kritischen Rationalismus von Karl Popper es überhaupt verbietet, das nüchterne, wenn auch schwierige Kalkül von Kosten und Nutzen völlig beiseite zu schieben; denn es dient letztlich als intellektuelle Grundlage für politische Entscheidungen und Kompromisse, die auf ein *piecemeal engineering*, also eine schrittweise Veränderung und Verbesserung der Gesellschaft hinauslaufen.

Genau an dieser Stelle trennen sich die Wege. Die Befürworter der radikalen Umsteuerung sehen sich im Besitz einer zwingenden Konzeption der ökologischen Gesellschaft, der es zu folgen gilt; die Skeptiker sehen genau darin eine „Anmaßung des Wissens“ im Sinne Friedrich Hayeks, der sie die Gefolgschaft verweigern. Hier ist tatsächlich ein Graben, der zumindest aktuell kaum überbrückbar erscheint. Aus der Sicht des Verfassers bestünde der einzige Ausweg darin, dass die Diskussion doch wieder auf die Ebene einer empirischen Kosten-Nutzen-Analyse zurückkehrt, so schwierig diese auch praktisch sein mag. In dieser Analyse müsste zumindest der ernsthafte Versuch ge-

<sup>F</sup> Vgl. zur ersten Gruppe: Ottmar Edenhofer, Die Illusion des grünen Wachstums, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 1.3.2012. Vgl. zur zweiten Gruppe: Karl-Heinz Paqué, Voll beschäftigt, München (i. E.).

<sup>F</sup> So sinngemäß Carl Christian von Weizsäcker, Die Große Transformation: ein Luftballon, in: FAZ vom 30.9.2011.

macht werden, neben dem gesamten Nutzen auch die gesamten gesellschaftlichen Kosten des Umstuerns in Rechnung zu stellen. Dazu gehören nicht nur der entgangene materielle Wohlstand durch gemindertem Wirtschaftswachstum, sondern vor allem auch der Verlust weiter gehender gesellschaftlicher Werte, so zum Beispiel die Beeinträchtigung von Kulturlandschaften durch die Infrastruktur erneuerbarer Energien, seien es nun Ansammlungen riesiger Windräder auf malerisch gelegenen Hügeln, ausgedehnte Flächen von Anlagen der Photovoltaik in Wiesen- und Weideland oder gigantische Trassen und Schneisen zum weiträumigen Energietransport von der windreichen deutschen Nordseeküste in den windarmen Süden. Stets stellen sich Fragen der Abwägung von Werten, die politisch nicht umgangen werden dürfen.

Auch für die zeitliche und die räumliche Dimension des Umstuerns stellt sich eine Fülle von konkret-pragmatischen Fragen:

- Soll das Umstuern wirklich schnellstmöglich geschehen oder gibt es nicht doch eine optimale Streckung des Prozesses, um die Kosten der Umsteuerung ökonomisch und sozial „verträglich“ zu gestalten? Wäre dies nicht auch deshalb wünschenswert, um nicht technologische Optionen allzu frühzeitig zu verschließen?
- Soll Deutschland allein als „gutes Beispiel“ vorangehen, völlig unabhängig vom internationalen Wettbewerb um Industriestandorte? Oder sollten doch die Kosten der Abwanderung von Industriebetrieben berücksichtigt werden?
- Gilt dies nicht auch mit Blick darauf, dass es um globale ökologische Ziele geht, bei deren Erreichen Deutschland im Vergleich zu großen, schnell wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländern nur eine geringe Rolle spielen wird?

Diese Fragen sind und bleiben hochkontrovers. Sie sollten aber nicht allein aufgrund sozialphilosophischer Grundpositionen entschieden werden. Dies wäre ein Rückschritt gegenüber einer Vergangenheit, in der die meisten politischen Diskussionen letztlich doch durch pragmatische Argumente und Lösungen – und nicht durch ideologische Stellungskämpfe – geprägt waren.

Beate Jochimsen

## Wohlstand messen

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ soll unter anderem identifizieren, was den Wohlstand und die Lebensqualität unserer Gesellschaft ausmacht oder wie sich unsere Wirtschaft entwickeln muss, um Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt für alle Menschen in unserem Land zu ermöglichen, ohne dabei unsere Le-

### Beate Jochimsen

Dr. rer. oec., geb. 1969; Professorin für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Badensche Straße 52, 10825 Berlin.

beate.jochimsen@hwr-berlin.de

bensgrundlagen aufzuzehren. Um dieser vielschichtigen Aufgabe gerecht werden zu können, wurden fünf Projektgruppen gebildet, die sich mit je eigenen Schwerpunkten dem Thema nähern. Die Projektgruppe 2 beschäftigt sich mit der Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- beziehungsweise Fortschrittsindikators oder -indikatorensatzes. Dieser soll ein Fundament schaffen, auf welchem – basierend auf ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien – politische Entscheidungen gefällt und bewertet werden können. Bei der Zusammenstellung der Indikatoren sind insbesondere folgende Aspekte zu beachten: materieller Lebensstandard, Zugang zu und Qualität von Arbeit, gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, soziale Inklusion und Kohäsion, intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen, Bildungschancen und Bildungsniveau, Gesundheit und Lebenserwartung, Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, sozialer Sicherung und politischer Teilhabe sowie subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und Zufriedenheit.

Das Ziel der Projektgruppe 2 besteht darin, einen Indikatorensatz zu entwickeln, der für Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft ebenso verständliche wie aussagekräftige Informationen zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität liefert. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Projektgruppe zunächst intensiv mit Methoden der Wohlfahrtsmessung beschäftigt. Zur Systematisierung und Bewertung verschiedener Messansätze haben neben den Mitgliedern externe Sachverständige zur Diskussion beigetragen. Mithilfe zweier externer



Gutachten sind sowohl Fragen zur Bekanntheit von heute üblichen Wohlfahrtsmaßen bei Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung als auch zur medialen Kommunizierbarkeit eines neu zu entwickelnden Indikators oder Indikatorenansatzes analysiert worden.<sup>1</sup>

Obwohl – oder vielleicht gerade weil – es keine allgemeingültige Definition von Wohlstand gibt, existiert eine Vielzahl von Ansätzen zur Wohlstandsmessung. Sie unterscheiden sich sowohl in ihren empirischen Erhebungsmethoden als auch in ihren inhaltlichen Vorstellungen bezüglich des Wohlstandsbegriffs. Manche Modelle messen ausschließlich materiellen Wohlstand, andere beziehen nicht-materielle Bestandteile des Wohlstands mit ein. Möglich ist eine reine Konzentration auf Bestandsgrößen wie den Kapitalstock eines Landes oder den Bestand an Vogelarten. Diese werden immer an einem bestimmten Tag, nicht über einen Zeitraum, erhoben. Genutzt werden können aber auch, oder ausschließlich, Stromgrößen, die über einen bestimmten Zeitraum erhoben werden. Die wohl bekannteste Stromgröße ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), aber auch jährliche private Konsumausgaben oder staatliche Forschungsausgaben sind Stromgrößen.

Bestands- wie Stromgrößen können monetär oder nicht-monetär ausgedrückt werden. So wird beispielsweise das BIP in Euro gemessen, der Bestand an Vogelarten nicht. Ferner können die zur Wohlstandsmessung verwendeten Informationen auf statistischen, also „objektiven“ Daten beruhen oder anhand subjektiver Einschätzungen zusammengestellt werden. Ersteres trifft beispielsweise auf den öffentlichen Schuldenstand eines Landes, die Lebenserwartung Neugeborener oder die Anzahl der Schulabbrecher eines Jahrgangs zu. Subjektive Einschätzungen beruhen auf persönlichen Befragungen von Menschen zu ihrem Gesundheitszustand, ihrer Zufriedenheit oder ihrer gesellschaftlichen Integration. Die Ergebnisse dieser verschiedenen Wohlstandsmessungen können zusammengefasst in einem Index oder nebeneinander in einem Indikatorenansatz dargestellt werden. Die Projektgruppe 2 hat sich dafür entschieden,

Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in einem Indikatorenansatz abzubilden.

## Existierende Wohlfahrtsindizes und -indikatorensätze

Mit dem Bericht „Grenzen des Wachstums“ hat der Club of Rome 1972 eine globale Debatte über die Frage der Kongruenz von Wirtschaftswachstum und Wohlstand angestoßen. Auf unterschiedlichen Ebenen sind seitdem Wohlstandsmaße entwickelt worden, die zum Teil weit über die klassische Messung des BIP-Wachstums hinausgehen.

Monetäre Wohlstandsindikatoren ziehen statistische Kerngrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung heran und berücksichtigen zusätzlich soziale und ökologische Aspekte. Ein Beispiel ist der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI). Er basiert auf den privaten Konsumausgaben, zu beziehungsweise von denen rund 20 zusätzliche Variablen addiert oder subtrahiert werden. So erhöhen der Wert der Hausarbeit oder die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung den Indexwert, während gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen oder Kosten von Verkehrsunfällen ihn senken. Nach dem NWI liegt der Zuwachs an Wohlfahrt in Deutschland seit einigen Jahren unter dem realen Wirtschaftswachstum.<sup>2</sup>

Die Systematik der Mehrkomponentenindikatoren oder -indizes besteht darin, mehrere Einzelindikatoren oder Indizes zusammenzufassen. Neben ökonomischen können auch kulturelle und soziale Komponenten berücksichtigt werden. Sie werden jedoch im Gegensatz zu monetären Wohlstandsindikatoren nicht in Geld umgerechnet. Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen stellt beispielsweise die Verwirklichungschancen des Menschen in den Mittelpunkt. Dazu komprimiert er ausgewählte Leistungen eines Landes zu einer Maßzahl zwischen 0 und 1. Betrachtet werden die Dimensionen „langes und gesundes Leben“, „Zugang zu Bildung“ und „materieller Lebensstandard“. Die so errechneten Wer-

<sup>1</sup> Diese und weitere Gutachten sind online verfügbar: [www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/gutachten/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/gutachten/index.html) (1.6.2012).

<sup>2</sup> Vgl. Hans Diefenbacher/Roland Zieschank, Wohlfahrtsmessung in Deutschland, Endbericht zum Forschungsprojekt FKZ 370711101/01 – gefördert aus Mitteln des Umweltbundesamtes, 2009.



te lassen sich international gut vergleichen; Deutschland befand sich 2011 mit einem HDI von 0,905 weltweit auf Platz neun.<sup>3</sup>

Während der HDI ökologische Faktoren unberücksichtigt lässt, beziehen Nachhaltigkeitsindizes und -indikatoren diese ein. Sie verzichten ebenfalls auf eine Monetarisierung der Werte. Seit etwa zehn Jahren legen sowohl die deutsche Bundesregierung als auch die Europäische Union jährliche Berichte zur Entwicklung der Nachhaltigkeit vor, die auf breiten Indikatorensätzen beruhen. Nachhaltigkeit umfasst in diesen Berichten nicht nur Umweltaspekte, sondern unter anderem Staatsverschuldung, Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und öffentliche Gesundheit.<sup>4</sup> Einen anderen Ansatz stellt der Ökologische Fußabdruck dar. Er stellt die Biokapazität unseres Planeten dem tatsächlichen Verbrauch durch den Menschen gegenüber. Als Messgröße wird der „globale Hektar“ herangezogen, also das arithmetische Mittel der weltweiten biologischen Produktivität pro Hektar. Die Bilanz ist ernüchternd: Gemessen an den verfügbaren Ressourcen verbrauchen die Menschen derzeit jährlich so viele „globale Hektar“, dass insgesamt 1,5 Erden nötig wären, wollte man den Ressourcenverbrauch nachhaltig gestalten. So aber wird die eine Erde Jahr für Jahr weiter ausgezehrt. Lebten weltweit alle wie wir in Deutschland, wären sogar 4,5 Erden nötig.<sup>5</sup>

Schließlich kann Wohlstand durch eine Kombination mehrerer Indikatoren, nämlich als Satz von Schlüsselindikatoren ausgedrückt werden. Hier haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Ansätze auf nationaler und internationaler Ebene Aufmerksamkeit erregt.<sup>6</sup> Die größte Resonanz hat der Bericht der französischen Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission hervorgerufen. Er untersucht die be-

<sup>3</sup> Vgl. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung 2011, Berlin 2011.

<sup>4</sup> Vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.), Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin 2012; Eurostat, Sustainable development in the European Union, 2011, online: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-31-11-224/EN/KS-31-11-224-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-31-11-224/EN/KS-31-11-224-EN.PDF) (24. 5. 2012).

<sup>5</sup> Vgl. [www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/world\\_footprint](http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/world_footprint) (22. 5. 2012).

<sup>6</sup> Vgl. u.a.: OECD, How's Life? Measuring well-being, Paris 2011.

grenzte Aussagekraft des BIP hinsichtlich wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und schlägt Methoden für die Entwicklung relevanterer Kennzahlen vor. Unterschieden wird zwischen einer Beurteilung des aktuellen Wohlergehens und einer Beurteilung der Nachhaltigkeit; also der Frage, ob und in welchem Umfang gesellschaftlich relevantes Kapital (Natur-, Sach-, Human- und Sozialkapital) an künftige Generationen weitergegeben wird. Aktuelles Wohlergehen umfasst dabei sowohl materielle Werte wie Einkommen, Konsum und Vermögen als auch immaterielle Aspekte wie die Verfügbarkeit von Freizeit, soziale Bindungen, Qualität der Umwelt und politische Mitsprache.<sup>7</sup> In Anlehnung an die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission haben 2010 der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der französische Conseil d'Analyse Économique einen „Drei-Säulen-Ansatz“ entwickelt, der eine umfassende Beurteilung sowohl der Wirtschaftsleistung als auch der Wohlfahrt eines Landes im Zeitablauf und im internationalen Vergleich ermöglicht. Dort werden die Bereiche Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit mit verschiedenen Indikatoren gemessen.<sup>8</sup>

Die Suche nach alternativen Wohlstandsmaßen findet auch in anderen Nationalstaaten statt. In *Australien* beispielsweise wurde ab 1996 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Indikatorensystem entwickelt, das die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in insgesamt 17 Dimensionen fasst. In *Kanada* mündete die Diskussion um den Canadian Index of Well-Being (CIW) 2011 in eine Indexbroschüre, in der ein stark aggregierter Verbundindikator die Entwicklung von 64 Einzelvariablen der Lebensqualität widerspiegelt. In *Großbritannien* liegt der Fokus der Wohlstandsmessung auf der Erhebung des individuellen Wohlergehens. Dagegen wird in den *USA* gerade ein Berichts-

<sup>7</sup> Vgl. Joseph Stiglitz/Amartya Sen/Jean-Paul Fitoussi, Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris 2009, online: [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport\\_anglais.pdf](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf) (22. 5. 2012).

<sup>8</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/Conseil d'Analyse Économique, Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit, Paris–Wiesbaden 2010.

wesen entwickelt, das bemerkenswerte 300 thematisch breit gefächerte Einzelindikatoren abbildet.<sup>9</sup>

## Bisherige Diskussionsergebnisse

Die Projektgruppe 2 hat sich darauf verständigt, einen Indikatorenansatz und keinen Index zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu entwickeln. Mit etwa drei bis fünf Dimensionen, die mit geeigneten Indikatoren unterlegt werden, sollen differenzierte Aussagen über Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland getroffen werden. Diese Aussagen sollen sowohl über die Zeit als auch zwischen verschiedenen Ländern verglichen werden können. Die Zusammenfassung dieser Indikatoren zu einem Index wäre technisch möglich und hätte den Vorteil, dass die daraus resultierende alleinige Ergebniszahl übersichtlich und leicht zu kommunizieren wäre. Um einen Index zu bilden, müssten jedoch alle Einzelindikatoren auf eine Einheit normiert, gewichtet und addiert werden.

Verändert sich die Indexzahl, wäre nicht erkennbar, welcher Indikator beziehungsweise welche Indikatoren dies verursacht hat beziehungsweise haben. Selbst wenn der Index von einem zum anderen Jahr gleich bliebe, wäre offen, ob alle enthaltenen Werte unverändert geblieben sind oder beispielsweise einer sich deutlich verbessert und drei sich in jeweils geringerem Umfang aber insgesamt proportional verschlechtert haben. Die vermeintliche Einfachheit der Kommunikation ginge deutlich zu Lasten der inhaltlichen Aussagekraft eines Index. Hinzu kommt, dass die notwendige Gewichtung der Einzelindikatoren immer auf persönlichen Werturteilen beruhen muss.

Die Projektgruppe 2 ist deshalb zu der Überzeugung gelangt, dass das Leben zu komplex und die individuellen Vorstellungen insbesondere von Wohlstand und Lebensqualität zu vielfältig sind um sie mit einer einheitlichen Gewichtung und einer statistischen Normierung für alle sinnvoll in einem Index zusammenfassen zu können. Ferner hat sie sich entschieden, dass bei dem zu entwickelnden Indikatorenansatz dem Aspekt

der Nachhaltigkeit in jeder Dimension Rechnung getragen wird. Jede Dimension soll sogenannte Leitindikatoren, die besonders aussagekräftig im Hinblick auf den jeweiligen Bereich sind, umfassen sowie – falls erforderlich – sogenannte Warnlampen. Letztere sollen mit Indikatoren unterlegt sein, die für den jeweiligen Bereich nur dann wichtig werden, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Zudem sollen in jeder Dimension sowohl Leitindikatoren vorhanden sein, welche die gegenwärtige Situation treffend beschreiben, als auch Leitindikatoren, die Aussagen über die künftige Entwicklung, also über die Nachhaltigkeit, in diesem Bereich ermöglichen. Diskutiert wurde in der Projektgruppe 2 bereits eine Dimension mit dem Arbeitstitel „materieller Wohlstand“. Denkbar wären hier als Leitindikatoren zur Beschreibung der gegenwärtigen Situation die jährliche Veränderung des BIP pro Kopf und für die Nachhaltigkeit die Staatsschulden in Relation zum BIP, also die Schuldenquote. Als Warnlampe wäre ein Indikator oder eine Indikatorengruppe vorstellbar, die auf bevorstehende Blasenbildung auf den Finanz- oder Immobilienmärkten hinweisen.

## Aktuelle Herausforderungen

Die für die verschiedenen Dimensionen auszuwählenden Indikatoren sollen vielfältigen Ansprüchen gerecht werden. Bereits erwähnt wurde, dass sie sowohl im Zeitablauf als auch international *vergleichbar* sein sollen. Ersteres setzt voraus, dass die den Indikatoren zugrunde liegenden Daten bereits seit etlichen Jahren erhoben werden, Letzteres, dass die Definition des Indikators in- und außerhalb Deutschlands dieselbe ist. Die Arbeitslosenquote wird innerhalb Deutschlands anders berechnet als auf internationaler Ebene; das heißt, sollte die Arbeitslosenquote als Indikator beispielsweise für eine Dimension „Soziales“ gewählt werden, müsste aufgrund des Anspruchs der internationalen Vergleichbarkeit die Definition der International Labour Organization (ILO) zugrunde gelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sähen dann im Indikatorenansatz aber eine andere Arbeitslosenquote (die nach ILO-Definition) als in den deutschen Nachrichten (die deutsche Definition). Dies würde die Verständlichkeit und Kommunizierbarkeit – zwei weitere Anforderungen an die Indikatoren – sehr erschweren.

<sup>9</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)72, S. 51–56.

Ferner sollen die Indikatoren möglichst treffsicher den gewünschten Sachverhalt wiedergeben und zudem möglichst *objektiv* und umfassend messbar sein. Eine Schwäche des BIP liegt darin, dass es nicht marktförmig erbrachte Leistungen wie unbezahlte Hausarbeit nicht erfasst. Diese Schwäche im neuen Indikatorensatz mithilfe eines geeigneten Indikators zu beseitigen, gestaltet sich aber als äußerst schwierig. So kann die unbezahlte Hausarbeit mit dem Stundensatz für Haushälterinnen bewertet werden (*Generalistenansatz*). Hausarbeit kann aber auch in ihre verschiedenen Komponenten zerlegt und bewertet werden (Stundensatz für Köche, Reinigungskräfte, Erzieherinnen, usw. – *Spezialistenansatz*). Denkbar ist ferner, die durchschnittlichen Lohnkosten oder die Opportunitätskosten zu verwenden. Letztere beschreiben die Kosten, die dadurch entstehen, dass die „Hausfrau“ keiner anderen bezahlten Arbeit nachgeht. Ebenso kann beim Stundenlohn der Arbeitgeberlohn (Bruttolohn plus Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) oder der Nettostundenlohn mit und ohne Bezahlung für Ausfallzeiten zugrunde gelegt werden. Eine „richtige“ Lösung gibt es nicht, doch bei den verschiedenen Ansätzen schwanken die Ergebnisse um ein Vielfaches.

Schließlich soll bei der Auswahl der Indikatoren darauf geachtet werden, dass *sie nicht politisch manipulierbar* sind. Ist eine Kenngröße als Indikator ausgewählt und besteht für die Politik eine Möglichkeit, auf diese Kenngröße – beispielsweise durch eine Änderung der Berechnungsmethode oder Definition – Einfluss zu nehmen, gibt es insbesondere vor Wahlen den Anreiz, die Kenngröße zum eigenen Nutzen zu verändern.

Die Projektgruppe 2 plant, den Indikatorensatz bis Ende 2012 vollständig entwickelt zu haben. Bis zu diesem Zeitpunkt muss feststehen, wie viele Dimensionen betrachtet werden sowie welche Leitindikatoren und Warnlampen in den einzelnen Dimensionen den aktuellen Zustand bestmöglich wiedergeben und Aussagen über eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zulassen. Schließlich müssen ein Name für den Indikatorensatz gefunden und eine visuell ansprechende, klare und leicht verständliche Darstellungsform entwickelt werden.

Marc Oliver Bettzüge · Uwe Schneidewind

## Wohlstand und Umweltverbrauch entkoppeln

In mehreren Sitzungen und Klausuren hat die Projektgruppe 3 der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ sich einen Zugang zu der Frage erarbeitet, „ob und wie das Wachstum des BIP vom Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen, Umwelt-, Biokapital sowie klimaschädlicher Emissionen dauerhaft entkoppelt werden kann“<sup>1</sup> und daraus Leitlinien einer Entkopplungsstrategie abgeleitet. Die Darstellung der Ergebnisse der Projektgruppe in voller Länge wird nach Ende der parlamentarischen Sommerpause 2012 vorgelegt. Im Zwischenbericht (Kommissionsdrucksache 17(26)81) werden die im Konsens verabschiedete Argumentationslinie der Projektgruppe und sich daraus ergebende Handlungsempfehlungen dargestellt. Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung des Abschlussberichts.

In einer Vielzahl von Fragen – vom Klimawandel über Biodiversitätsverlust und Süßwasserknappheit bis zum Flächenverbrauch – zeichnet sich ab, dass die Menschheit die Tragfähigkeit des Planeten teilweise sogar klar überschreitet. Bei Fortschreibung bisheriger Trends ist eine Verschärfung dieser Probleme mit nach aktuellem Wissen gravierenden negativen Folgen für die Ökosysteme und das Leben der Menschen zu erwarten. Einer der Treiber des Umweltverbrauchs war und ist das erhebliche Wachstum des materiellen Wohlstands (üblicherweise gemessen als Bruttoinlandsprodukt, BIP), zuerst in den Industrieländern,

### Marc Oliver Bettzüge

Prof. Dr., geb. 1969; Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Staatswissenschaftliches Seminar, Alte Wagenfabrik, Vogelsanger Straße 321, 50827 Köln. [bettzuege.marc@uni-koeln.de](mailto:bettzuege.marc@uni-koeln.de)

### Uwe Schneidewind

Prof. Dr., geb. 1966; Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal. [uwe.schneidewind@wupperinst.org](mailto:uwe.schneidewind@wupperinst.org)

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010, S. 3.

mittlerweile vor allem in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern. Gleichzeitig hat Wachstum dazu beigetragen, dass die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen trotz des Wachstums der Weltbevölkerung stark zurückgegangen ist, viele soziale Probleme verbessert und vor allem in den Industriestaaten Wohlstand und Lebensqualität massiv erhöht wurden. Zudem sind viele der Systeme moderner Gesellschaften – von Sozialversicherungen bis zu unternehmerischer Innovationskraft – von Wachstum abhängig oder eng mit ihm verbunden. Durch diese Erfolge wurde wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung für Fortschritt und mehr Lebensqualität, ja sogar als Grundlage für die Entfaltung von Freiheit gesehen. Dieses Verständnis hat sich in einer Zeit entwickelt, in der die heutigen sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht vorstellbar waren.

Da Wohlstand, Lebensqualität und viele Aspekte des Wachstums weiterhin als erstrebenswert gesehen werden, aber gleichzeitig die Überlastung der Umwelt zurückgefahren werden muss, rückt die Notwendigkeit einer signifikanten Entkopplung von Wohlstand beziehungsweise Wachstum vom Umweltverbrauch in den Mittelpunkt. Dabei muss eine solche Entkopplung in schon übernutzten Umweltbereichen so stark sein, dass sie zu einer ausreichenden Reduktion der Umweltbelastung führen kann. Einer solchen hinreichenden Entkopplung (und damit Reduktion des Verbrauchs) stehen zahlreiche Hindernisse im Weg, die es zu berücksichtigen gilt.

Die Projektgruppe 3 weicht in vier Punkten von den üblichen Begriffen der Entkopplungsdebatte ab oder erweitert diese um wichtige Konzepte und Blickwinkel. Diese Erweiterungen bilden einerseits eine wichtige Grundlage für die Ableitung von Handlungsempfehlungen, andererseits sind sie als Beitrag zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte um Entkopplung zu verstehen.

**Umweltgrenzen als Ausgangspunkt.** Der globale Umweltraum hat Belastungsgrenzen, jenseits derer eine Übernutzung zu schwerwiegenden unerwünschten Folgen führen kann. Einige dieser Umweltgrenzen sind bereits überschritten. Diese Feststellung ist Ausgangspunkt der Arbeit der Projektgruppe und führt dazu, dass sich Wirtschaften

nur innerhalb dieser Grenzen entfalten dürfen.<sup>F</sup> Die hierfür notwendige Reduktion des Umweltverbrauchs ist in vielen Bereichen als wichtige Zielsetzung zu sehen.

**Fokus auf Entkopplung und Reduktion.** Im Gegensatz zu weiten Teilen der Literatur arbeitet die Projektgruppe 3 nicht mit den Begriffen der relativen und absoluten Entkopplung. Zum einen ist angesichts der Notwendigkeit des Wirtschaftens innerhalb von Umweltgrenzen die ausreichend schnelle *Reduktion* von Umweltverbrauch entscheidend. Zum anderen wird *Entkopplung* immer als relativer Begriff verwendet, der das Verhältnis von Wachstum (beziehungsweise steigendem Wohlstand) zu Veränderungen des Umweltverbrauchs abbildet.

**Trennung von Entkopplung im engeren und weiteren Sinne.** In einem Großteil der bisherigen Arbeiten zu Entkopplung wird *Entkopplung im engeren Sinne*, als Lösung des BIP-Wachstums vom steigenden Umweltverbrauch, verstanden. Auch der Bericht der Projektgruppe 3 verwendet aus Gründen der Anschlussfähigkeit und der besseren empirischen Erfassung in weiten Teilen diesen Begriff. Angesichts der Zielsetzung der Enquete-Kommission, Begriffe von Wohlstand und Lebensqualität als Zielgrößen der Politik neben reinem BIP-Wachstum zu entwickeln, ist eine *Entkopplung im weiteren Sinne* ebenso bedeutsam. Sie beschreibt die Loslösung des Umweltverbrauchs von Wohlstand beziehungsweise Lebensqualität.

**Systematik einer mittelbaren Kopplung.** Wohlstandsentwicklung und Umweltbeanspruchung stehen in einem mittelbaren, nicht unmittelbaren Zusammenhang. Er wird über die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Organisation bestimmt. Dies schließt die Nutzung von Technik ebenso ein wie politische Regulierung, kulturelle Wertmuster oder die Ausgestaltung wirtschaftlicher Aktivität. Damit existiert weder ein grundsätzlicher Automatismus der Entkopplung noch der Nicht-Entkopplung.

**F** Dabei sind der Umweltraum sowie die Umweltgrenzen wichtige Metaphern, deren Verwendung nicht die vorhandenen Unsicherheiten der Grenzbestimmung sowie Konfliktpotenziale bei der möglichen Verletzung lokaler oder regionaler Grenzen verdecken soll.

## Politische Handlungsempfehlungen

Der Abschlussbericht der Projektgruppe 3 folgt einer siebenstufigen Argumentation: In *Kapitel 1* wird das grundsätzliche Verhältnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt erläutert. Insbesondere werden die Beziehungen zwischen Gesellschaft, wirtschaftlicher Aktivität und Umwelt analysiert. Vier Dimensionen zur Beschreibung und Messung von „ökologischen Grenzen“ werden thematisiert: (1) entropische Grenzen, (2) begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen als Rohstoffe für wirtschaftliche Aktivität, (3) begrenzte Verfügbarkeit von Senken als Deponieräume für Abfälle aus wirtschaftlicher Aktivität sowie, umfassend, (4) Grenzen des Planeten Erde als „Umweltraum“. In diesen vier Dimensionen können Grenzverletzungen auftreten, sie können jedoch in unterschiedlichem Maße quantitativ gemessen und empirisch belegt werden. Abschließend wird dargestellt, in welcher Form die Projektgruppe unterschiedliche wissenschaftliche Herangehensweisen an die Entkopplungsfrage berücksichtigt, vor allem aus den Bereichen Wachstumstheorie, Umweltökonomie, Ökologischer Ökonomie sowie Politischer Ökologie.

Nach der grundsätzlichen Betrachtung wichtiger Zusammenhänge zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zeigt *Kapitel 2* Entwicklungstrends an der Schnittstelle von Umwelt und Wirtschaft auf. Einige globale Megatrends können als Treiber von Wirtschaftswachstum und steigendem globalem Umweltverbrauch bestimmt werden. Als zweiter Teil der empirischen Zustandsbeschreibung wird der Zustand zentraler globaler Erdsystemprozesse mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für den Menschen beschrieben. Es zeigen sich in allen betrachteten Bereichen besorgniserregende Trends der Übernutzung, besonders beim Klimawandel, dem Verlust von Biodiversität und der Überlastung des Stickstoffkreislaufs. Diese wirken schon jetzt auf menschliches Wohlergehen zurück, Ökosysteme stellen eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung, die vielfach nicht auf Märkten gehandelt werden und entsprechend nicht von der traditionellen Messung der Wirtschaftsdaten erfasst werden.<sup>¶</sup> Auch die Verfügbarkeit un-

<sup>¶</sup> Vgl. Johann Rockström et al., A safe operating space for humanity, in: *Nature*, (2009) 461, S. 472–475.

terschiedlicher Ressourcen ist ein wichtiger Teil der Zustandsbeschreibung.

Die Umweltnutzung im Verhältnis zu quantitativen Umweltgrenzen ist Schwerpunkt in *Kapitel 3*. Alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit (Soziales, Ökonomie, Ökologie) müssen angemessen berücksichtigt werden. Um Entkopplung zu betrachten und sie zu begründen ist es jedoch entscheidend, zu Beginn stets die Überschreitung der Umweltgrenzen in den Blick zu nehmen. Ausgehend von der unterschiedlich interpretierbaren Zielsetzung der Nachhaltigkeit werden mögliche Begründungen von Grenzen der Umweltnutzung aufgeführt, die sich allerdings gegenseitig nicht ausschließen, sondern ergänzen. Bei aller Bestimmung von Grenzen sind immer die immensen Unsicherheiten zu berücksichtigen. Viele Zusammenhänge sind nicht oder unzureichend erforscht. Besonders Kippunkte, jenseits derer irreversible Veränderungen auftreten, sind schwierig zu bestimmen, können aber nicht ausgeschlossen werden. Entsprechend erscheint es bei vielen Umweltgrenzen sinnvoll, einen ausreichenden „Sicherheitsabstand“ einzuhalten.<sup>†</sup> Gleichzeitig kann die vorhandene Unsicherheit auch unmöglich zur Einstellung jeglicher Umweltnutzung führen.

*Kapitel 4* verlässt die globale Perspektive für eine Betrachtung der Entwicklung von Umweltverbrauch und Entkopplung in Deutschland. Ein Blick auf die deutschen Daten zeigt in manchen Bereichen (wie bei der Reinhaltung von Luft und Wasser) eine erfolgreiche Reduktion der Belastungen. Allerdings liegen manche Belastungen weiterhin oberhalb angestrebter Grenzwerte. In kritischen Bereichen wie Flächenverbrauch und Artenschwund sind weiterhin negative Trends zu beobachten.

Nachdem mit der Beschreibung der Ausgangssituation und der großen Herausforderungen bei der Einhaltung von Umweltgrenzen eine Basis gelegt ist, werden in *Kapitel 5* Entkopplungsprozesse in ihrer Systematik

<sup>†</sup> Unter dem „Sicherheitsabstand“ ist das Ziehen von politisch gesetzten Grenzen unterhalb nur ungefähr bestimmbarer Umweltgrenzen zu verstehen. Das politische Vorziehen von Grenzen kann in manchen Situationen die Möglichkeiten der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an Umweltgrenzen verbessern und das Risiko von Grenzverletzungen reduzieren.



und Dynamik unter Berücksichtigung einer Vielzahl von systematischen Herausforderungen betrachtet. Die systematischen Herausforderungen für Entkopplung sind vielfältig. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Projektgruppe auf den Rebound-Effekt beziehungsweise seine erweiterte Form, die systemübergreifenden Problemverschiebungen. Hierzu wurde ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben.<sup>f</sup> Viele vermeintliche Entkopplungen durch die Erhöhung von Effizienz in einzelnen Bereichen führen zu erhöhtem Verbrauch an anderer Stelle. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die konkrete Ausprägung des Rebound-Effekts von der sozialökologischen Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit der Wirtschaftsordnung sowie den Wertmustern und Lebensstilen abhängig ist. Die in Kapitel 4 thematisierten internationalen Verschiebungen sind als Herausforderungen für eine Entkopplung ebenso zu berücksichtigen wie Verschiebungen zwischen unterschiedlichen Umweltbereichen. So können sich Maßnahmen zur Entkopplung von Wachstum und Klimaauswirkungen negativ auf Biodiversität und Flächennutzung auswirken, wenn intensiv bewirtschaftete Energiepflanzen die natürliche Vegetation verdrängen. Die Liste solcher Verschiebungen kann beliebig weitergeführt werden und zeigt die Notwendigkeit einer übergreifenden Betrachtung aller relevanten Umweltgrenzen. Eine exemplarische Betrachtung erfolgreicher Entkopplungsprozesse der Vergangenheit (wie Schutz der Ozonschicht, Entwicklungen in der Landwirtschaft) zeigt, dass zwar erfolgreiche Entkopplungen in Einzeldimensionen möglich, diese jedoch nur bedingt auf eine übergreifende Entkopplung übertragbar sind.

In vielen der betrachteten Umweltdimensionen ist eine globale Entkopplung notwendig. Kapitel 6 zeigt die Handlungsmöglichkeiten entlang einzelner Umweltressourcen, ausgewählter Wirtschaftszweige sowie einzelner Akteure auf. Dabei stellen globale Senken wie die Erdatmosphäre ein Allmendegut dar. Daraus folgt, dass ein einzelner Akteur ohne

<sup>f</sup> Vgl. Reinhard Madlener/Blake Alcott, Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum unter besonderer Berücksichtigung der Systematisierung von Rebound-Effekten und Problemverschiebungen, Berlin 2011.

internationale Koordination keinen oder nur geringen Einfluss auf dessen Übernutzung nehmen kann. Entsprechend sind Formen der Koordination über Ländergrenzen hinweg notwendig. Mit den Handlungsmöglichkeiten einzelner Staaten, etwa durch das Einnehmen einer Vorreiterrolle, beschäftigt sich eine von der Projektgruppe in Auftrag gegebene Kurzexpertise, die in der Projektgruppe kontrovers diskutiert wurde.

Aufbauend auf den beiden möglichen Herangehensweisen, einerseits der Umsetzung einzelner nationaler Maßnahmen, andererseits der Förderung von internationaler Kooperation zur übergreifenden Regulierung globaler Umweltprobleme, sammelt Kapitel 7 mögliche Umsetzungsstrategien. Diese sollen auch als Input für die Arbeit der Projektgruppe 4 zur Gestaltung nachhaltiger Ordnungspolitik dienen.

## Zentrale Aussagen

Aus der vorgenommenen Skizzierung der Argumentationslinie und den teils noch laufenden Abstimmungsprozessen werden an dieser Stelle die wichtigsten Ergebnisse extrahiert. Sie sind als noch nicht abschließend anzusehen, von einer Erweiterung ist auszugehen:

- Die Überschreitungen globaler Umweltgrenzen (ebenso wie lokale Umweltprobleme) ergeben einen dringenden Handlungsbedarf, wenn schwerwiegende Folgen vermieden werden sollen.
- Entkopplung ist angesichts einer mittelbaren Verbindung zwischen Umweltverbrauch und Wohlstand über Technologie, Wirtschaftsordnung, nachhaltige Wettbewerbsordnung, kulturelle Werte, politische Steuerung, Produktionsmuster etc. grundsätzlich (innerhalb thermodynamischer Grenzen) möglich.
- Entkopplung als relativer Begriff bietet alleine keine ausreichende Aussage über die Einhaltung von Umweltgrenzen; in vielen Bereichen ist eine absolute Reduktion der gegenwärtigen Belastung primäres Ziel.
- Eine, gemessen an den Umweltgrenzen, ausreichende Entkopplung oder Reduktion findet nicht automatisch statt. Sie wird von einer Vielzahl ernst zu nehmender Heraus-



forderungen und komplexen Systembedingungen wie dem Rebound-Effekt und der Allmendeproblematik erschwert.

- Insbesondere führen mögliche Knappheiten von wichtigen Ressourcen (wie Öl, Kohle, Wasser) nicht automatisch beziehungsweise preisvermittelt zu einer Reduktion der Nutzung, welche rechtzeitig und im nötigen Ausmaß zur Schonung überlasteter Senken (wie der Atmosphäre) führt.
- Sowohl die empirische Beobachtung von Entkopplung als auch das Design von Entkopplungsmaßnahmen müssen Verschiebungen, sowohl zwischen Ländern als auch zwischen Umweltbereichen und Nachhaltigkeitsdimensionen, berücksichtigen.
- Technologische Innovationen können nur in Verbindung mit institutionellen, sozialen und kulturellen Innovationen zu Entkopplung und Reduktion führen.
- Entkopplungspolitik kann sowohl international als auch national erhebliche Verteilungswirkungen haben. Diese müssen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.
- Die globale Entkopplung von Wohlstand und Umweltverbrauch kann letztlich nur im Zusammenspiel aller Länder gelingen. Daher ist es für Deutschland von besonderer Bedeutung, Maßnahmen zu identifizieren, die eine verstärkte internationale Kooperation wahrscheinlicher machen.
- Dabei kommt der Form und Ausgestaltung einer möglichen Vorreiterrolle der Industriestaaten besondere Bedeutung zu. Auch große bevölkerungsreiche Schwellenländer sind gewichtige Verursacher globaler Umweltprobleme, sie müssen stärker als handelnde Akteure eingebunden werden. Mit den Entwicklungsländern sind finanzielle und technologische Kooperationsmodelle notwendig, die ihnen eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.
- Das Festlegen und die Durchsetzung globaler Grenzen der Umweltnutzung bedürfen eines hohen Maßes an Solidarität, verstanden als „gesamtschuldnerische Haftung für das gemeinsame Erbe der Menschheit“.

Christian Kroll

# Wir brauchen neue Indikatoren – und ein Glücks-Audit für die Politik!

Essay

Was bedeutet Ihnen im Leben etwas? Und was davon sollte Ihrer Meinung nach in Maßzahlen des nationalen Wohlergehens abgebildet werden? Diese Fragen stellte das britische Statistikamt im Jahre 2011 den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der vom Premierminister David Cameron angestoßenen Initiative zur Neuvermessung des *National Well-Being*. Bei den über 34 000 Antworten kam heraus, dass den Menschen vor allem folgende Dinge am Herzen liegen: Gesundheit, intakte Beziehungen zur Partnerin oder dem Partner, Familie und Freunden, Zufriedenheit im Beruf und ökonomische Sicherheit, der Zustand der Umwelt sowie eine gute Ausbildung.<sup>1</sup>

**Christian Kroll**

Ph. D., geb. 1981; Research Fellow an der Jacobs University und der Universität Bremen; Mitglied im Beratungsgremium „National Well-Being“ in Großbritannien; Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)/South Hall, Campus Ring 1, 28759 Bremen. c.kroll@jacobs-university.de www.christiankroll.eu

Seit Veröffentlichung des Abschlussberichts der sogenannten Stiglitz-Kommission<sup>2</sup> (2008 von der damaligen französischen Regierung eingerichtet) hat sich so etwas wie eine globale Bewegung zur Neuvermessung des gesellschaftlichen Wohlergehens formiert, bestehend aus politischen Akteuren, statistischen Ämtern, internationalen Organisationen und Initiativen aus Wissenschaft und Zivilgesell-

<sup>1</sup> Vgl. Jil Matheson, National Statistician's Reflections on the National Debate on Measuring National Well-being, London 2011.

<sup>2</sup> Vgl. Joseph E. Stiglitz/Amartya Sen/Jean-Paul Fitoussi, Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris 2009.

schaft. In zahlreichen Ländern erörtern derzeit ganz offiziell nationale runde Tische, was für uns im 21. Jahrhundert Fortschritt bedeutet, und wie wir ihn messen können.<sup>¶</sup> Solche Indikatoren sind wichtig, weil sowohl Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger als auch Bürgerinnen und Bürger einen akkuraten Kompass brauchen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu identifizieren und darauf aufbauend zu lösen. Erst mithilfe solcher Daten können wir erkennen, ob unsere Politikmaßnahmen Erfolg haben oder wir in die falsche Richtung steuern.

In der Vergangenheit war dieser Kompass zumeist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe an Gütern und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land produziert werden. Das BIP hat tatsächlich den Vorteil, dass sich Elemente verschiedenster Mengeneinheiten kombiniert in einer einzigen, international vergleichbaren, monetären Zahl ausdrücken lassen. Weiterhin liegt der Indikatorenwahl die Annahme zugrunde, dass je mehr auf dem Markt produziert wird, desto besser können die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen, ergo desto glücklicher sind sie. Allenfalls die Arbeitslosenrate wurde im Laufe der Jahre darüber hinaus noch als Leitindikator hinzugezogen, wenn es darum ging zu beurteilen, ob es im Land „bergauf“ oder „bergab“ ging.

Mehr und mehr setzte sich in den vergangenen Jahren jedoch die Einsicht durch, dass es damit nicht getan ist. Denn vor allem das BIP blendet zu viele wichtige Aspekte menschlichen Wohlergehens aus – wie die Antworten im eingangs zitierten britischen Beispiel gezeigt haben. Insbesondere ist unklar, wer eigentlich vom BIP-Wachstum profitiert: So kann das Median-Haushaltseinkommen in einem Land fallen, während das BIP pro Kopf steigt. Ein sogenannter *Trickle-down*-Effekt, bei dem auch die mittleren und unteren sozialen Schichten vom Wachstum profitieren, ist keineswegs garantiert. Außerdem steigt das BIP bei Naturkatastrophen an, es ignoriert Nachhaltigkeitsaspekte sowie sämtliche außerhalb des Marktes erbrachten Leistungen von Haushaltsarbeit bis hin zu ehrenamtlichem Engagement, die jedoch für unser Wohlergehen wichtig sind.

¶ Vgl. Christian Kroll, *Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen*, Berlin 2011.

Zwar zeigen neuere Untersuchungen, dass das BIP als Indikator für gesellschaftlichen Fortschritt besser geeignet ist, als es so manche Kritik suggeriert. Zum einen schneidet es in einer internationalen Studie<sup>†</sup> besser ab als die Mehrzahl neuerer, alternativer Indizes der Lebensqualität, wenn es darum geht, die von den Menschen selbst bewertete Zufriedenheit mit ihrem Leben vorherzusagen. Lediglich der 2011 vorgestellte Better-Life Index der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist dem BIP hier überlegen. Zum anderen umfassen schon BIP und Arbeitslosenrate allein sehr viele Informationen, die alternative Indikatoren gesellschaftlichen Wohlergehens mitunter nur begrenzt ergänzen.<sup>¶</sup>

Dennoch betonen auch diese neueren Studien, dass es jenseits des BIP noch genug Verbesserungspotenzial zur Abbildung der wahren Lebensqualität eines Landes gibt. Außerdem bleibt es schon aus prinzipiellen Gründen fraglich, ob wir unseren Fortschritt primär an einem so beschränkten Indikator wie der Gesamtmenge an produzierten Gütern und Dienstleistungen ausrichten wollen.

## Deutschland auf der Suche

Nun hat sich also Ende 2010 eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags auf den Weg gemacht, neue Maßzahlen für das Wohlergehen des Landes zu suchen und einen „ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator“ zu entwickeln.<sup>¶</sup> Die Runde aus Bundestagsabgeordneten und Sachverständigen hat angesichts dieser Mammutaufgabe schon beachtliche Fortschritte erzielt. Anders als in vielen europäischen Ländern wurde in Deutschland zudem das Parlament mit dieser Aufgabe betraut, was ihren hohen Stellenwert unterstreicht.

† Vgl. Jan Delhey/Christian Kroll, A „happiness-test“ for the new measures of national well-being: How much better than GDP are they?, in: Hilke Brockmann/Jan Delhey (eds.), *Is more always better? Human happiness and the limits of the maximization principle*, New York–Heidelberg 2012.

¶ Vgl. Sonja C. Kassenböhrer/Christoph M. Schmidt, *Beyond GDP and Back: What is the Value-Added by Additional Components of Welfare Measurement?*, DIW SOEPpapers, Nr. 351, 2011.

¶ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010.

Dieses Vorgehen birgt zwar die Gefahr, dass – anders als bei reinen Expertenrunden etwa in statistischen Ämtern – das wichtige Thema der Kommission unter die „parteilpolitischen Räder“ gerät. Die Verortung der Runde hat jedoch den entscheidenden Vorteil, dass bei einer Konsenslösung das Ergebnis mit der ganzen Autorität eines gewählten Parlaments verkündet und mit entsprechender Relevanz in das politische Alltagsgeschäft integriert werden kann. Dafür wird es bis zum Ablauf dieser Legislaturperiode im Herbst 2013 jedoch nötig sein, dass alle Beteiligten die im Einsetzungsbeschluss aufgestellten Forderungen gegenüber etwaigen parteipolitischen Überlegungen priorisieren. Frei nach dem Motto: erst das Land, dann die Partei.

In einem Zwischenbericht hat sich die Projektgruppe 2 der Enquete-Kommission bereits auf bestimmte Bereiche für die neuen Indikatoren des Fortschritts geeinigt:<sup>7</sup> gesellschaftlicher Zusammenhalt inklusive Demokratie und Freiheit, Verteilungsgerechtigkeit inklusive Einkommensverteilung, der Zugang zu Arbeit und Bildung, gesundheitliche Versorgung inklusive Zugang zu gesundheitlichen Leistungen, ökologische Nachhaltigkeit inklusive Ressourcenverbrauch und Energieeffizienz, ökonomische Nachhaltigkeit inklusive Staatsverschuldung, Vermögenssituation der privaten Haushalte sowie Innovationsanstrengungen. Dieser zwischenzeitlich erreichte Konsens ist ein wichtiger Meilenstein und gibt Anlass zur Hoffnung auf eine mehrheitsfähige, alternative Fortschrittsmessung als Ergebnis der Arbeit.

Allerdings muss konstruktive Kritik erlaubt sein. So hat sich die Enquete-Kommission laut Zwischenbericht darauf verständigt, mehrere einzelne Leitindikatoren nebeneinander zu stellen, anstatt sie in einem einzelnen Index zu aggregieren.

Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass man nicht die Einzelindikatoren verschiedener Maßeinheiten wie Lebensjahre und Euro miteinander verrechnen und gewichten muss, was niemals ohne das Fällen von gegebenenfalls kontroversen Werturteilen geschehen kann. Nachteilig ist dabei jedoch, dass es somit am Ende ein Nebeneinander von mehre-

<sup>7</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)72.

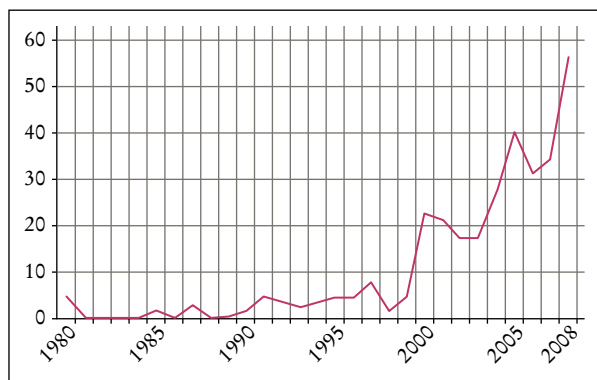
ren Indikatoren geben wird, von denen einige besser und andere schlechter abschneiden. Aufgrund der in der Politik oft anzutreffenden Neigung zu selektiver Wahrnehmung birgt dies die Gefahr des „Rosinen pickens“. Ein Index nach dem Vorbild des Canadian Index of Well-Being hätte stattdessen den Vorteil, das nationale Wohlergehen griffig und wirksam in einer einzigen Zahl abzubilden – in der Tat ist diese Prägnanz sicher einer der Hauptgründe, warum das BIP bis heute so erfolgreich dafür genutzt wird. Darüber hinaus kann man argumentieren, dass bereits durch die Selektion einzelner Indikatoren ein erhebliches Werturteil gefällt wurde, welches durch eine anschließende Gewichtung in einem Index nicht entscheidend „verschlimmert“ würde.

Im Fazit sprechen meiner Ansicht nach daher keine ausreichend überzeugenden Gründe dagegen, den finalen Indikatorensatz nicht auch in einen parallel existierenden Index zu aggregieren, welcher in der Folge sogar das öffentliche Interesse einfacher einzufangen vermag und somit als „Einfallstor“ für den detaillierteren Indikatorensatz fungieren kann.

Zudem sind neue Indikatoren kein Selbstläufer. Es muss selbstverständlich die Frage geklärt werden, was die ganze Übung bewirken soll; im Englischen spricht man treffend von der *So-What!?*-Frage. Klar ist, dass es sich bei der Suche nach neuen Indikatoren nicht um eine Trockenübung für Statistiker handelt, sondern dass es darum geht, den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zentrale Leitlinien des Fortschritts zur Orientierung zu geben. Falls man sich auf solche Indikatoren am Ende einigen kann, ist der entscheidende Punkt folglich, welche Relevanz sie für das alltägliche Geschäft haben werden.

Bereits heute verfügen wir über eine Vielzahl von Sozialindikatoren, die uns über fast alle Aspekte des täglichen Lebens Informationen liefern können. So gibt zum Beispiel das Statistische Bundesamt alle zwei Jahre einen Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ heraus, in welchem die vier Leitlinien der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt, in-

## Abbildung: Wissensanstieg in der internationalen Glücksforschung anhand der veröffentlichten Forschungsarbeiten



Quelle: Simon Chapple, What can subjective well-being research tell us about social policy?, Präsentation auf der Konferenz „Measuring subjective well-being“ in Florenz, 23.–24. Juli 2009.

ternationale Verantwortung) anhand von 35 Maßzahlen sehr anschaulich und detailliert überprüft werden<sup>8</sup> – leider weitgehend ohne große Resonanz in Medien und Politik.

Es wird deshalb darauf ankommen, die neuen Maßzahlen hochrangig in der Sozialberichterstattung zu verorten und dadurch in die politischen Debatten der Zeit gezielt einzuspeisen. Ein zu dieser Thematik neu zu schaffender Sachverständigenrat oder ein Institut könnten wirksame Mittel sein. Zu ritualisierende Mechanismen wie eine indikatorenbasierte *State-of-the-Union*-Rede eines führenden Regierungsvertreters können ebenfalls helfen.<sup>9</sup> Somit würde am Ende verhindert, dass wir neben den zahlreichen existierenden Indikatorenansätzen, wie etwa des Statistischen Bundesamtes und zivilgesellschaftlicher Akteure, nur ein weiteres „Bundestags-Indikatorenset“ hätten, welches keinen wirklichen Mehrwert bietet und keine zentrale Rolle in der Beurteilung und Formulierung von Politik spielt.

Sollte es jedoch gelingen, neue Indikatoren des gesellschaftlichen Wohlergehens an prominenter Stelle zu verankern und mit Relevanz für die politische Praxis regelmäßig in die Debatten unserer Zeit einzubringen,

<sup>8</sup> Vgl. [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren.html) (11.6.2012).

<sup>9</sup> Vgl. C. Kroll (Anm. 3).

könnten sich tief greifende Folgen für politische Prozesse einstellen: angefangen von einer neuen Kultur der Rechenschaft bis hin zu mehr evidenzbasierten Politikmaßnahmen und mehr Bürgerbeteiligung in der Frage, wie wir eigentlich zukünftig zusammenleben wollen und woran wir unseren Fortschritt bemessen.<sup>10</sup>

## Von der Theorie zur Praxis

Der Politik bietet sich dieser Tage vor allem jedoch eine Chance, die auch die Enquete-Kommission bis zum Ende ihrer Arbeit noch mehr forcieren muss. Wenn wir verstärkt fragen, was uns im Leben etwas bedeutet und wie die Politik diese Faktoren befördern oder zumindest nicht behindern kann, kommt uns die neue akademische Glücksforschung wie gerufen. Eine rasch wachsende Zahl von Forschungsarbeiten erkundet, was Menschen zufrieden macht (*Abbildung*). Die Glücksforschung ermittelt in Umfragen, wie glücklich oder auch wie zufrieden die Befragten mit ihrem Leben sind. Glück und Lebenszufriedenheit werden dabei in der Literatur oft synonym verwendet, so auch in diesem Text. Es ist jedoch anzumerken, dass streng genommen Fragen nach der Lebenszufriedenheit ein geeigneterer Maßstab sind als Fragen nach dem Glück: Während letztere eher eine affektive Einstellung einfangen, vermögen erstere eine kognitive Bewertung des Lebens der Menschen abzubilden und sind somit eindeutig vorzuziehen, wenn es um politische Gestaltung geht.

Der von der Glücksforschung eingeleitete Paradigmenwechsel geht quer durch die akademischen Disziplinen: Volkswirte sprechen von einer „Revolution“ in ihrem Fachgebiet, wie zum Beispiel die „Happiness-Ökonomen“ Lord Richard Layard und Bruno Frey. Auch Psychologen haben neue Methoden der „Positiven Psychologie“ entwickelt, allen voran Martin Seligman, der jüngst sogar damit beauftragt wurde, die Forschungserkennt-

<sup>10</sup> Vgl. ders., Die Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen: Eine Chance für politische Parteien?, Berlin 2011; ders., The greatest happiness principle – an imperative for social democracy?, in: H. Meyer/J. Rutherford (eds.), Towards the good society. The future of European social democracy, Basingstoke 2011.

nisse beim größten Arbeitgeber der USA zur Anwendung zu bringen – der US-Army.

Die potenziell weitreichenden Folgen dieser neuen Erkenntnisse für die Ausgestaltung unserer Politikmaßnahmen wurden jedoch noch nicht annähernd ausreichend erörtert – geschweige denn durch einen systematischen Wissenstransfer von der Glücksforschung in die praktische Politik institutionalisiert überprüft. Mit anderen Worten: Was müssten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger anders machen, wenn wir die Erkenntnisse zur Lebenszufriedenheit der Menschen beim Gesetzgebungsprozess berücksichtigen würden?

Eine solche „Politik des Glücks“ ist keineswegs gleichzusetzen mit einer „Glücksgarantie“ durch die Politik. Die Eigenverantwortung des Individuums bleibt selbstverständlich zentral. Etwas anderes ist schließlich gar nicht möglich und gehört allenfalls in die fiktionalen Dystopien à la Aldous Huxley: Die Politik kann uns nicht zwingen, glücklicher zu werden, genauso wenig wie sie uns zwingen kann, produktiver zu werden. Aber die Politik sollte dem Glück des Einzelnen auch nicht im Wege stehen, sondern stattdessen effektive Rahmenbedingungen setzen, damit jede Bürgerin und jeder Bürger auf ihre und auf seine Weise glücklich werden kann. Darum ist es wichtig, bestehende und zukünftige Gesetzesinitiativen daraufhin zu prüfen, inwiefern sie im Einklang mit den Erkenntnissen der Glücksforschung die Lebenszufriedenheit der Menschen mehr oder mindern.

Stehen politische Entscheidungsträger zum Beispiel vor der Frage, ob sie von einem knappen Budget mehr Ressourcen in den Gesundheitssektor oder den Bildungssektor fließen lassen sollen, kann die Glücksforschung zusätzliche Informationen über eine effektive Nutzung der Mittel geben. Durch Evaluation von Initiativen bezüglich ihres Effekts auf die Lebenszufriedenheit erhalten Entscheider außerdem einen unabhängigen und wichtigen Maßstab, der erkennbar macht, welchen Einfluss bestimmte Programme, beispielsweise Schulpolitiken, Integrationsmaßnahmen oder Arbeitsbeschaffungsinitiativen, jeweils auf die Betroffenen haben. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten der Kosten-Nutzen-Analyse, die nicht etwa auf monetä-

re Faktoren beschränkt sind, sondern deren Währung die tatsächliche Lebensqualität der Menschen ist. Dies wiederum kann uns helfen, knappe öffentliche Ressourcen optimal zu verteilen.

Auf internationaler Ebene hat man dies bereits erkannt: Schon der erwähnte Stiglitz-Bericht urteilte, dass solche subjektiven Indikatoren insgesamt eine Schlüsselrolle bei der Ermittlung der Lebensqualität der Menschen spielen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im Juli 2011 per Resolution die Regierungen aufgefordert, das Glück und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger stärker ins Zentrum des Regierungshandelns zu rücken. Auch die OECD, weltweit bedeutendste Quelle verlässlicher statistischer Daten und Hort rigoroser Ökonometrie, nimmt sich inzwischen des Themas Glücksmessung an und entwickelt dazu ein eigenes Handbuch für statistische Ämter. Damit soll zukünftig offiziellen Statistiken zur Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in OECD-Ländern der Weg gebahnt werden. Und schließlich forderte jüngst Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, die Regierungschefs führender Nationen – von Barack Obama bis Angela Merkel – in einem offenen Brief auf, die Themen „Glück und Wohlergehen“ zur politischen Priorität 2012 zu machen.

Wer dennoch Skepsis beim Gedanken an die Wortpaarung Glück und Politik hat oder – wie jüngst Bundespräsident Joachim Gauck – eine „glücksüchtige Gesellschaft“ fürchtet, der sollte bedenken, dass sich der Staat nicht aus seiner bestehenden Verantwortung stellen kann. Ob wir wollen oder nicht, die Politik ist bereits jetzt in Teilen für unser Glück verantwortlich: Bei der Ausgestaltung der öffentlichen Sicherheit, der Organisation eines menschlichen Wirtschaftssystems oder auch der Konzeption einer bewohnerfreundlichen Stadtplanung braucht das Individuum den Staat. Für die Politik ergibt sich daraus ein dringender Bedarf, zukünftig zu überprüfen, wie Politikmaßnahmen auf den neueren Forschungserkenntnissen beruhend optimiert werden können. Der große Verdienst der Glücksforschung ist dabei, den Menschen nicht durch die Politik oder die Wissenschaft vorzuschreiben, welche Aspekte und Dimensionen der Lebensqualität man von „Experten-seite“ für wichtig erachtet (wie etwa Ein-



kommen), sondern aus den Antworten der Befragten selbst zu erkennen, was ihnen für ihr eigenes Glück wichtig ist.

Die Zeit ist also Reif für ein systematisches *Glücks-Audit* in der Politik. Wir müssen überprüfen, wie Politikmaßnahmen auf die wichtigsten Einflussfaktoren für hohe Lebenszufriedenheit wirken, wer demzufolge die wirklichen Gewinner und Verlierer von neuen Regelungen sind, und wie wir somit die Lebensqualität in unserem Land effektiv steigern können. Internationale Vorbilder formieren sich schon. Im britischen „Green Book“, einer Art Bausteinkasten für Politikmaßnahmen mit Relevanz für sämtliche neuen Gesetzesvorhaben, untersucht derzeit die *Treasury*, das britische Finanzministerium, inwiefern Ansätze aus der Glücksforschung bei der Evaluation und Planung von neuen Maßnahmen berücksichtigt werden können.<sup>11</sup>

Nicht zuletzt zeigt auch das kleine Himalaya-Königreich Bhutan innovative Schritte auf, indem zur Mehrung des „Bruttonationalglücks“ jede geplante Gesetzesinitiative durch ein *Policy Screening Tool* daraufhin überprüft wird, wie diese auf das Wohlergehen der Bevölkerung wirkt. Und auch in Deutschland werden Gesetzesmaßnahmen bereits durch eine institutionalisierte Folgenabschätzung immerhin in Bezug auf Nachhaltigkeit überprüft. Hier lässt sich anknüpfen.

Solch ein systematisches Glücks-Audit dürfte am Ende auch zu einer Überprüfung eingefahrener ideologischer Denkmuster links wie rechts führen. Denn die Messung der Lebenszufriedenheit folgt keiner vorgefertigten Ideologie, sondern ist nur den unabhängigen Selbstauskünften der Bürgerinnen und Bürger in basisdemokratischer Weise verpflichtet. Es wäre unter diesen Umständen nicht mehr möglich seine Klientel heimlich zu bevorzugen oder Partikularinteressen zu verschleiern. Trauen sich die politischen Akteure das zu?

<sup>11</sup> Vgl. Daniel Fujiwara/Ross Campbell, *Valuation Techniques for Social Cost-Benefit Analysis: Stated Preference, Revealed Preference and Subjective Well-Being Approaches*, London 2011.

Till van Treeck

## „Wohlstand ohne Wachstum“ braucht gleichmäßige Einkommensverteilung

Das Verhältnis von Wirtschaftswachstum, gesellschaftlichem Wohlstand und Umweltschutz ist ambivalent. Einerseits schafft und erhält Wachstum Einkommen und Arbeitsplätze und trägt damit zum Wohlstand bei. Wie während der Finanzkrise ab 2008 und der durch sie ausgelösten Krise des Euroraums deutlich wurde, trifft das Ausbleiben von Wachstum – unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – besonders die Schwächsten der Gesellschaft unmittelbar und hart. Ein hohes Wirtschaftswachstum kann gesellschaftliche Verteilungskonflikte entschärfen und die Umverteilung von Einkommen erleichtern. Dabei ist die Reduzierung der Ungleichheit aktuell umso notwendiger, als sie von Ökonomen zunehmend als Hauptursache der weltweiten Krise ab 2008 ausgemacht wird.<sup>12</sup>

**Till van Treeck**

Dr. rer. pol.; Referatsleiter für Allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf.  
till-van-treeck@boeckler.de

Andererseits werden aus ökologischer Sicht die Grenzen des Wachstums immer deutlicher. Denn der regelmäßige Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) führt – beim aktuellen Stand der Technik – zu negativen Folgen für die Umwelt, insbesondere zu Klimaveränderungen durch Treibhausgasemissionen. Längerfristig gefährdet umweltbelastendes Wirtschaftswachstum daher den gesellschaftlichen Wohlstand und bringt zudem ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial mit sich. Denn wirtschaftlich schwächere Gruppen beziehungsweise Staaten haben in der Regel einen größeren Teil der mit Umweltschäden verbundenen Kosten zu tragen.<sup>12</sup>

Zugleich zeigen Ergebnisse der Glücksforschung immer wieder, dass es in reichen Län-



dern längerfristig keinen positiven Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Einkommensniveau beziehungsweise dem Wachstum des BIP und der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit der Menschen gibt. Entscheidender ist ab einem bestimmten Niveau die Verteilung der Einkommen: Soziale und gesundheitliche Probleme häufen sich vor allem in Ländern mit hoher Ungleichheit.<sup>13</sup>

Trotz Wirtschaftswachstum steigt daher in vielen Ländern der gesellschaftliche Wohlstand nicht, während die Treibhausgasemissionen hoch bleiben. Auf der anderen Seite drohen bei weniger Wachstum noch größere soziale Verwerfungen. Was kann getan werden, um dieses Spannungsfeld aufzulösen? Beispielsweise kann die Verkürzung der Arbeitszeit helfen, Beschäftigung auch bei weniger Wachstum zu halten und damit die sozialen Folgen von geringerem Wachstum abzufedern. Aber sie ist voraussetzungsvoll, denn geringere Arbeitszeiten bedeuten auch Verzicht auf Löhne, was derzeit insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensgruppen wenig attraktiv erscheint. Deswegen ist die Umweltfrage stark mit der Verteilungsfrage verknüpft.

Im Folgenden wird zunächst aufgezeigt, dass für das Erreichen der politisch verabredeten Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union (EU) bis 2050 eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums nötig sein dürfte. Um einem massiven Abbau von Beschäftigung vorzubeugen, müsste daher auch die durchschnittliche Arbeitszeit stark reduziert werden. Einer flächendeckenden Arbeitszeitverkürzung steht aber die Ungleichheit in der Einkommensverteilung im Weg, deren jüngere Entwicklung im darauffolgenden Abschnitt für die USA und Deutschland beschrieben wird. Danach wird zuerst genauer erörtert, warum ein hohes Wirtschaftswachstum zumindest kurzfristig durchaus hilfreich beziehungsweise sogar

unabdingbar sein dürfte für die Reduzierung der Einkommensungleichheit. Die anschließende Diskussion empirischer Forschungsergebnisse legt jedoch den Schluss nahe, dass eine dauerhafte Verdrängung von Verteilungskonflikten durch Wirtschaftswachstum nicht nur an ökologische Grenzen stoßen wird, sondern auch aus sozialen Gründen mit großen Gefahren verbunden ist.

Hieraus ergibt sich eine auf den ersten Blick paradoxe Schlussfolgerung: Während kurzfristig hohes Wachstum nötig sein dürfte, um die ökonomische Ungleichheit in vielen Staaten zu reduzieren, wird längerfristig erst die Reduzierung der Ungleichheit den dauerhaften Zwang zu weiterem Wirtschaftswachstum überwinden helfen und somit umfassende Arbeitszeitverkürzungen attraktiv machen.<sup>14</sup>

## Klimaziele und unser künftiger Lebensstil

Die Mitgliedstaaten der EU haben das Ziel vereinbart, die Treibhausgasemissionen bis 2010 um 20 % und bis 2050 um 80 bis 95 % (gegenüber dem Basisjahr 1990) zu reduzieren. So soll ein Beitrag zu den weltweiten Klimazielen geleistet werden. Es wird in der öffentlichen Debatte immer wieder behauptet, dass allein durch den Einsatz ressourcenschonenderer Technologien der Klimawandel verhindert werden könnte.<sup>15</sup> Die Frage ist aber auch, ob nicht ein Wandel unseres Lebensstils im Sinne von kürzerer Arbeitszeit und somit geringerem BIP-Wachstum nötig sein wird.<sup>16</sup> Anhand einer einfachen Definitionsgleichung lassen sich die ökonomischen Optionen skizzieren, die eine Gesellschaft hat, um ihre Treibhausgasemissionen zu vermindern:<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Till van Treeck, Did inequality cause the U.S. financial crisis?, IMK Working Paper, Nr. 91, online: [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_wp\\_91\\_2012.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_91_2012.pdf) (25. 5. 2012); ders./Simon Sturn, Income inequality as a cause of the Great Recession?, International Labour Organization, Working Paper (i. E.).

<sup>14</sup> Vgl. James K. Boyce, The Political Economy of the Environment, Cheltenham–Northampton 2002.

<sup>15</sup> Vgl. Richard G. Wilkinson/Kate Pickett, The Spirit Level, London 2009.

<sup>14</sup> Vgl. Simon Sturn/Till van Treeck, Wachstumszwang durch Ungleichheit und Ungleichheit als Wachstumsbremse, in: SPW, (2010) 2, S. 15–20.

<sup>15</sup> So der „Handelsblatt“-Chefredakteur, Gabor Steingart, in seinem „Morning Briefing“ vom 10. Mai 2012: „Vielleicht sollten wir in den Buchhandlungen die Berichte des Club of Rome von der Sachbuchabteilung in die Abteilung Fantasy überführen.“

<sup>16</sup> Arbeit ist hier definiert als am Markt bezahlte Erwerbsarbeit. Das BIP beschreibt die zu laufenden Preisen bewerteten, am Markt produzierten Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres.

<sup>17</sup> Vgl. zur nachfolgenden Darstellung: Andrew Watt, Work less to pollute less?, ETUI Working Paper (i. E.).

$$\Delta\text{THG} = \Delta(\text{THG}/\text{BIP}) + \Delta(\text{BIP}/\text{H}) + \Delta\text{E} + \Delta(\text{H}/\text{E})$$

Danach hängt die prozentuale Veränderung ( $\Delta$ ) der gesamten Treibhausgasemissionen (THG) positiv von der Veränderung der folgenden vier Faktoren ab:

1. der Treibhausgasintensität der Produktion (THG/BIP), deren Verringerung politisch etwa durch die Förderung von erneuerbaren Energiequellen oder ökologischer Landwirtschaft vorangetrieben werden kann;
2. der durchschnittlichen Produktivität einer Arbeitsstunde (BIP/H), deren Anstieg grundsätzlich als positiv zu bewerten ist (es wäre nicht ohne Weiteres sinnvoll, einen Rückgang der Produktion bei gleicher Arbeitszeit anzustreben);
3. der Anzahl der Beschäftigten (E), die von der (politisch nur bedingt beeinflussbaren) Bevölkerungsentwicklung und von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abhängt (eine höhere Arbeitslosigkeit wäre ebenfalls kein wünschenswerter Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen);
4. der Arbeitszeit pro Beschäftigtem (H/E).

Schreibt man vereinfachend die Entwicklung dieser vier Faktoren aus den Jahren 1998 bis 2008,<sup>8</sup> also dem Jahrzehnt vor der Krise, für den Zeitraum von 2010 bis 2050 fort, so würden sich die gesamten Treibhausgasemissionen in der EU um 1,2 % und in Deutschland um 1,7 % pro Jahr verringern. Über den gesamten Zeitraum von 2010 bis 2050 entspräche dies einer Reduktion von knapp 40 % (knapp 50 % in Deutschland), also deutlich weniger als das politisch vereinbarte Ziel. Gleichzeitig würde das reale BIP in der EU um mehr als 60 % und in Deutschland und mehr als 50 % steigen.

Wenn die Treibhausgasemissionen bis 2050 um etwa 80 % gegenüber dem Niveau von 2010 reduziert werden sollen, entspräche dies

<sup>8</sup> THG/BIP -2,7 % pro Jahr in der EU, -2,5 % in Deutschland; BIP/H +1,5 % pro Jahr in der EU und in Deutschland; Erwerbsbevölkerung +0,4 % pro Jahr in der EU, -0,3 % pro Jahr in Deutschland; H/E -0,3 % pro Jahr in der EU und -0,4 % pro Jahr in Deutschland. Berechnungen basieren auf Daten von Eurostat. Vgl. A. Watt (Anm. 7).

einem jährlichen Rückgang von etwa 4 %. Unter sonst gleichen Bedingungen müsste hierzu die durchschnittliche Arbeitszeit jährlich um 3,1 % in der EU und um 2,7 % in Deutschland zurückgehen. Über den gesamten Zeitraum entspräche das einer Arbeitszeitverkürzung von mehr als 70 % (etwas weniger für Deutschland). Das reale BIP würde in diesem Szenario um über 2 % pro Jahr schrumpfen.

Selbst wenn man unterstellt, dass die jährliche Reduktion der Treibhausgasintensität der Produktion aufgrund neuer technologischer Entwicklungen in den Jahren 2010 bis 2050 um 50 % höher ausfällt als in den Jahren 1998 bis 2008, wäre in etwa eine Halbierung der durchschnittlichen Arbeitszeit über den gesamten Zeitraum nötig. Das reale BIP-Wachstum bliebe dann nahe Null.

Damit unter Berücksichtigung der Emissionsziele über den Zeitraum von 2010 bis 2050 ein ähnlich hohes Wirtschaftswachstum und eine ähnliche Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit wie in den Jahren 1998 bis 2008 erreicht werden kann, müsste sich die Geschwindigkeit der jährlichen Entkopplung von Treibhausgasemissionen und BIP in etwa verdoppeln.

In diesen überschlagsartigen Berechnungen wurde noch nicht berücksichtigt, dass ein großer und zunehmender Teil der treibhausgasintensiven Produktion im Zuge des Globalisierungsprozesses in die ärmeren Länder (wie China) verlagert wird. Unter Berücksichtigung dieses Effekts müsste die Verbesserung der Treibhausgasintensität beziehungsweise die Reduzierung der Arbeitszeit hierzulande noch einmal deutlich stärker ausfallen.<sup>9</sup>

Zwar ist zu hoffen, dass in den nächsten Jahrzehnten eine drastische Umstellung der Produktionstechnologie in Richtung geringerer Treibhausgasemissionen stattfinden wird. Angesichts der bescheidenen diesbezüglichen Erfolge in der Vergangenheit und der potenziell dramatischen Auswirkungen des Klimawandels sollte es aber, *erstens*, ein Gebot der Vorsicht sein, neben vermehrten Investitionen in den technischen Fortschritt auch auf eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung zu setzen. *Zweitens* sollte man sich fra-

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

gen, ob nicht etwa eine Reduzierung der wöchentlichen Regelarbeitszeit von zurzeit etwa 40 Stunden auf zum Beispiel 20 Stunden eine attraktive gesellschaftliche Perspektive wäre. Dieses Ziel steht jedoch – trotz allgemeiner Besorgnis über den Klimawandel – derzeit nicht auf der politischen Agenda. Im Folgenden wird argumentiert, dass die in vielen Ländern hohe beziehungsweise steigende Einkommensungleichheit ein Haupthindernis für eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung darstellt.

## Ungleiche Einkommensverteilung als Hindernis

Die Ungleichheit hat sich in den meisten reichen Ländern in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dramatisch verschärft, Löhne und Einkommen vieler Haushalte sind trotz Wachstum kaum gestiegen.<sup>10</sup> Im Folgenden werden nur beispielhaft einige Entwicklungen in den USA und in Deutschland beschrieben.<sup>11</sup>

In den USA entfielen Ende der 1970er Jahre auf das reichste Zehntel der Bevölkerung etwa ein Drittel der Vorsteuereinkommen der Privathaushalte; heute ist es etwa die Hälfte. Auf das oberste 1 % entfielen Ende der 1970er Jahre weniger als ein Zehntel der gesamten Einkommen; heute ist es etwa ein Fünftel. Der Reallohn des typischen Arbeitnehmenden war Mitte der 2000er Jahre trotz drei Jahrzehnten Wirtschaftswachstums niedriger als Mitte der 1970er Jahre. Da die Einkommensmobilität nicht gestiegen ist, hat nur eine kleine Oberschicht vom ökonomischen Wachstum der vergangenen drei Jahrzehnte profitiert.

In Deutschland waren die Einkommen traditionell gleichmäßiger verteilt als im Durchschnitt der Industrieländer. In den vergangenen zehn Jahren ist es aber zu einem Anstieg der Ungleichheit gekommen. Die OECD stellte auf Basis von Zahlen bis 2005 sogar fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.“ Die Einkommensarmut ist zwischen 1998 und 2008 um etwa

40 % gestiegen. Etwa 11,5 Millionen Menschen lebten nach Zahlen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) im Jahre 2008 unter der Armutrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 % der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2010 hatten Personen im unteren Zehntel der Einkommensverteilung preisbereinigt mehr als 10 % weniger Einkommen zur Verfügung als im Jahre 2000, während das oberste Zehntel reale Einkommenszuwächse von mehr als 15 % verzeichnen konnte. Hingegen musste selbst die Mittelschicht reale Einkommensrückgänge hinnehmen. Auch in Deutschland profitierten im vergangenen Jahrzehnt nur „die Reichen“ vom Wirtschaftswachstum.

Diese Entwicklungen sind unmittelbar relevant für unsere Fragestellung, weil in ungleichen Gesellschaften in der Regel mehr gearbeitet und weniger Freizeit genossen wird als in egalitäreren Gesellschaften. So zeigt etwa eine Panelstudie<sup>12</sup> für zehn europäische und nordamerikanische Staaten für den Zeitraum von 1963 bis 1998, dass ein Anstieg der Einkommensungleichheit mit deutlich längeren jährlichen Arbeitszeiten einhergeht, selbst wenn andere Einflussfaktoren für das Arbeitsangebot (Reallohn, reales BIP pro Kopf, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Anteil der Frauen an der Beschäftigung) kontrolliert werden.<sup>13</sup>

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Bei fallenden realen Stundenlöhnen am unteren Ende und in der Mitte der Lohnverteilung kann – wenn nicht durch politische Maßnahmen gegengesteuert wird – der Verlust an (relativem und absolutem) individuellem Einkommen nur durch längeres Arbeiten verhindert werden. Gleichzeitig geben stark steigende Stundenlöhne am oberen Ende der Lohnverteilung Anreize zu vermehrten karrierefördernden Überstunden. So spricht Richard Freeman in Bezug auf die USA von

<sup>10</sup> Vgl. OECD, *Divided We Stand*, Paris 2011.

<sup>11</sup> Vgl. T. v. Treeck/S. Sturn (Anm. 1).

<sup>12</sup> Vgl. Samuel Bowles/Yongjin Park, *Emulation, inequality and work hours*, in: *The Economic Journal*, 115 (2005), S. F397–F412.

<sup>13</sup> Vgl. für weitere empirische Evidenz: Robert H. Frank, *Falling Behind*, Berkeley u. a. 2007; Richard B. Freeman, *Why do we work more than Keynes expected?*, in: Lorenzo Pecchi/Gustavo Piga (eds.), *Revisiting Keynes*, Cambridge, MA–London 2008, S. 135–142; Robert B. Reich, *Aftershock*, New York 2010; Karl Brenke, *Geringe Stundenlöhne, lange Arbeitszeiten*, in: DIW Wochenbericht, Nr. 21, 2012, S. 3–12.

einem „wettkampfähnlichen Wirtschaftssystem, das einer Person, die eine zusätzliche Stunde Arbeit investiert, einen potenziell hohen Ertrag zukommen lässt“.<sup>14</sup>

Die Frage ist nun, wie in einer ungleichen Gesellschaft der individuelle „Wunsch“ nach langen Arbeitszeiten und höheren Einkommen möglichst ohne allzu große soziale Verwerfungen überwunden werden kann. Im Folgenden wird argumentiert, dass ein hohes Wirtschaftswachstum zwar kurzfristig hilfreich sein kann, um Fehlentwicklung in der Einkommensverteilung zu korrigieren. Längerfristig besteht aber bei dauerhaft hoher beziehungsweise steigender Ungleichheit die Gefahr, dass sich die Wachstumsorientierung kulturell immer mehr verankert.

## Wachstum als kurzfristige Lösung für Verteilungskonflikte

Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen sind zwei gut dokumentierte Ergebnisse der psychologischen und ökonomischen Verhaltensforschung: Menschen neigen zu Vergleichen, die stark über Raum und Zeit begrenzt sind, und orientieren sich dabei eher an statushöheren Personen beziehungsweise Zuständen als an statusniederen.<sup>15</sup> In kapitalistischen Gesellschaften spielt das Einkommen bei Statusvergleichen eine besondere Rolle: Eine Steigerung des eigenen Einkommens gegenüber der jüngsten Vergangenheit signalisiert ebenso einen gewissen individuellen Erfolg wie ein relativ hohes Einkommen gegenüber anderen Personen im persönlichen Umfeld. Hingegen wird ein Rückgang des (relativen) Einkommens in der Regel als schmerzhafter empfunden, als ein Anstieg des Einkommens als positiv verbucht wird.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> R. B. Freeman (Anm. 13), S. 137.

<sup>15</sup> Vgl. R. H. Frank (Anm. 13).

<sup>16</sup> Eine gewisse Einkommensungleichheit ist in kapitalistischen Gesellschaften nicht nur unvermeidbar, sondern sie kann auch als durchaus wünschenswert und entlastend angesehen werden. Wie John Maynard Keynes hervorhob, führen Einkommensvergleiche vielleicht dazu, dass manche beim Anblick des Bankkontos „tyrannische“ Züge offenbaren; sie bieten dadurch auch ein verhältnismäßig harmloses Ventil für die – wohl nicht gänzlich zu vermeiden – konkurrenzorientierten und bisweilen aggressiven Charakterzüge im Menschen.

Somit ist nicht von der Hand zu weisen, dass Wirtschaftswachstum zumindest kurzfristig Verteilungskonflikte entschärfen kann: Während zu einem gegebenen Zeitpunkt Statusgewinne und -verluste im Bereich des Einkommens notwendigerweise ein Nullsummenspiel darstellen (eine Person kann ihr relatives Einkommen nur dadurch erhöhen, dass mindestens eine andere Person relativ verliert), ermöglicht Wirtschaftswachstum potenziell allen Personen ein höheres Einkommen gegenüber der Vergangenheit. Wirtschaftswachstum kann somit nicht nur dazu beitragen, eine gegebene Verteilungssituation für die statusniederen Personen erträglicher zu machen, sondern es erleichtert in der Regel auch die Umverteilung von Einkommen. Denn nur durch Wachstum können die Personengruppen, die einen Rückgang ihrer relativen Einkommen hinzunehmen haben, durch höhere absolute Einkommen kompensiert werden. Da Wachstum außerdem den Staatshaushalt entlastet, erleichtert es die Umverteilung über entsprechende sozial- und steuerpolitische Reformen, die in Zeiten niedrigen Wachstums und staatlicher Haushaltsdefizite politisch viel schwerer durchsetzbar sind.

In Anbetracht der in der jüngeren Vergangenheit massiv gestiegenen Einkommensungleichheit in vielen Ländern erscheint es daher legitim, in den nächsten Jahren zunächst noch ein hohes Wirtschaftswachstum anzustreben. Denn ohne Wachstum wird es unter Wahrung des sozialen Friedens kaum möglich sein, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zu reduzieren. Dies ist aber, wie im nächsten Abschnitt illustriert wird, unbedingt notwendig, um dauerhaften Wohlstand ohne überzogenen Wachstumszwang zu ermöglichen.

## Wohlstandsverluste und Wachstumszwang durch Ungleichheit

Ein wichtiges Argument, das gegen die dauerhafte Verdrängung von Verteilungskonflikten durch Wachstum spricht, besteht darin, dass sich die mit der Ungleichheit einhergehenden konsumistischen Tendenzen in der Gesellschaft mit der Zeit verfestigen können.<sup>17</sup> Zum

<sup>17</sup> Vgl. Joseph E. Stiglitz, *Toward a general theory of consumerism*, in: L. Pecchi/G. Piga (Anm. 13), S. 41–86.

einen verbringen Menschen ihre Freizeit gerne mit anderen Menschen. Wenn es aber wegen langer und individuell verschiedener Arbeitszeiten nur wenige feste Zeiten gibt, zu denen eine allgemeine Arbeitsniederlegung stattfindet, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass Freizeit zusammen mit Freunden und Familienangehörigen verbracht werden kann. Der Wunsch nach mehr Freizeit verliert so seinen Reiz.

Zudem kann eine stark auf Arbeit ausgerichtete, von großer Ungleichheit und ökonomischer Unsicherheit geprägte Gesellschaft nach und nach die Kunst „verlernen“, freie Zeit außerhalb des Marktes zu gestalten. Hierzu gehören beispielsweise das Kochen und langsame Essen, das gesellige Beisammensein, das Spiel oder künstlerische Tätigkeiten. Arbeit und standardisierter Konsum kompensieren dann die Einsamkeit der isolierten Arbeitnehmenden. Werbung macht Menschen (von frühester Kindheit an) anfällig für Versprechen kurzfristigen Glücks durch Konsumgüter. Doch ein längerfristig erfüllendes Leben lässt sich nicht käuflich erwerben. „Kultur“ muss erlernt werden und kann nur in der Gemeinschaft produziert werden.

Kultur hat den Vorteil, dass sie vielfältige „spielerische“ Statusvergleiche bereitstellt, die in ihrer Vielfalt das Bedürfnis aller Individuen nach zumindest teilweise „hohem Status“ prinzipiell befriedigen könnten.<sup>18</sup> Solche freizeitorientierten Statusvergleiche (wie in Musik, Sport, anderen Hobbys), bei denen auch Individuen mit weniger gut zu vermarktenden Fähigkeiten vermehrt „oben“ stehen können, verlieren aber an Relevanz, wenn das ökonomische Statuskalkül angesichts hoher Einkommensungleichheit für viele Menschen dominant wird.

Ein ähnliches Problem ergibt sich, wenn – zusätzlich verschärft durch den Abbau der öffentlichen Beschäftigung – immer weniger sichere und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse eine Selbstverwirklichung jenseits rein ökonomischer Statusziele ermöglichen (wie in Bildung und Wissenschaft, Kunst, sozialen Diensten). Es droht dann eine ideologische Radikalisierung derjenigen Individuen,

<sup>18</sup> Vgl. Tibor Scitovsky, *The Joyless Economy*, New York–Oxford 1992.

denen solche Beschäftigungen entgegen ihren Präferenzen verwehrt bleiben.<sup>19</sup>

Die Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett haben umfassend dargelegt,<sup>20</sup> dass es in Ländern mit hoher Ungleichheit – wie etwa den USA und Großbritannien – signifikant häufiger zu psychischen Erkrankungen, Fettleibigkeit, Teenager-Schwangerschaften, Drogenabhängigkeit, Morden und Gefängnisstrafen kommt. Hingegen sind die Lebenserwartung, der Bildungsstandard der Kinder, der Status der Frauen und die soziale Durchlässigkeit in egalitären Gesellschaften – wie etwa den skandinavischen Staaten – höher.

Zudem führt höhere Ungleichheit nicht nur typischerweise zu weniger Freizeit, sondern sie geht unter bestimmten Bedingungen zusätzlich mit einer höheren Verschuldung der privaten Haushalte zu Konsumzwecken einher. Es gibt – auf Grundlage von Forschungsergebnissen insbesondere für die USA – starke Anhaltspunkte dafür, dass diese Reaktionen der privaten Haushalte auf steigende Ungleichheit maßgeblich auf Statusüberlegungen zurückzuführen sind.<sup>21</sup>

Das Problem ist jedoch, dass es sich hierbei weitgehend um ein Nullsummenspiel handelt, das an das Wettrüsten militärischer Kontrahenten erinnert: Wenn alle in ähnlichem Maße mehr arbeiten und mehr Geld für Statusgüter ausgeben (wie Häuser, Autos, Ausbildung der Kinder), steigen zwar die Produktion und die Umweltverschmutzung, doch die relativen Einkommenspositionen bleiben im Wesentlichen erhalten. Gleichzeitig erhöhen sich aber die gesundheitlichen Belastungen durch vermehrten Stress und Konkurrenz, und es bleibt weniger Zeit für Schlaf, Familie und Freunde oder Hobbys.<sup>22</sup>

Wie insbesondere die Beispiele der angelsächsischen Länder zeigen, war der Anstieg der Ungleichheit, der maßgeblich zur Ausweitung der Verschuldung der unteren und mittleren Einkommensgruppen beigetragen

<sup>19</sup> Vgl. David Graeber, *Inside Occupy*, Frankfurt/M.–New York 2012, S. 97 ff.

<sup>20</sup> Vgl. R. G. Wilkinson/K. Pickett (Anm. 3).

<sup>21</sup> Vgl. für einen Überblick: T. v. Treeck/S. Storn (Anm. 1).

<sup>22</sup> Vgl. R. H. Frank (Anm. 13), S. 78 ff.



hat, zudem eine der Hauptursachen der weltweiten Finanzkrise ab 2008 und der damit verbundenen gesellschaftlichen Wohlstandsverluste.<sup>23</sup>

Alles in allem dürften diese Entwicklungen zu einem großen Teil erklären, warum in den meisten reichen Ländern die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen sich trotz Wachstums nicht verbessert oder sogar verschlechtert hat, während sich zugleich ein verstärktes Gefühl des Mangels eingestellt und der Wachstumszwang sich somit verfestigt zu haben scheint.

## Schrittweise Überwindung des Wachstumszwangs

Natürlich sind in Deutschland und in Kontinentaleuropa insgesamt die sozialen und kulturellen Auswirkungen der ungleichen Einkommensverteilung noch nicht so verheerend wie etwa in den USA. Hierzulande steigt die Ungleichheit erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt,<sup>24</sup> in den USA begann dieser Prozess bereits in den frühen 1980er Jahren. Außerdem verhindern in Deutschland die (bislang noch) verhältnismäßig gute Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme, dass sich die privaten Haushalte im ständigen Wettkampf um bestmögliche Jobs, medizinische Versorgung, Schulen und Universitäten sehen.

Klar ist aber: Je länger die Umverteilung von unten nach oben anhält, desto größer dürften die Unzufriedenheit bei der Masse der Bevölkerung und die damit verbundenen sozialen Probleme werden. Dies gilt verstärkt für die von der Eurokrise der vergangenen Jahre besonders betroffenen Länder, wo hohe Arbeitslosigkeit und stark steigende Ungleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegenwärtig auf eine schwere Probe stellen.

Hingegen dürfte die Bereitschaft zu umfangreichen Arbeitszeitverkürzungen und (kurzfristig) kostspieligen Umweltschutzmaßnahmen angesichts steigender Ungleichheit eher abnehmen. Das eingangs skizzierte

ambivalente Verhältnis zwischen Wachstum, Wohlstand, Umweltschutz und Einkommensverteilung müsste daher folgendermaßen aufgelöst werden:

- In den nächsten Jahren müsste eine Wirtschaftspolitik verfolgt werden, die rasch zur Überwindung der aktuellen Krise und zu kräftigem Wachstum in Europa beiträgt. Die europaweite Rückkehr zur Vollbeschäftigung, der Ausbau der sozialen Sicherung und geeignete steuerpolitische Maßnahmen wären notwendig, um die ökonomische und soziale Lage der unteren Einkommensgruppen rasch zu verbessern.
- Auf dieser Grundlage müssten mittelfristig kulturelle Alternativen zum jetzigen konsumistischen Lebens- und Wirtschaftsstil entwickelt werden. Denn das „Erlernen“ spielerischer Statusvergleiche und der Abschied von übermäßiger Statusorientierung sind nicht bereits durch eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Macht garantiert. Vielmehr ist hierfür insbesondere auch die politische Bildungsarbeit von Parteien, Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Voraussetzung.
- Gleichzeitig sollten die Ausweitung des öffentlichen Raums, ein nicht auf Konkurrenz, sondern Kooperation basierendes Bildungssystem und die Demokratisierung des Arbeitslebens das Erlernen einer weniger materialistischen Kultur unterstützen.
- Aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit wäre zudem eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung bei hoher Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen wünschenswert.

Der notwendige Kampf gegen den Klimawandel würde so mit einem großen gesellschaftspolitischen Projekt verknüpft, das der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit dem Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form Rechnung trägt. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn dieses gesellschaftliche Umlernen nicht stattfindet, werden zu den sozialen Verwerfungen auch die Verwerfungen der Natur kommen.

<sup>23</sup> Vgl. T. v. Treeck (Anm. 1).

<sup>24</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Nicole Rippin in dieser Ausgabe. (Anm. d. Red.)

# Nachhaltigkeit als Herausforderung für die marktwirtschaftliche Ordnung. Ein Plädoyer

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen.<sup>¶</sup>

## Johannes Hoffmann

Dr. theol., geb. 1937; Prof. em. für Sozialethik und Wirtschaftsethik am Fachbereich Katholische Theologie der Goethe-Universität Frankfurt; Co-Leiter der Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating, Am Weiherhaag 19, 65779 Kelkheim. j.hoffmann@em.uni-frankfurt.de

## Gerhard Scherhorn

Dr. rer. pol., geb. 1930; Prof. em. für Konsumökonomik an der Universität Hohenheim; Co-Leiter der Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating; Senior Consultant im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. gerhard.scherhorn@wupperinst.org

(der Natur) mit einem Teil des Ganzen (der Gesellschaft) und obendrein mit einem Teil dieses Teils (der Wirtschaft)<sup>¶</sup>, der will nicht so genau wissen (oder nicht so unverblümt sagen), worauf es ankommt.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet *Substanzerhaltung*, Erhaltung der naturgegebenen Lebens- und Produktionsgrundlagen, die für die Gesamtheit allen Lebens auf der Erde bestimmt sind (denn es gibt keine anderen) und damit auch für die künftigen Menschengenerationen. Sie müssen also von der heutigen Generation bewahrt und weitergegeben werden. Die naturgegebenen Lebensgrundlagen<sup>¶</sup> wie Atemluft, Biodiversität, Boden-

fruchtbarkeit, Fischreichtum, Klimasystem, Rohstoffvorkommen, Trinkwasser bewahren wir nur, wenn wir ihnen das zurückgeben, was wir für unsere Zwecke von ihnen genutzt und verbraucht haben. Geben wir es nicht zurück, so verzehren wir die ererbte Substanz.

Das gilt ähnlich auch für die sozial gestalteten Lebensgrundlagen wie die Partizipation aller Erwerbswilligen an einem gesellschaftlichen System selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, die soziale Integration von Neuhinzukommenden und Benachteiligten, die Gleichheit der Bildungschancen, die soziale und gesundheitliche Sicherung, die gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen, um nur die wichtigsten zu nennen. Sie müssen funktionsfähig erhalten und zu diesem Zwecke von Zeit zu Zeit an veränderte Bedingungen angepasst werden, damit auch die Künftigen in einer intakten Gesellschaft leben und sich entwickeln können.

Beide haben den Charakter von *Commons*, von Gemeingütern beziehungsweise Gemeinressourcen.<sup>¶</sup> Doch weder die natürlichen noch die sozialen Lebensgrundlagen können ungeschmälert erhalten bleiben, wenn sie als „freie“ Gemeingüter oder Gemeinressourcen behandelt werden, so als ob sie in unendlicher Fülle zur Verfügung stünden. Wir erleben zwar zusehends, dass sie nicht nur im Prinzip endlich sind, sondern auch tatsächlich knapper werden, fühlen uns aber bisher nicht generell und konsequent verpflichtet, sie sich selbst regenerieren zu lassen, sie wiederzugewinnen oder durch gleichwertige zu ersetzen. Unsere privatwirtschaftlichen Produktions- und Konsumgüter erneuern wir selbstverständlich, wenn sie abgenutzt sind; die natürlichen Gemeinressourcen dagegen, und nicht selten auch die sozialen, behandeln wir, als erneuerten sie sich von selbst.

Da man inzwischen weiß, dass das nicht mehr zeitgemäß ist, kann das Wort „gleich-

<sup>¶</sup> Rat für Nachhaltige Entwicklung: [www.nachhaltigkeitsrat.de/nachhaltigkeit](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/nachhaltigkeit) (1.6.2012).

<sup>¶</sup> Klaus Michael Meyer-Abich, *Nachhaltigkeit*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 2 (2001) 3, S. 303f.

<sup>¶</sup> Vgl. Artikel 20 a Grundgesetz: „Der Staat schützt auch die natürlichen Lebensgrundlagen.“

<sup>¶</sup> Vgl. hierzu: APuZ Gemeingüter, (2011) 28–30. (Anm. d. Red.)

berechtigt“ in der eingangs zitierten Definition auch als Aufforderung gemeint sein, in die Erhaltung der natürlichen und sozialen Gemeinressourcen ebenso zu reinvestieren wie in die der privatwirtschaftlichen Ressourcen, also alle die Kosten selbst zu tragen, die heute auf Gemeinressourcen abgewälzt („externalisiert“) werden, alle die Preise anzuheben, die heute durch Substanzverzehr verbilligt sind, und auf alle die Gewinne zu verzichten, die dadurch überhöht sind. So *kann* die Definition gemeint sein.

Aber sie ist nicht so eindeutig formuliert, dass man sie so verstehen *muss*. Das Bild von den drei Säulen der Nachhaltigkeit muss nicht so interpretiert werden, als seien in erster Linie die natürlichen und in zweiter auch die sozialen Gemeinressourcen kompromisslos zu erhalten. Denn es erlaubt den Leserinnen und Lesern, davon auszugehen, dass die Gesamtheit des privaten Wirtschafts- und Finanzkapitals endlos weiter wächst. Das ist letztlich nur möglich, indem das Kapital von den beiden anderen Säulen zehrt. Dann aber ist die Vorstellung von prinzipieller Gleichberechtigung nur zu vertreten, wenn man daran glaubt, dass der technische Fortschritt den Verzehr der Gemeinressourcen durch Anreicherung des privatwirtschaftlichen Kapitals ausgleichen wird. Unter Ökonominen und Ökonomen ist dies bekanntlich eine geläufige Vorstellung. Aber sie setzt Unvereinbares gleich.<sup>5</sup> Auch die Menschen auf der Osterinsel mögen daran geglaubt haben, dass sie für die Errichtung ihrer steinernen Monumente, der Moai-Skulpturen, das Abholzen der Palmwälder in Kauf nehmen könnten.<sup>6</sup>

## Wettbewerb darf nicht länger Externalisierung erzwingen

Eine eindeutige Definition muss klarstellen, dass Nachhaltigkeit in der Erhaltung der Gemeingüter besteht, welche die Substanz unserer Lebens- und Produktionsgrundlagen bilden. Externalisierung von Kosten ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Denn in der wirtschaftlichen Realität sind die Gemein-

ressourcen ebenso wenig „extern“ wie die privaten Gebäude, Maschinen und Werkzeuge. Solange wir zwar das selbstverständliche Recht haben, gemeine und private Ressourcen für unsere Zwecke zu nutzen, aber bei den gemeinen nicht verpflichtet sind, die Abnutzung so zu kompensieren, dass die Ressource oder ein Äquivalent für künftige Nutzer ungeschmälert erhalten bleiben, solange behandeln wir sie als externe Wohlstandsquellen, die gleichsam für sich selbst sorgen.

Wir wissen inzwischen, dass sie das nicht können und *wir* die Verantwortung dafür übernehmen müssten, dass sie erhalten bleiben. Aber in unserem Rechtssystem wirkt sich dieses Wissen noch immer nicht aus. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) garantiert in Paragraph 903 den Eigentümern die beliebige Verwendung ihres Privateigentums. Aber es schützt die Gemeinressourcen nicht vor ihnen. Sie können aus ihrem Eigentum heraus ungehindert auf sie zugreifen: aus ihrem Garten auf den Boden und das Grundwasser darunter, auf die Vegetation darauf und den Luftraum darüber, aus ihren Schiffen auf die Fischbestände, aus ihren Produktionsanlagen auf die Atemluft, die Atmosphäre, die Gesundheit. Dabei werden die Eigentümer, von einigen Umweltschutzvorschriften abgesehen, eben *nicht* durch die Pflicht eingeschränkt, die von ihnen verbrauchten Gemeingüter, soweit sie sich nicht selbst regenerieren, wiederherzustellen oder zu ersetzen.

Im Gegenteil: Verschafft sich ein Unternehmen dadurch einen Wettbewerbsvorteil, dass es seine Produkte günstiger (billiger oder größer, schneller, komfortabler, kostbarer) anbietet als es könnte, wenn es in die verbrauchten Gemeingüter reinvestierte, so gilt das als normaler, erwünschter Wettbewerb. Doch in Wahrheit diskreditiert es die Wettbewerbsordnung, wenn es erlaubt ist, Produkte durch Raubbau an Gemeinressourcen günstiger anzubieten – und den Abnehmern vorzuspiegeln, dass sie das einer überlegenen Marktleistung verdanken. Solange das nicht verboten ist, *erzwingt der Wettbewerb die Externalisierung*, denn ein Anbieter, der seine Produkte durch freiwillige Umweltausgaben verteuert oder beispielweise durch sparsamere Verwendung von Rohstoffen verschlankt und dadurch die Leistung oder den Komfort verringert, läuft Gefahr, von den anderen auskonkurriert zu werden.

<sup>5</sup> Vgl. Gerhard Scherhorn/C. Henning Wilts, *Schwach nachhaltig wird die Erde zerstört*, GAIA 10, Nr. 4, 2001, S. 249–255.

<sup>6</sup> Vgl. Jared Diamond, *Kollaps*, Frankfurt/M. 2006, S. 103–153.

Das liegt jedoch nicht am Wettbewerbsprinzip, denn das hat durchaus das Potenzial, die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, statt sie wie bisher zu behindern. Es liegt an der Einseitigkeit des Eigentumsrechts, der Schutzlosigkeit der Gemeingüter. Dem Recht der Privateigentümer in Paragraf 903 BGB müsste hinzugefügt werden, dass Eigentümer die ihnen zugänglichen natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen als Gemeinressourcen nutzen können, aber eine ihrer Nutzung zuzurechnende Verminderung oder Verschlechterung so ausgleichen müssen, dass die genutzte Ressource sich regeneriert oder durch eine gleichwertige andere ersetzt oder in ihrer Funktionsfähigkeit wiederhergestellt wird. Im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb müsste zusätzlich klargestellt werden, dass das Erwerben des Eindrucks, ein durch Externalisierung gewonnener Marktvorteil sei eine Marktleistung des Unternehmens, als unlauter gilt und verboten ist.

Durch diese beiden Änderungen würde die Wettbewerbsordnung zu einem Instrument der nachhaltigen Entwicklung, die dann die Externalisierung verhindern und den Unternehmen den Freiraum verschaffen könnte, sich auf Innovationen zu konzentrieren, die dem Wohlstand dienen, *ohne* die Gemeingüter zu zerstören.<sup>17</sup>

## Gemeingüter schützen, nicht kommerzialisieren

Durch den Schutz der Gemeinressourcen werden diese „in Wert gesetzt“. Das wird sich zwangsläufig daraus ergeben, dass ermittelt werden muss, wie viel zum Beispiel von einem Rohstoff oder einem Ökosystem verbraucht worden ist und was es kostet, den Rohstoff aus dem verbrauchten Produkt wiederzugewinnen oder das Ökosystem sich regenerieren zu lassen. Die Inwertsetzung geschieht beim Schutz der Gemeingüter also anhand der Kosten der Erhaltungsinvestition. Sie werden infolge der heute erlaubten Externalisierung „gespart“ und auch gar nicht ausgewiesen; deshalb kann bisher auch der Ertrag verschwiegen werden, den man der kostenlosen Nutzung einer Gemeinressource ver-

<sup>17</sup> Vgl. die Netzplattform der „Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating“: [www.nehmenundgeben.de](http://www.nehmenundgeben.de) (1.6.2012).

dankt. Wird es dagegen künftig zur Pflicht, die Erhaltungskosten zu internalisieren, also selbst zu „tragen“ und damit sichtbar zu machen, so wird man auch den Ertrag ermitteln, welcher der Nutzung der Gemeinressource zugeschrieben werden kann, um entscheiden zu können, ob es vielleicht vorteilhafter ist, diese gar nicht in Anspruch zu nehmen.

Auf diese Weise wird aus der „wilden“ Nutzung eines Gemeinguts, die man sich bisher regellos angeeignet hat, eine geregelte Nutzung. Das hat den Vorteil, dass die Gemeinressource vor Missbrauch bewahrt werden kann. Es hat aber den Nachteil, dass die Nutzer ihr Nutzungsrecht einfordern und gegebenenfalls einklagen können. Dieses muss folglich so eingeschränkt und kontrolliert werden, dass die Gemeinressource nicht dezimiert (also vor Übernutzung geschützt) wird und dass sie nicht von einzelnen Nutzern monopolisiert wird, sodass andere in Abhängigkeit geraten. *Übernutzt* wird beispielsweise das Klimasystem, weil zu viele Nutzer zu viele CO<sub>2</sub>-Äquivalente emittieren, also müssen die Emissionen begrenzt werden. *Monopolisiert* wird beispielsweise das Saatgut, wenn ein Hersteller ein Patent darauf hält, also darf dies nicht oder nur für sehr kurze Zeit gewährt werden. Die *Kontrolle* können die Nutzer durch gegenseitige Beobachtung selbst organisieren, vorausgesetzt ihre Anzahl ist überschaubar, wie im Falle der lokalen Allmende, und die Machtunterschiede zwischen ihnen sind nicht zu groß. Dann genügt eine Schiedsinstanz, in anderen Fällen ist eine Kontrollbehörde erforderlich.

Beide Einschränkungen des Nutzungsrechts – der Schutz vor Übernutzung und vor Monopolisierung – ergeben sich aus dem Wesen jedes Gemeinguts: Es muss auch für künftige Nutzer verfügbar bleiben, und es muss für alle gegenwärtigen Nutzer gleichermaßen verfügbar sein.

Eine weitere Einschränkung gilt für die irdischen Gemeinressourcen, die *an Orte gebunden und mit Lebewesen verbunden* sind – gleich ob sie sich in der Atemluft, im oder auf dem Boden oder im Wasser befinden –, denn ihre Nutzung betrifft stets auch ihr Umfeld, die dort angesiedelten oder davon berührten Pflanzen, Tiere, Menschen, aber auch Bewegungen der Elemente wie den Golfstrom. Die Nutzung dieser Gemeinressourcen darf

nicht „kommodifiziert“ werden, als seien sie beliebig handelbare Massenwaren (*commodities*), auf deren Herkunft und Umfeld man keine Rücksicht nehmen muss. Beispielsweise müssen die Menschen bei der Vergabe eines Schürf- oder Abbaurechts mitbestimmen können und müssen andere Lebewesen berücksichtigt werden, deren Lebensraum davon betroffen ist, selbst wenn das zur Verweigerung einer solchen Nutzung führt. Und die Bedingungen eines lokalen Tauschrings oder einer lokalen Vereinbarung zwischen Fischern zur Begrenzung von Fangquoten dürfen nicht durch Berufung auf das Währungsmonopol oder den Freihandel infrage gestellt werden.

So ist die Ausgabe von handelbaren Emissionsrechten zwar im Klimaschutz anwendbar, darf aber nicht auf beliebige andere Gemeingüter übertragen werden. Die Emission von Klimaschadgasen betrifft die Atmosphäre in ihrer Gesamtheit und ist mit keiner Nutzung irdischer Gemeinressourcen auf der Erde vergleichbar. Selbst Extraktionsrechte für Rohstoffe dürfen nicht wie Emissionszertifikate gehandelt werden. Rohstoffvorkommen sind nicht ungebunden wie industriell hergestellte Waren, sondern sind ortsgebunden. Ihre Extraktion hat Auswirkungen auf ihr Umfeld und die dort Lebenden. Der Vergabe von Abbaurechten muss eine sorgfältige Prüfung der Folgen vorausgehen, die von der Verantwortung für die Menschenrechte und für die natürliche Mitwelt geleitet wird.

Dass diese Prüfung in der Vergangenheit häufig vernachlässigt wurde, darf kein Argument dafür sein, sie in Zukunft zu unterlassen. Sinngemäß gilt diese Überlegung auch für die Arten, die Ökosysteme, für Bildung, Gesundheit, Integration und Verteilung. Weder die naturgegebenen noch die sozial gestalteten Gemeingüter sind Waren, ihre Nutzung muss stets mit der Verpflichtung verbunden sein, sie für die Allgemeinheit zu erhalten beziehungsweise zu erneuern.

Deshalb muss man die neuerdings diskutierten Ansätze wie „Grüne Ökonomie“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) oder „Umweltverträgliches Wachstum“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zwar nicht pauschal „als Greenwashing, als grünen Kapitalismus oder Wolf im grünen

Schafspelz“ abtun.<sup>18</sup> Aber man muss darauf bestehen, dass aus der Ökonomie, die man bekanntlich ohne Ethik zu denken können glaubte, durch systematische Einbeziehung der Gemeingüter endgültig ein Wissensgebiet auf ethischer Grundlage wird, aus dem die Begrenzung der Konsumansprüche, Machtprivilegien, Einkommen, Vermögen und Unternehmensgrößen nicht mehr ausgeklammert werden kann.

## Finanzmärkte müssen der Realwirtschaft dienen

Auch die Finanzmärkte sind Gemeingüter. Sie dienen dem Wohl der Allgemeinheit, wenn sie zwischen kapitalsuchenden Investoren und anlagebereiten Kapitalgebern vermitteln und dabei das Anlagekapital in die bestmöglichen realen Verwendungen lenken. Seit den 1980er Jahren ist ein Großteil der Kapitalverkehrskontrollen, die sie an die realwirtschaftlichen Grundlagen gekoppelt hatten, abgebaut worden. Das hat sie zu Spekulationsmärkten gemacht, die nicht wie die Gütermärkte der ökonomischen Theorie zum Gleichgewicht neigen, sondern zu Eruptionen.<sup>19</sup> Die Deregulierung muss korrigiert werden, sonst wird das Entstehen und Platzen von Finanzblasen die Regel und verhindert nachhaltige Entwicklung.<sup>10</sup>

Das derzeit nahezu grenzenlose Geldschöpfungspotenzial der Banken muss wirksam eingeschränkt werden. Die Banken müssen ihrer Kreditvergabe mehr *Eigenkapital* unterlegen als bisher, und zwar umso mehr, je größer die Bank ist, damit den „systemrelevanten“ Banken wirksame Zügel angelegt werden. Die Eigenkapitalunterlegung muss unterschiedslos auch für Kredite mit angeblich geringerem Risiko gelten, wie etwa für den Kauf von Anleihen von Staaten mit hoher Bonität.

Die *Banken- und Börsenaufsicht* muss auf alle Akteure einschließlich der Hedgefonds und alle Finanzprodukte einschließlich der Derivate erweitert und ihre Kon-

<sup>18</sup> Vgl. Barbara Unmüßig/Wolfgang Sachs/Thomas Fatheuer, Kritik der grünen Ökonomie, Berlin 2012, S. 26.

<sup>19</sup> Vgl. Benoit Mandelbrot/Richard L. Hudson, Fraktale und Finanzen, München 2007.

<sup>10</sup> Vgl. Gerhard Scherhorn, Geld soll dienen, nicht herrschen, Wien 2009.



trollbefugnis intensiviert werden. So müssen alle gegenwärtigen und künftigen „Finanzinnovationen“ bei den Aufsichtsorganen genehmigungs- und alle Transaktionen berichtspflichtig werden. Eine Bank darf nicht zugleich Kreditgeschäfte und Investmentgeschäfte betreiben. Geschäfte außerhalb der Bilanz und *over the counter* müssen den gleichen Regeln unterliegen und ebenso strikt der Bankenaufsicht unterworfen sein wie die bilanzierten Geschäfte. Es muss eine wirksame *internationale Finanzaufsicht* errichtet werden. Solange diese nicht besteht, muss die jeweilige nationale Bankenaufsicht Kredite an *offshore* residierende Akteure begrenzen und auch ganz untersagen können. In Deutschland müssen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank besser koordiniert werden, in der EU die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt besser mit der Wertpapieraufsicht in Paris, der Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht in Frankfurt und der Bankenaufsicht in London.

Bei der Emission von Finanzprodukten müssen die Emittenten (neben den Banken auch etwa Pensionsfonds, Hedgefonds, Staatsfonds, Private Equity-Gesellschaften) zur *Transparenz aller Risiken* verpflichtet werden, Transparenz auch gebündelter Wertpapiere, sodass die einzelnen Bestandteile zu ihren Emittenten zurückverfolgt werden können. Finanzakteure müssen *für ihre Fehler haften*, auch bei Umweltschäden. Boni dürfen erst nach erfolgreichem Verlauf des Geschäfts ausgezahlt werden. Die Vergütung auch der Spitzengehälter muss nachvollziehbaren Leistungskriterien folgen. An die Geschäftslage gekoppelte Bezüge müssen nicht nur im Aufschwung steigen, sondern im Abschwung auch wieder sinken. Spekulation darf nur zur Absicherung realer Geschäfte zum Beispiel gegen Währungsschwankungen bei Weizenlieferung zugelassen sein, und nur für den, der den Weizen real liefert beziehungsweise abnimmt. Alle anderen Spekulationen müssen erschwert werden, vor allem durch eine Finanztransaktionssteuer, die auch den computergesteuerten Hochfrequenzhandel unterbindet.

Wenn anlagesuchendes überschüssiges Geld statt in reale Investitionen auf Sachwerte (Edelmetalle, Rohstoffe, Ländereien, Immobilien) ausweicht, die allein zum Horten be-

ziehungsweise zur Spekulation auf Preissteigerungen gekauft werden, ist die dadurch entstehende *Vermögensinflation* zugleich der Vorbote einer Konsumpreis-inflation, weil sie die Mieten und die Preise der mit den Rohstoffen produzierten Konsumgüter steigert. Um dem entgegenzusteuern, muss man an der Ursache ansetzen: der einseitigen Einkommensvermehrung bei dem höchsten ein Prozent der Einkommensbezieher.

Der Wegfall der Externalisierungsgewinne wird nicht genügen. Die Steuerminderung durch konzerninterne Verrechnungspreise und Kreditzinsen muss strengen Regeln unterliegen und darf nicht anerkannt werden, wenn sie zur Verschiebung von Gewinnen in Niedrigsteuerländer führt. Die Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte darf nicht niedriger sein als die Steuer auf Arbeitseinkommen, der Spitzensteuersatz muss progressiv mit der Einkommenshöhe auch über 50 Prozent hinaus zunehmen.

## Geldanlage nach ethischen Kriterien

Alles bisher Gesagte hängt in der Luft, wenn die Geldanleger, vom kleinen Sparer bis zu den Pensionsfonds und Versicherungen, weiter in der Vorstellung handeln, ihr Geld verschaffe ihnen einen Anspruch auf arbeitsloses Einkommen. Mindestens *eine* Leistung kann von ihnen erwartet werden: dass sie sich bemühen, durch die Auswahl der Anlageprodukte zur Nachhaltigkeit beizutragen. Voraussetzung ist natürlich ein Bewertungsinstrument, mit dem die Natur-, Sozial- und Kulturverträglichkeit von Unternehmen und Kapitalanlagen bewertet werden konnten. Am Fachbereich Katholische Theologie der Goethe-Universität Frankfurt nahm sich die Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating dieser Aufgabe an.<sup>11</sup> Ein erstes Ergebnis war der Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden<sup>12</sup> – eine Krieriologie, die im *Corporate Responsibility Rating* der „oekom research“ ihren Niederschlag gefunden hat. Aktuell fließen die Ratings von „oekom research“ in ein Kapitalanlagevolumen von über 140 Milliarden Euro ein.

<sup>11</sup> Vgl. [www.ethisches-consulting.de](http://www.ethisches-consulting.de) (1.6.2012).

<sup>12</sup> Vgl. Johannes Hoffmann/Konrad Ott/Gerhard Scherhorn (Hrsg.), *Ethische Kriterien für die Bewertung von Unternehmen*, Frankfurt/M. 1997.

Nachhaltige Geldanlagen erweisen sich auch für Großinvestoren wie etwa Pensionskassen oder Versicherungen interessant. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass langfristige (zehn Jahre und länger) ethisch-ökologische Anlagen in die Realwirtschaft (*Green Building*, nachhaltige Infrastruktur sowie Land und Forst) bei einer Rendite über der Inflationsrate und geringem Risiko das erwirtschaften, was diese Institutionen für die Erfüllung ihrer Vertragspflichten benötigen, und gleichzeitig nachhaltige Projekte der Realwirtschaft fördern. Doch die Informationsmöglichkeiten für ethisch orientierte Anleger sind noch bei Weitem nicht flächendeckend. Zahlreiche Agenturen haben weiter vornehmlich die Kapitalrendite im Blick, nur eine kleine Gruppe kann wertorientiert genannt werden.<sup>13</sup> Qualität und Vergleichbarkeit der existierenden Nachhaltigkeitsratings sind unterschiedlich.<sup>14</sup> Unter den Privatanlegern sind immer noch 40 Prozent der Ansicht, dass nachhaltige Geldanlagen weniger Rendite bringen, und über 30 Prozent würden gerne nachhaltig ihr Geld anlegen, kennen aber keine entsprechenden Produkte.<sup>15</sup>

Zudem schätzen unterschiedliche Ratingagenturen, die mit dem Anspruch auftreten, „Nachhaltigkeit“ zu bewerten, die Nachhaltigkeitsperformance der gleichen Unternehmen unterschiedlich ein. Es wird Zeit, dass die Maßstäbe sich annähern. Auch hierzu muss Ethisches Investment durch Gesetze flankiert werden.<sup>16</sup> Zur Förderung der ethischen Geldanlage muss für die Anlageberatung die Pflicht gelten, Kunden über die Kriterien der Nachhaltigkeit von Finanzprodukten aufzuklären und sich dabei auf die ethische Beurteilung von Unternehmen durch vertrauenswürdige Agenturen zu stützen. Unternehmen müssen dazu angehalten

<sup>13</sup> Vgl. Henry Schäfer et al., Transparenzstudie zur Beschreibung ausgewählter international verbreiteter Rating-Systeme zur Erfassung von Corporate Social Responsibility, Gütersloh 2004.

<sup>14</sup> Vgl. Claudia Döpfner/Hans-Albert Schneider, Nachhaltigkeitsratings auf dem Prüfstand, 2012, online: [www.cric-online.org/images/individual\\_upload/publikationen/nachhaltigkeitsstudie2012.pdf](http://www.cric-online.org/images/individual_upload/publikationen/nachhaltigkeitsstudie2012.pdf) (1.6.2012).

<sup>15</sup> Vgl. Studien aus den Jahren 2011 und 2012: <http://privatanleger.axa-im.de/studien> (1.6.2012).

<sup>16</sup> Vgl. Johannes Hoffmann, Ethische Kritik des Wettbewerbsrechtes, in: ders./Gerhard Scherhorn (Hrsg.), Eine Politik für Nachhaltigkeit, Erkelenz 2009, S. 23–55.

werden, über ihre nichtfinanziellen Ergebnisse mit gleicher Intensität zu berichten wie über die finanziellen.<sup>17</sup> Wirtschaftsprüfer sollte vorgeschrieben werden, dass sie Prüfung auf das Erreichen zumindest der Nachhaltigkeitsziele ausdehnen, die das Unternehmen sich auferlegt hat oder die ihm auferlegt wurden. Fondsmanager könnten dazu verpflichtet werden, sich bei der Zusammenstellung der Portfolios an den Kriterien der Natur- und Sozialverträglichkeit zu orientieren. Nicht zuletzt sollten Banken verpflichtet sein, bei der Kreditgewährung Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen, was bisher nur wenige tun.

## Welthandel in Balance bringen

Nachhaltige Entwicklung wird zum ersten Mal in der Geschichte eine Wirtschaftsform hervorbringen, die auf Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen gebaut ist. Sie verlangt darüber hinaus eine Balance der Verteilungsrelationen zwischen den Regionen, zwischen den Nationen, zwischen den Kontinenten. Die weltwirtschaftliche Balance fordert von jeder Volkswirtschaft, dass sie dauernde außenwirtschaftliche Ungleichgewichte vermeidet, indem sie im Kern für den eigenen Bedarf produziert und mit anderen Einheiten lediglich die etwa anfallenden Überschüsse tauscht.

Diese Maxime hat schon Aristoteles jeder selbstständigen Wirtschaftseinheit mit eigener Produktion, eigenen Grenzen und eigenem Budget (von der antiken Hauswirtschaft bis zur modernen Volkswirtschaft) ins Stammbuch geschrieben. Ein dauernder Exportüberschuss ist für die Balance der außenwirtschaftlichen Beziehungen ebenso schädlich wie ein dauernder Überschuss der Importe. Das war „vielleicht der prophetischste Hinweis, der jemals im Bereich der Sozialwissenschaften gegeben wurde“.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Das Bilanzreformgesetz verpflichtet große Kapitalgesellschaften seit 2005, „nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“ in die Berichterstattung einzu beziehen, allerdings nur sofern diese „relevant für den Unternehmenserfolg“ sind. Diese Einschränkung könnte durch die Pflicht zur Information über den Beitrag des Unternehmens zur nachhaltigen Entwicklung ersetzt werden.

<sup>18</sup> Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Frankfurt/M. 1990, S. 85.

Er erklärt, warum es ein verhängnisvoller Fehler war, bei der Neuordnung des Weltwährungssystems 1944 nicht eine supranationale Reservewährung und eine die Transaktionen zwischen den Staaten abwickelnde *Clearing Union* einzuführen, die Defizite und Überschüsse mit Strafzinsen belegt. Die USA haben stattdessen auf dem Dollar als Leitwährung bestanden. Ein Leitwährungsland muss mehr von der eigenen Währung in Umlauf setzen, als es für die eigenen Transaktionen braucht. Das führt es in Versuchung, seine Währung auch zum nationalen Vorteil zu verwenden. Da diese als Reservewährung dient, müssen alle anderen ihre eigene Zahlungsfähigkeit sichern, indem sie Dollarguthaben und auf Dollar lautende Schuldverschreibungen halten. So kann das Leitwährungsland die weltweiten Ersparnisse an sich ziehen und mit dem Geld der anderen den eigenen Importüberschuss finanzieren.

Das haben die USA in hohem Maße getan: Seit den 1980er Jahren ist ihr Leistungsbilanzdefizit von 20 auf 900 Milliarden US-Dollar angestiegen, und die Gesamtverschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte sowie der Banken und Unternehmen wuchs von eine auf zwölf Billionen US-Dollar; sie beträgt jetzt mehr als das Vierfache des amerikanischen Sozialprodukts. Sobald das Vertrauen in den Dollar einbricht, wird die Welt in eine Krise geraten, die noch weit zerstörerischer sein wird als die jetzige.<sup>19</sup>

Die Lösung liegt in einer Reform des Weltwährungssystems, die über die nationalen Währungen eine globale Währung stülpt; dieser wird die Funktion der Reservewährung übertragen.<sup>20</sup> Sie kann vom Internationalen Währungsfonds verwaltet werden, der ja einst dafür gedacht war. Dieser muss mit Sanktionen dafür sorgen, dass nationale Export- und Importüberschüsse regelmäßig zurückgeführt werden, und kann vorübergehend auftretende Defizite aus einem gemeinsamen Reservefonds ausgleichen.

<sup>19</sup> Vgl. Harald Schumann/Christiane Grefe, *Der globale Countdown*, Köln 2008, S. 125–147.

<sup>20</sup> Vgl. Josef Stiglitz, *Die Chancen der Globalisierung*, München 2006.

Nicole Rippin

## Wachstum für alle?

Globalisierung und technologischer Wandel haben zu strukturellen Veränderungen geführt, deren soziale Auswirkungen moderne Industriestaaten vor wachsende Herausforderungen stellen. Laut Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman schlägt sich die zunehmende Verlagerung einfacherer Produktionsprozesse ins Ausland und die damit verbundene Spezialisierung auf Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen je nach Rigidität der Lohnstruktur entweder über wachsende Lohndifferenziale oder über eine zunehmende Arbeitslosigkeit unter gering qualifizierten Arbeitskräften in wachsender Ungleichheit nieder. Diese These wurde als Krugman-Hypothese bekannt. Krugman prognostizierte zudem, dass das Zusammenwachsen der europäischen Staaten zu denselben Spezialisierungs- und Konzentrationsprozessen wie in den Vereinigten Staaten von Amerika führen würde.<sup>1</sup>

**Nicole Rippin**

Dipl.-Ökonomin, geb. 1978; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Tulpenfeld 6, 53113 Bonn.

nicole.rippin@die-gdi.de

Tatsächlich zeichnete sich über die vergangenen drei Jahrzehnte ein zunehmend klarer Trend steigender Einkommensungleichheit ab, zunächst im angelsächsischen Raum und, mit zeitlicher Verzögerung, schließlich auch in Kontinentaleuropa. Dass das Auseinanderklaffen der Einkommensschere zu sozialen Spannungen führen kann, zeigen jüngste Massenproteste wie die Studentenproteste in Chile oder die Sozialproteste gegen zu hohe Lebenshaltungskosten in Israel. All dies sind Proteste, die sicherlich auch die jüngste Debatte über soziale Inklusion und die Gewinner und Verlierer von Wirtschaftswachstum in Europa beeinflusst haben.

Angesichts der Tatsache, dass Debatten wie diese der Entwicklungszusammenarbeit mitnichten fremd sind, stellt sich die Frage,

<sup>1</sup> Vgl. Paul Krugman, *Past and Prospective Causes of High Unemployment*, in: *Economic Review*, Federal Reserve Bank of Kansas City, (1994) 4, S. 23–43.

ob sich einige der in diesem Kontext gewonnenen Erkenntnisse auch auf Industriestaaten übertragen lassen, wie etwa das populäre *pro-poor-growth*-Konzept, das sich am besten mit dem Begriff „breitenwirksames Wachstum“ übersetzen lässt. Die Kernidee des Konzepts ist es, wirtschaftliches Wachstum als eine gezielte Maßnahme zur Bekämpfung von Armut einzusetzen. Es geht also darum, eine Wachstumsstruktur zu fördern, welche die Fähigkeit ärmerer Bevölkerungsschichten erhöht, am gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu partizipieren, das heißt dazu beizutragen und davon zu profitieren. Die folgende Analyse hat zum Ziel, die Übertragbarkeit des Konzepts sowie seiner Instrumente auf den Kontext moderner Industriestaaten zu prüfen.

## Konzept des *pro-poor growth*

Maßgeblichen Einfluss auf Popularität und Verbreitung des *pro-poor-growth*-Konzepts hatte eine bewusst provokant formulierte These der Ökonomen David Dollar und Aart Kraay: „Wachstum ist gut für die Armen.“<sup>¶</sup> Mittels einer breit angelegten ökonomischen Analyse zeigten sie, dass sich das weltweite Wirtschaftswachstum der vergangenen 40 Jahre nahezu eins zu eins in einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens der Armen niedergeschlagen hat. Wirtschaftliches Wachstum scheint also eine *notwendige* Bedingung für nachhaltige Armutsbekämpfung zu sein. Aber reicht Wachstum allein aus? Louise Cord, Humberto Lopez und John Page nutzen die Datenbasis von Dollar und Kraay, um den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion auf Länderebene statt im weltweiten Durchschnitt zu untersuchen.<sup>¶</sup> Sie liefern den Beleg, dass Wirtschaftswachstum zwar ein notwendiger, jedoch nicht *hinreichender* Faktor für die Armutsbekämpfung ist. Denn während anhaltendes Wirtschaftswachstum in einigen Ländern mit einer deutlichen Armutsreduktion einherging, gab es eben-

so Länder, die trotz positiven Wirtschaftswachstums sogar einen Einkommensrückgang bei den ärmeren Bevölkerungsschichten verzeichneten.<sup>¶</sup>

Wirtschaftswachstum allein reicht also nicht aus, um Armut zu reduzieren. Vielmehr ist neben der Intensität auch die *Beschaffenheit des Wirtschaftswachstums* entscheidend für seine Armutswirkung. Wie aber muss Wirtschaftswachstum beschaffen sein, um *pro-poor* zu sein? Und, darauf aufbauend, wie können solche Wirtschaftsstrukturen gefördert werden? Diese Fragen bilden das Grundgerüst des *pro-poor-growth*-Konzepts. Dessen Aufgabe ist es, Wege aufzuzeigen, die *pro-poor*-Wachstumsstrukturen fördern.

Dies kann auf einem direkten und auf einem indirekten Weg erfolgen. Von *direktem pro-poor growth* wird dann gesprochen, wenn Wachstum primär in den Regionen und Sektoren erfolgt, in denen die Armen leben und wirtschaftlich aktiv sind. Ein Beispiel aus dem developmentpolitischen Kontext ist die „Grüne Revolution“, die in den 1960er Jahren mit der Verbreitung von äußerst ertragreichem Saatgut ihren Anfang nahm und die Erträge von Reis, Weizen und Mais in Asien und Lateinamerika verdoppelte. Die Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft waren treibende Kraft hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum dieser Regionen, gleichzeitig waren es insbesondere verarmte Kleinbauern, die mit ihrer Arbeit das Wachstum befeuerten – und davon profitierten.

Auf der anderen Seite wird von *indirektem pro-poor growth* dann gesprochen, wenn ärmere Bevölkerungsgruppen zwar nur sehr bedingt in das Wirtschaftswachstum eingebunden sind, aber durch nachträgliche Umverteilung dennoch profitieren. Beispielsweise konnte die Wachstumsstruktur Brasiliens über viele Jahre hinweg mit Fug und Recht als *anti-poor* beschrieben werden: Armut und Ungleichheit stiegen stetig. Bis die brasilianische Regierung im Jahre 2003 ein äußerst ambitioniertes Sozialprogramm eingeführt hat, das sogenannte *Bolsa-Familia*-Programm. Die entsprechenden Sozialtransfers erreichen mittlerweile über elf Millionen arme Haushalte und haben zu einer spürbaren Reduktion von Armut und Ungleichheit geführt.

¶ Vgl. David Dollar/Aart Kraay, Growth is good for the poor, in: Journal of Economic Growth, 7 (2002) 3, S. 195–225.

¶ Vgl. Louise Cord/Humberto Lopez/John Page, ‚When I Use a Word‘ ...: Pro Poor Growth and Poverty Reduction, in: Michael Krakowski (ed.), Attacking Poverty, Baden-Baden 2004.

¶ Vgl. ebd., S. 2.

Während die hier beschriebenen Grundgedanken des *pro-poor-growth*-Konzepts unstrittig sind, gehen die Meinungen bereits bei so grundlegenden Fragen, wie beispielsweise *pro-poor growth* definiert und gemessen werden sollte, stark auseinander. Der wenig ambitionierte *absolute* Ansatz bezeichnet jede Form von Wirtschaftswachstum, die das Einkommen armer Bevölkerungsschichten erhöht als *pro-poor*. Der *relative* Ansatz verwendet dagegen nur dann den Begriff *pro-poor growth*, wenn das durchschnittliche Einkommen ärmerer Bevölkerungsschichten stärker wächst als das Durchschnittseinkommen der Gesellschaft. Mit anderen Worten: Wenn Einkommensunterschiede abgebaut werden. Angesichts der Tatsache, dass wachsende Ungleichheit nicht nur zukünftiges Wirtschaftswachstum hemmt, sondern auch zu spürbaren sozialen Spannungen führen kann, folgt dieser Beitrag dem relativen Ansatz.

Was die Messung von *pro-poor growth* angeht, wurde im Laufe der Zeit eine ganze Fülle von Instrumenten entwickelt. Den wohl besten Leitfaden für die Auswahl geeigneter Instrumente lieferte Stephan Klasen im Jahre 2004.<sup>5</sup> Der vorliegende Beitrag wird die sogenannte *growth incidence curve*<sup>6</sup> (Wachstums-Inzidenzkurve) verwenden, deren komparativer Vorteil in ihrer Intuitivität und eingängigen Darstellungsweise liegt. Das zugrunde liegende Konzept ist rasch erklärt.

Die *growth incidence curve* bildet den Einkommenszuwachs zwischen zwei Zeitpunkten pro Perzentil<sup>7</sup> der Einkommensverteilung ab. Ein Vergleich von *growth incidence curve* und durchschnittlicher Wachstumsrate zeigt dann, in welchen Perzentilen überdurchschnittliches und unterdurchschnittliches Einkommenswachstum stattgefunden hat. *Pro-poor growth* liegt dann vor, wenn die

<sup>5</sup> Vgl. Stephan Klasen, In search of the Holy Grail: How to achieve Pro-Poor Growth, in: M. Krakowski (Anm. 3).

<sup>6</sup> Vgl. Martin Ravallion/Shao-hua Chen, Measuring pro-poor growth, in: Economics Letters, 78 (2003), S. 93–99.

<sup>7</sup> Perzentile teilen eine nach aufsteigender Größe sortierte Stichprobe in 100 Teile; liegen Prozentpunkte (p%) der Stichprobe unter einem bestimmten Wert, wird dieser Wert als das p-te Perzentil bezeichnet. Das heißt, das 10-te Perzentil im vorliegenden Fall gibt den Einkommenswert an, der von 10 Prozent aller Einkommen unterschritten wird.

ärmeren Perzentile einen überdurchschnittlichen Einkommenszuwachs erleben, das heißt bei einem fallenden Funktionsverlauf der *growth incidence curve*. Im Folgenden soll analysiert werden, ob das entwicklungspolitische Konzept des *pro-poor growth*, insbesondere mit seinem Instrument der *growth incidence curve*, sinnvoll im deutschen Kontext angewendet werden kann.

## Tabuthema Armut in Deutschland

Während sich die Einkommensschere in den USA bereits zu Beginn der 1980er Jahre deutlich auseinander bewegte, schien Deutschland, oder genauer Westdeutschland, über eine relativ lange Zeitperiode hinweg von diesem Phänomen verschont zu bleiben. Lohn- und Einkommensverteilung wiesen eine geradezu bemerkenswerte Stabilität auf.<sup>8</sup> Die *growth incidence curve* für die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1984 bis 1989 (nicht abgebildet) zeigt einen relativ gleichmäßig fallenden Verlauf und unterschreitet erst sehr spät, etwa beim 70. Perzentil, zum ersten Mal die durchschnittliche Wachstumsrate. Die Wirtschaftsstruktur ist eindeutig *pro-poor*. Das Instrument der *growth incidence curve* scheint also für eine *pro-poor-growth*-Analyse im Kontext von Industrienationen geeignet zu sein. Aber wie relevant ist eine solche Analyse?

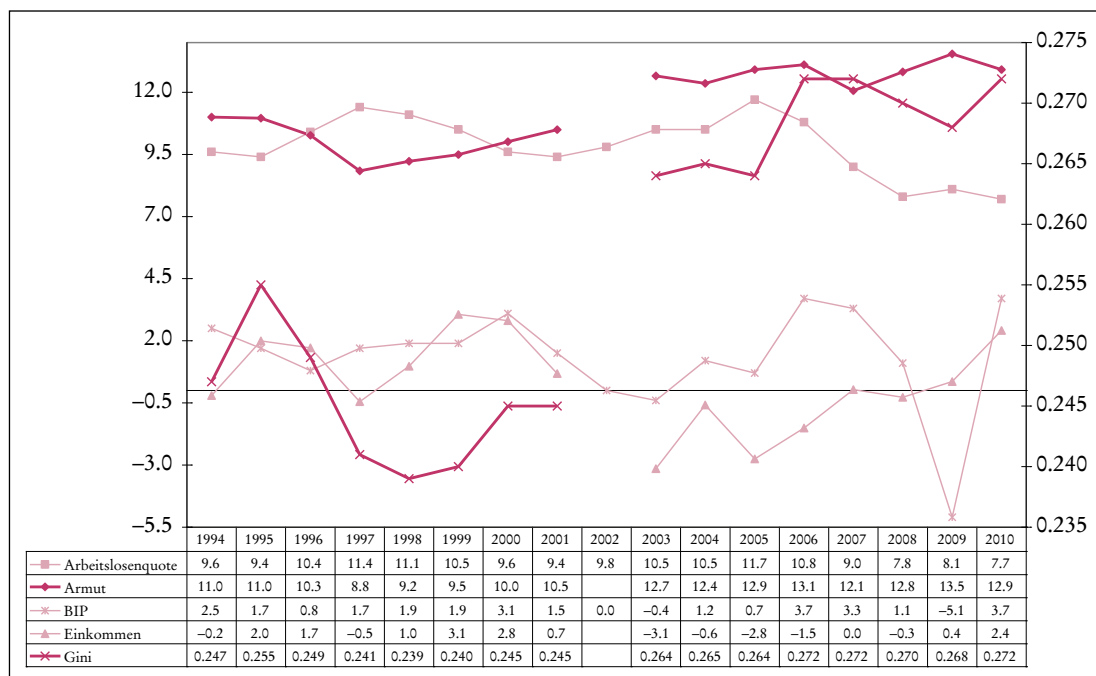
Tatsächlich wurde die Relevanz des Themas für die Bundesrepublik lange Zeit angezweifelt. Das zeigte sich deutlich auf dem Weltgipfel für Soziale Entwicklung im Jahre 1995 in Kopenhagen. Alle Teilnehmenden des „Weltsozialgipfels“ verpflichteten sich dem Ziel der weltweiten Beseitigung von Armut, wobei Industrienationen explizit einbezogen wurden.<sup>9</sup> Mit ihrer Unterschrift hat sich auch die Bundesregierung dazu verpflichtet, einen nationalen Armutsbericht zu erstellen. Dennoch reagierte die damalige Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Opposition zur Umsetzung der vertraglichen Verpflichtung mit Zurückhaltung: Aufgrund des

<sup>8</sup> Vgl. Martin Biewen/Andos Juhasz, Understanding Rising Income Inequality in Germany, IZA Discussion Paper, Nr. 5062, 2010.

<sup>9</sup> Vgl. Bericht des Weltgipfels für soziale Entwicklung: Aktionsprogramm, 19.4.1995, Kapitel 2, Punkt 19, online: [www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum6.htm](http://www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum6.htm) (13.6.2012).



Abbildung 1: Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Einkommen beruhen auf Preisen des Vorjahres als Kettenindex. Die Arbeitslosenquote definiert sich als prozentualer Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Die Armutszahlen folgen der Definition der Armutsrisikoquote, allerdings wurde aus Konsistenzgründen der SOEP-Datensatz statt die üblichen EU-SILC-Datensätze verwendet.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Daten des SOEP sowie des Statistischen Bundesamts.

gut funktionierenden Sozialversicherungssystems der Bundesrepublik sei Armut in Deutschland praktisch nicht existent.<sup>10</sup>

Diese Haltung änderte sich mit den Wahlen von 1998: Am 25. April 2001 wurde der erste deutsche Armutsbericht vorgelegt. Deutschland verwendet seither offiziell den zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Begriff der Armutsrisikoquote<sup>11</sup> zur Messung (monetärer) Armut. Dabei handelt es sich um einen sogenannten Laeken-Primärindikator, benannt nach dem 2001 in Laeken tagenden

Europäischen Rat, aus dem unter anderem eine Liste mit insgesamt 18 sogenannter Laeken-Indikatoren zur Messung sozialer Inklusion resultierte. Definiert ist die Armutsrisikoquote als der prozentuale Anteil der Bevölkerung mit einem Nettoäquivalenzeinkommen<sup>12</sup> nach neuer OECD-Skala von weniger als 60 Prozent des Medians.

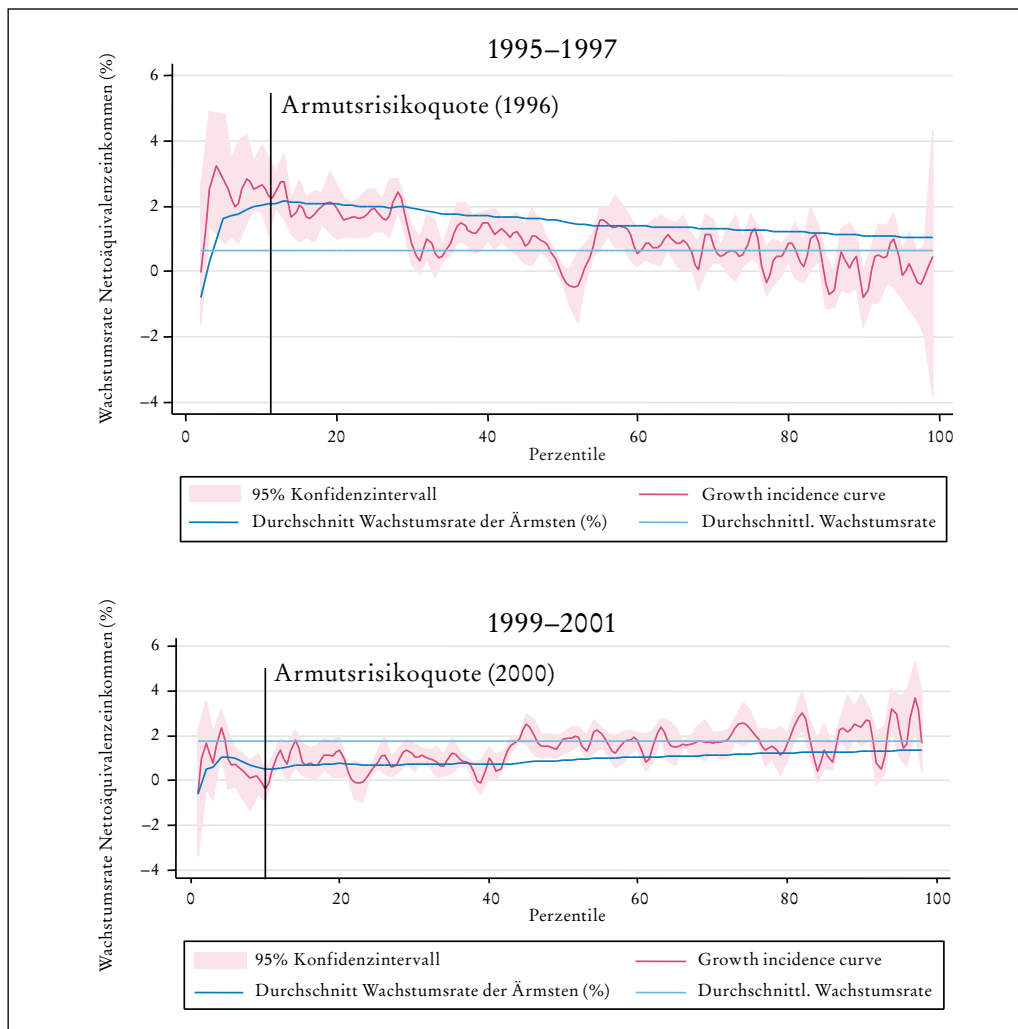
Die „Enttabuisierung“ des Themas Armut in Deutschland kam nicht zu früh: Ab Mitte der 1990er Jahre traf das Phänomen steigender Armutsraten und wachsender Ungleichheit

<sup>10</sup> Vgl. Herbert Hemming/Christina Borbach, Transport & Social Exclusion: a G7 comparison, an overview of the German position, präsentiert am 4. April 2003 an der University of Westminster, London; Sabine Nuss, Armut – ein Tabuthema beschäftigt den Bundestag, 4.6.1996, online: [www.welt.de/print-welt/article648947/Armut-ein-Tabuthema-beschaeftigt-den-Bundestag.html](http://www.welt.de/print-welt/article648947/Armut-ein-Tabuthema-beschaeftigt-den-Bundestag.html) (30.5.2012).

<sup>11</sup> Vgl. Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 30.6.2008, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf> (13.6.2012).

<sup>12</sup> Das Konzept des Nettoäquivalenzeinkommens berücksichtigt die Tatsache, dass größere Haushalte durch die gemeinsame Nutzung von Gebrauchsgegenständen Einsparmöglichkeiten haben. Dazu misst die neue OECD-Skala dem ersten Erwachsenen ein Gewicht von 1 zu, jede weitere Person ab 15 Jahren erhält ein Gewicht von 0,5 und jede Person unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3. Das Nettoäquivalenzeinkommen errechnet sich dann als das Nettoeinkommen des Haushalts dividiert durch die Summe der Gewichte der im Haushalt lebenden Personen.

Abbildung 2: Wachstums-Inzidenzkurven für die Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des SOEP-Datensatzes.

auch Deutschland (Abbildung 1). Ins Auge sticht vor allem der deutliche Anstieg von Einkommensarmut und -ungleichheit (Gini-Koeffizient) seit spätestens 1998. Interessant ist auch der starke Anstieg der Ungleichheit im Jahre 2006, dem Jahr der Einführung von „Hartz IV“. Ebenfalls deutlich zu erkennen ist die Reduktion der Einkommensungleichheit während und ihr Anstieg direkt nach einer Rezession (2002 bis 2004 und 2008 bis 2010), eine Entwicklung, die typisch ist für einen konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat im Sinne Esping Andersens.<sup>13</sup> Es

<sup>13</sup> Vgl. Jürgen Faik, Income inequality and poverty in front of and during the economic crisis, ECINEQ Working Paper, Nr. 255, 2012.

ist ein deutliches Zeichen für die Stärke der Umverteilung, welche die Republik in Bezug auf Einkommensungleichheit wenig anfällig für Krisen macht.

Interessante Aufschlüsse liefert auch der kontinuierliche Anstieg der Armutsrisikoquote ab 1997 in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs mit der erwarteten Reduktion der Arbeitslosenquote und dem Anstieg des Nettoäquivalenzeinkommens. Es ist ein Beleg für die Beobachtung, dass seit Mitte der 1990er Jahre die Lohnunterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb der Qualifikationsgruppen deutlich gestiegen sind.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Vgl. M. Biewen/A. Juhasz (Anm. 8).

Eine dritte interessante Beobachtung ist, dass die übliche Konstellation von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit in der dritten und stärksten ökonomischen Krise von 2008 bis 2010 nicht gilt. Die Arbeitslosenquote verzeichnet lediglich einen marginalen Anstieg und setzt bereits ein Jahr später ihren im Jahre 2005 begonnenen Rückgang fort. Dieser Effekt ist hauptsächlich auf das Instrument der Kurzarbeit zurückzuführen, die „deutsche Antwort“ auf die ökonomische Krise: Zwischen 2008 und 2009 stieg die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter von etwa 100 000 auf mehr als 1,1 Millionen an.<sup>15</sup>

Die Übersicht vermittelt eine Ahnung davon, wie viele verschiedene Einflussfaktoren auf die Wirtschaftsstruktur eines Landes einwirken. Aufgabe der *growth incidence curve* ist es zu bestimmen, ob das wirtschaftliche Wachstum in einem bestimmten Zeitraum insgesamt *pro-poor* war oder nicht.

## Growth incidence curves für Deutschland

Der Beobachtungszeitraum von 1994 bis 2001 ist durch drei interessante Phasen charakterisiert: eine Phase von sinkendem Nettoäquivalenzeinkommen in Verbindung mit sinkender Ungleichheit (1995 bis 1997), steigendem Nettoäquivalenzeinkommen bei relativ konstanter Ungleichheit (1997 bis 1999) und schließlich sinkendem Nettoäquivalenzeinkommen verbunden mit einem Anstieg der Ungleichheit (1999 bis 2001). *Abbildung 2* zeigt die *growth incidence curve* für die erste und die letzte Phase.

Deutlich zu erkennen ist die Veränderung der Wachstumsstruktur von *pro-poor* (1995 bis 1997) zu *pro-rich* (1999 bis 2001). Liegen die Wachstumsraten der armen Perzentile im Zeitraum von 1995 bis 1997 noch deutlich über der durchschnittlichen Wachstumsrate, ist die *growth incidence curve* bereits in der nächsten Phase (1997 bis 1999) relativ konstant (hier nicht abgebildet) und schließlich klar steigend (1999 bis 2001). Insgesamt lässt sich festhalten, dass die beschriebenen Probleme der Globalisierung, insbesondere relativ hohe Arbeitslosigkeit und deut-

lich zunehmende Lohndifferentiale, auch in Deutschland deutliche Spuren hinterlassen haben.

Wie aber hat sich die Wachstumsstruktur während der ökonomischen Krisen von 2002 bis 2004 und von 2008 bis 2010 entwickelt? Jürgen Faik kommt zu dem Schluss, dass in einem konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat wie Deutschland ökonomische Krisen zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung führen und zwar insbesondere durch steigende Sozialleistungen sowie die für eine ökonomische Krise typischen Einkommensverluste im oberen Einkommenssegment. Eine steile These, doch tatsächlich zeigt die *growth incidence curve* für den Zeitraum von 2003 bis 2010 (hier nicht abgebildet) einen ähnlichen Verlauf wie in den Jahren von 1995 bis 1997. Die Wachstumsstruktur scheint sich also tatsächlich ausgerechnet in einem Zeitraum, in dem gleich zwei ökonomische Krisen fallen, deutlich *pro-poor* entwickelt zu haben – nicht auf direktem, sondern auf indirektem Weg durch nachträgliche Umverteilung.

## Ein deutsches *pro-poor-growth*-Konzept?

Eine Analyse des Wirtschaftswachstums in Deutschland hat gezeigt, dass eine Übertragung des Grundgedankens des *pro-poor-growth*-Konzepts auf Industriestaaten relevant und durchaus gewinnbringend sein kann. Auch das Instrument der *growth incidence curve* scheint geeignet zu sein, um wirtschaftliches Wachstum auch in Industrienationen im Hinblick auf seine Wirkung auf Armut und Ungleichheit zu untersuchen: Deutlich zeigen die *growth incidence curves* die Mitte der 1990er Jahre einsetzende Veränderung der Einkommensverteilung zu Lasten der Armen. Ebenso deutlich zeigen sie die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Armen während ökonomischer Krisen. Interpretationen aber bleibt das Instrument schuldig. So ist es beispielsweise nicht in der Lage zwischen dem hauptsächlich direkten *pro-poor growth* der 1980er und beginnenden 1990er Jahre und dem jüngsten indirekten *pro-poor growth* zu unterscheiden.

Um politische Handlungsempfehlungen formulieren zu können, ist daher eine wei-

<sup>15</sup> Vgl. J. Faik (Anm. 13), S. 9.

tergehende Analyse unerlässlich. Hier ist in der Regel auch keine Übertragung der Erkenntnisse aus der entwicklungspolitischen *pro-poor-growth*-Debatte möglich; zu spezifisch sind die Handlungsempfehlungen auf den entwicklungspolitischen Kontext zugeschnitten. An dieser Stelle müssen Industrienationen wie die Bundesrepublik ihr ganz eigenes *pro-poor-growth*-Konzept entwickeln. Angesichts der beschriebenen Spezialisierung auf Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen und der Tatsache, dass Bildungserfolge in Deutschland stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängen,<sup>16</sup> könnte eine direkte *pro-poor-growth*-Maßnahme (also eine Maßnahme, die den Armen zugute kommt) beispielsweise darin bestehen, den gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertiger (Aus-) Bildung zu fördern.

Schließlich bleibt noch zu bemerken, dass sich die vorangegangene Analyse ausschließlich auf den monetären Aspekt von Armut und Ungleichheit bezieht. Das ist jedoch eine recht eingeschränkte Sichtweise, bedenkt man die Reichweite des Begriffs Armut. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen beispielsweise beschreibt Armut als den Mangel an Möglichkeiten, das eigene Wohlbefinden zu steigern. Schlechte Gesundheitsversorgung, negative Umwelt- und Klimabedingungen beispielsweise schränken diese Möglichkeiten ein.<sup>17</sup> Aus diesem Grund sollte Armut multidimensional erfasst werden, eine Forderung, der sich auch die deutschen Armutsberichte anschließen. Ebenso werden auch die Stimmen für eine Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaaspekts lauter.<sup>18</sup> Beide Ansätze stecken jedoch noch in den Kinderschuhen, und es wird eine der zukünftigen Herausforderungen der *pro-poor-growth*-Debatte sein, die bereits existierenden Versuche, den Einkommensbegriff methodisch sinnvoll zu erweitern, voranzutreiben.

<sup>16</sup> Vgl. Armutsbericht (Anm. 11).

<sup>17</sup> Vgl. Amartya Sen, The concept of development, in: Hollis B. Chenery/T.N. Srinivasan (eds.), Handbook of Development Economics, New York u. a. 1988, S. 9–26.

<sup>18</sup> Vgl. Weltbank, Inclusive green growth, Washington, DC 2012.

Claus J. Tully

## Nachhaltiger Konsum

**K**onsum ist Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen und individueller Umgangsweisen. Deshalb konsumieren Jugendliche, Kinder und Ältere anders – und Anderes. Wie auch immer Konsum öffentlich diskutiert wird, er ist ein soziales Konstrukt. Dennoch erscheint Konsum mitunter so selbstverständlich wie essen, trinken, mobil sein oder arbeiten. Die Typisierung von Gesellschaft als eine des Konsums ist vergleichsweise neu. Sie wird erst mit dem Aufkommen der Massenproduktion durchgesetzt. Dadurch veränderte sich auch der Konsum grundlegend. Im Folgenden wird die Herausbildung der Konsumgesellschaft skizziert, und es werden anhand empirischer Befunde zu Jugend, Konsum und Nachhaltigkeit aktuelle Trends vorgestellt.

**Claus J. Tully**

Prof. Dr. rer. pol. habil.;  
Wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut e. V., Nockherstraße 2,  
81541 München.  
tully@dji.de

Kern der Serien- und Massenproduktion ist die rationelle, arbeitsteilige Produktion, wodurch Produktionskosten gesenkt und Qualität gesteigert werden konnten. In Deutschland betonten die Soziologen Max Weber (1864–1920) und Werner Sombart (1863–1941) die Berechenbarkeit der betrieblichen Abläufe als den Kern des modernen Kapitalismus. Die Produktion von großen Serien zunächst in den USA zeigte Wirkung auf die Fabrikation in Europa. Von der Massenproduktion ging ein Kostendruck auf die Fertigung in Deutschland aus. Uhrenfabriken im Schwarzwald stiegen beispielsweise relativ früh auf „das amerikanische Produzieren“ um und bauten hochgradig arbeitsteilig Uhren für Jedermann „in Serie“. Repräsentanten der Wirtschaft reisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die USA, um die Methoden Frederick Winslow Taylors und Henry Fords zu studieren und zu adaptieren. Die durch Massenherstellung verbilligte Produktion sollte zugleich den Warenabsatz sichern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schaffte der Nachholbedarf der westdeutschen Bevölke-

rung an allen nur erdenklichen Gütern die Basis für eine fast grenzenlose Produktion. Konsum war für lange Zeit die Basis für Beschäftigung: Mehr Konsum stand für die Sicherung von Beschäftigung durch Ausweitung der Produktion. Die Begleitumstände der Produktion, also der Ressourcenverbrauch und die Verschmutzung von Luft und Wasser, wurden kaum beachtet. Erklärtes Ziel war das Wachstum der Volkswirtschaft. Und dieses wurde als Differenz des Wirtschaftswachstums „von gestern“ zu dem „von morgen“ ermittelt. Die Grundformel für wachsendes Nationaleinkommen lautete:<sup>1</sup>

$$\text{Volks-/Nationaleinkommen} = (\text{privater} + \text{staatlicher}) \text{Konsum} + \text{Investition}^2$$

In den USA hatte sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein *way of life* herausgebildet, bei welchem der Konsum den Menschen auszeichnete. Dies galt dann für die Bundesrepublik der Nachkriegszeit. In Städten (Litfaßsäulen) und in den Medien (Anzeigen, TV, Radio) wurde für den modernen Konsum geworben. Konsum wurde kultiviert und zum festen Bestandteil der Freizeit sowie eines modernen Haushalts mit „weißer“ Ware (wie Kühlschrank, Herd, Waschmaschine, später Spülmaschine) und „brauner“ Ware (wie Radio, Fernseher, Plattenspieler). Hinzu kamen die Freiheit des Reisens und das dazu unverzichtbar erscheinende eigene Auto. So wurde zugleich eine kontinuierliche Nachfrage nach investitionsintensiven Gütern (wie Maschinen oder Produktionsanlagen) und Fabriken samt zugehöriger Infrastruktur geschaffen.

<sup>1</sup> Zu den klassischen theoretischen Grundlagen des Konsums gehören die Arbeiten von Thorstein Veblen. Er analysiert den Geltungskonsum der oberen Schichten – den demonstrativen Müßiggang – und fokussiert die Beziehung von Güterverbrauch und gesellschaftlichem Wohlstand. Joseph A. Schumpeter (1883–1950) spricht von der „schöpferischen Zerstörung“. Damit meint er, dass zum Schaden der Konkurrenten rasch neue Produkte entwickelt und vertrieben werden müssen, da so die Produkte bei den Konsumenten samt Produktionsanlagen entwertet würden. Die immer kürzeren Produktzyklen bei Handys beispielsweise spiegeln dieses Bestreben wider.

<sup>2</sup> Die Formel wird weiter differenziert, was hier unterbleibt. Heute stimmt die Formel so nicht mehr, da enorme staatliche und sonstige Verschuldung einzurechnen sind.

Ist eine konsumorientierte Gesellschaft etabliert, richten die Subjekte ihre Bestrebungen an diesen Konsumgütern aus. In den USA machte David Riesman mit einer soziologischen Analyse auf die „Außenlenkung“ aufmerksam.<sup>3</sup> Ebenfalls in den USA erschien in den 1970er Jahren das Buch von John Kenneth Galbraith mit dem Titel „Affluent Society“. Beschrieben wird darin eine Gesellschaft, die Reichtum und Armut produziert, weshalb es eines strikteren Eingreifens des Staats bedürfe. In Deutschland machten Theodor Adorno, Max Horkheimer und Jürgen Habermas aus philosophischer und Erich Fromm aus psychologischer Perspektive auf die im Konsum eingeschlossene Suche nach der Befriedigung von „uneigentlichen“ Bedürfnisse aufmerksam. Ab den späten 1960er Jahren sprachen Studierende sogar vom „Konsumterror“. Ihre kritische Auseinandersetzung mit Konsum wurde überlagert von der Suche nach der „richtigen“ Gesellschaft.<sup>4</sup> Die Veröffentlichung der Studie „Grenzen des Wachstums“ Anfang der 1970er Jahre,<sup>5</sup> durchgeführt im Auftrag des Club of Rome, wird oft angeführt, um die beginnende Debatte um die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs zu datieren.<sup>6</sup> Nach einem breiten und jahrzehntelangen Prozess der Kommerzialisierung sämtlicher Alltags- und Lebensbereiche kehrte die Kritik am Konsum erst um die Jahrtausendwende wieder zurück. Im Mittelpunkt steht seitdem die ethische Frage, wie durch Konsum Einfluss auf das Warenangebot genommen werden kann.

Populär wurde die Auseinandersetzung mit Konsum hierzulande durch die Studentenbewegung ab den 1960er Jahren, die das Wirtschaftssystem und die Grundsätze der „bürgerlichen Gesellschaft“ kritisierte. Fast alles, was der Elterngeneration bedeutsam und erhaltenswert schien, auch ihr Wertesystem im Allgemeinen wurde grundlegend „hinterfragt“, egal ob es um die Einrichtung

<sup>3</sup> Vgl. David Riesman, *Die einsame Masse*, Reinbek 1958.

<sup>4</sup> Vgl. Hans Magnus Enzensberger/Karl Markus Michel (Hrsg.), *Kursbuch 33. Ökologie und Politik oder die Zukunft der Industrialisierung*, Berlin 1973.

<sup>5</sup> Vgl. Dennis L. Meadows et al., *Grenzen des Wachstums*, München 1972.

<sup>6</sup> Vgl. Claus J. Tully/Wolfgang Krug, *Konsum im Jugendalter*, Schwalbach/Ts. 2011, S. 93 ff.



der Wohnung oder den Stil der Kleidung ging (die deutsche Gesellschaft kannte bis in die 1970er Jahre noch den Unterschied zwischen Sonntags- und Werktagskleidung). Ausgetragen wurde diese Kontroverse als Generationenkonflikt. Hauptkritik war, dass die Elterngeneration sich in die „schönen Konsumwelten“ flüchtete, statt die nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten.

Die junge Generation entwickelte neue Leitbilder: Statt schick und adrett gab es nun praktische Jeans und Parka; statt des für Männer üblichen „GI-Haarschnitts“ gab es (etwas) längere Haare – orientiert an den poppigen Beatles. Die Werte der Elterngeneration – Bausparkasse, eigenes Heim, einmal im Jahr in den Urlaub nach Italien, an die Zukunft denken, ordentlich, fleißig, sparsam und adrett sein, bedenken was die Anderen, was die Nachbarn sagen – waren der Studentenbewegung Ausdruck von „Spießertum“. Ihr oberstes Ziel war die „eigentliche Emanzipation“, also die Befreiung von „äußeren Zwängen“, verbunden mit der Suche nach dem Selbst und nach einer gesellschaftlichen Zukunft, die mit der Tradition der Elterngeneration brechen sollte. Zwar wurde die „Suche nach dem Selbst“ nicht von allen Heranwachsenden geteilt, doch setzte eine merkliche Umwälzung der Gesellschaft ein.

## Kommerzialisierung des Alltags

Medien und Werbung machten sich diese Umbruchsituation zunutze: Produkte, Musik oder auch Outfits standen für Stilangebote. So wurde (und wird nach wie vor) das passende Lebensgefühl, die richtige Wahrnehmung durch Dritte,<sup>7</sup> über den Markt organisiert: über das Kaufen der „richtigen Produkte“.<sup>8</sup> Die Mehrzahl der Heranwachsenden richtete sich, anders als es der Studentenbewegung vorschwebte, in der Konsumgesellschaft ein. Dies funktionierte auch deswegen, weil die sogenannte Nachkriegsjugend die erste Generation war, die über eigenes Geld verfügte.

<sup>7</sup> Vgl. Claus J. Tully, Jugendliche auf dem Weg zu nachhaltigerem Konsum, in: Michael Freytag (Hrsg.), Verbraucherintelligenz: Kunden in der Welt von morgen, Frankfurt/M. 2012, S. 212–216.

<sup>8</sup> Beispielhaft ist der Werbeslogan für den Weichspüler „Lenor“ aus den 1970er Jahren: „Jetzt hat sie (die „Hausfrau“, Anm. d. Red.) ein gutes Gewissen.“

Ab dem 14. Lebensjahr bezog die Mehrzahl der Jugendlichen ein Lehrgeld. Mit diesem trugen die meisten zwar zum Haushaltseinkommen bei,<sup>9</sup> sie konnten es aber auch – abhängig von der sozialen Schicht – verkonsumieren für Kofferradios, Zigaretten oder Kinobesuche. Im Hinblick auf die seither andauernden Veränderungen des Konsums von Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren folgende vier Trends maßgeblich:

**Adressatenbezug.** Ab dem Ende der 1950er Jahre setzte zunächst kaum merklich der Ausbau adressatenbezogener Werbung (für Kinder und Jugendliche, für Frauen, für Männer, für den Haushalt<sup>10</sup>) ein. Nach der Gründung der Jugendzeitschrift „Bravo“ 1958 gab es bereits erste Marketinguntersuchungen zu Konsumwünschen Jugendlicher. Später folgten weitere Zeitschriften, die sich nicht nur wie „Bravo“ an *Teenies* richteten, sondern auch an *Twens*. Beispiele waren Werbesprüche wie „Bauknecht weiß, was Frauen wünschen“; 1971 wurde von Opel erstmals ein „Junior Modell“ angeboten, in das „Spießer“ nicht passen würden, da sie zu dick seien um in das flaschenförmige Vehikel einzusteigen.

**Verlängerung der Jugendphase und die damit verbundene Entkopplung von Konsum und eigenem Einkommen.** Als Folge der Bildungsreform fand der Übergang von Schule in Beschäftigung zeitlich aufgeschoben statt. Viele Jugendliche lebten nun über das 16. und 18. Lebensjahr hinaus von Zuwendungen der Eltern. Obgleich die ökonomische Verselbstständigung aufgeschoben wurde, agierten Jugendliche und junge Erwachsene ökonomisch selbstständig und lebten ihre eigenen Stile. In den Folgejahren wurde das Konsumangebot für Jugendliche merklich ausgeweitet, und es entstanden neue Märkte, die sich explizit an Heranwachsende richteten. Die Kaufkraft der unteren Altersgruppen wurde nun von Seiten der Marktforschung systematisch erhoben.

**Konsum als Stilisierung des Selbst.** Konsum wird nun symbolisch aufgeladen und

<sup>9</sup> Vgl. Leopold Rosenmayr, Jugend, in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 6, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1976, S. 218.

<sup>10</sup> Vgl. Christine Feil, Kinder, Geld und Konsum, Weinheim–München 2003, S. 113 ff.

**Tabelle 1: Durchschnittliche Höhe des verfügbaren Budgets pro Monat (in Euro)**

Alter	Region		Geschlecht		Schule		Migrationshintergrund		Insgesamt
	Ost	West	Männlich	Weiblich	Haupt- oder Realschule	Gymnasium	Ohne	Mit	
13	60	39	43	39	28	54	42	36	41
14	38	46	45	45	47	45	45	46	45
15	57	56	60	52	49	58	57	49	56
16	80	105	104	102	66	95	105	92	103
17	164	145	151	143	81	91	150	134	147

Quelle: Claus J. Tully/Eric van Santen, Das verfügbare Geld von 13- bis 17-jährigen Schülern und Schülerinnen, in: Diskurs, (2012) 2, S. 197–211.

dient der Stilisierung des Selbst. Auch wurde Konsum gesellschaftlich reorganisiert, und die länderbezogene Koppelung von Konsum und Massenproduktion wurde *passé*: Heute verdanken Moden, Ästhetik und Stile ihre Ursprünge globalen Verhältnissen. Schon ab den 1990er Jahren wurden Produktion und Produktentwicklung über die Welt verteilt. Weltlabels (wie Adidas oder Nike) haben ihre Zentralen, aber diverse Designstudios und Trendscouts in verschiedenen Ländern, ihre Zulieferer und Produzenten sind über die Welt verteilt. Produktion und Konsum sind dadurch entkoppelt. Die Geschmacksbildung, die Produkte und die Stile werden internationalisiert.

**Kommerzialisierung neuer Lebensbereiche.** Die Geschäfte wurden größer, das Banken- und Versicherungsgewerbe wurde ausgebaut, und es kam zu einer radikalen Ausweitung des Dienstleistungsbereichs. Die Versorgung der Haushalte erfolgte bis in die 1970er Jahre bevorzugt über kleinere Lebensmittel- und Filialgeschäfte von überschaubarer Größe.

## Jugend als Konsumenten

Im Grunde wurde erst ab den 1970er Jahren das Prinzip des Massenkonsums realisiert, da für unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft Konsumartikel entwickelt und vermarktet wurden. Gekauft wird, was „in“ ist – während das früher der Walkman von Sony war, sind das heute der Apple und das iPhone. Kern dieser Ausweitung des Jugendmarktes ist die Jugend selbst. Dabei spielt neben der Verlängerung der Jugendphase die Eigenart von Jugend, sich von anderen unterscheiden zu wollen, eine maßgebliche Rolle:

Zum Bedürfnis nach Differenzierung passen Produkte, die als jugendkulturelle Stilmittel fungieren.

Doch Konsum setzt Geld voraus. Die Daten zu den Einkünften der Jugendlichen fallen sehr unterschiedlich aus.<sup>11</sup> Das liegt unter anderem daran, dass wegen unregelmäßiger Geldzuwendungen (wie etwa Zuschüsse von den Eltern für größere Anschaffungen) genaue Angaben oft schwierig sind. Trotz dieser Erhebungsprobleme können die Angaben zum Budget der Jugendlichen helfen, den finanziellen Status verschiedener Gruppen darzustellen (Tabelle 1). Ausschlaggebend für die Höhe des Budgets ist das Alter. Der größte Sprung der Einkünfte erfolgt bei den 15- bis 16-Jährigen. Dies ist zum einen mit dem Übertritt eines Teils der Jugendlichen in die Ausbildung zu erklären,<sup>12</sup> zum anderen mit der Übernahme eines Nebenjobs: Ein Drittel aller Jugendlichen ab der 9. Jahrgangsstufe bessert so seine finanzielle Situation auf.<sup>13</sup> Dies dürfte zugleich auch den Zeitpunkt markieren, zu dem für Jugendliche eigene geldpflichtige Aktivitäten (wie etwa Kino- oder Kneipenbesuche) wichtig werden. Konsum kann auf rationale, kompensatorische und demonstrative Zwecke gründen.<sup>14</sup> Jugendliche konsumieren, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen und sich selbst zu verwirklichen. Oftmals sind damit auch so-

<sup>11</sup> Vgl. C.J. Tully/W. Krug (Anm. 6), S. 75 f.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 76.

<sup>13</sup> Vgl. Claus J. Tully, Arbeitsweltkontakte von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24 (2004) 4, S. 414.

<sup>14</sup> Vgl. Elmar Lange, Jugendkonsum im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 24.

**Tabelle 2: Durchschnittliche Ausgaben der 12- bis 19-Jährigen (gerundete Prozentwerte)**

	Auto Roller, Bus, Zug etc.	Telefon, Handy, Internet	Essen, Trinken	Musik, Filme	Kleidung	Kino, Disco, Ausgehen	Körper- pflege, Kosmetik	Hobbies
0	27	23	11	27	19	16	23	24
1–20 Euro	28	41	53	34	27	43	47	35
21–50 Euro	8	12	12	4	21	18	6	9
51–100 Euro	4	2	3	1	10	6	1	3
> 101 Euro	4	0	2	0	3	2	0	0
Fehlend	30	23	19	36	22	17	23	30

Quelle: BINK (Anm. 18).

**Tabelle 3: Angaben der 12- bis 19-Jährigen zu Einflussmöglichkeiten der Kunden (gerundete Prozentwerte)**

Medial vermittelte Produktbezüge	Einfluss möglich	Nachhaltige Produktbezüge	Einfluss möglich
Anpassung der Designs an Modetrends	53	Arbeitsbedingungen bei der Herstellung	28
Aussehen	50	Umweltbelastung bei der Herstellung	22
Preis	50	Recyclingfähigkeit	18
Benutzerfreundlichkeit	48	Herstellungsort	17
Qualität	40	Energieverbrauch	16

Quelle: BINK (Anm. 18).

ziale Anerkennung und Statusverbesserung verbunden.<sup>15</sup>

Jugendliche leben in einer Welt, in der Konsum ebenso alltäglich ist, wie es die gewachsenen Risiken sind. Unter diesen Vorgaben gilt es, sie für zukunftsfähige Handlungsmöglichkeiten zu sensibilisieren. Dies zeigt sich deutlich, wenn Jugendliche danach befragt werden, wo sie selbst beim Konsum Einflussmöglichkeiten sehen (Tabelle 3). Ein großer Teil der Jugendlichen geht davon aus, Einfluss auf die angebotenen Produkte in den Bereichen zu haben, in denen sie auch beworben werden: Preis, Aussehen, Qualität und Funktionalität. Entsprechend ist es nicht ein genereller Mangel im Glauben an die Durchsetzungskraft von Konsumentenwünschen gegenüber den Herstellern, sondern vielleicht eher mangelndes Interesse und eben auch

<sup>15</sup> Vgl. Anja Langness et al., Jugendliche Lebenswelten, in: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2006, Frankfurt/M. 2006, S. 76 ff.; Karin R. Fries/Peter H. Göbel/Elmar Lange, Teure Jugend, Opladen–Farmington Hills 2007, S. 80; Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.), JIM-Studie 1998–2011: Jugend, Information, (Multi-)Media, Stuttgart 2011.

mangelndes Wissen um Handlungsoptionen, wenn dagegen für nachhaltige Produkteigenschaften kaum Einflussmöglichkeiten gesehen werden.

## Zusammenfassung

Konsum ist heute merklich ausdifferenziert. Das Warenangebot und die Werbung richten sich nicht mehr an Jugendliche, Familien, Männer und Frauen, sondern sind personalisiert und gründen auf einem fortlaufend aktualisierten Konsumentenprofil. Viele Aktivitäten sind von Werbung überlagert. Informationssuche oder privater Austausch sind Quellen für Informationen zu Konsumwünschen, Urlaubsplanungen, Umzug oder Veränderung der Wohnsituation. Die aktuelle Situation lässt sich entlang von drei Thesen bündeln:

(1) Konsum ist sachlich, zeitlich und lokal entgrenzt. Einkaufen kennt keinen Ladenschluss mehr, denn im Netz kann immer gekauft werden. Es gibt auch keine regionalen Grenzen mehr, denn Konsum im Netz basiert auf *selfservice*. Dadurch erfolgt Kon-

sum auch beiläufig: einfach, angenehm und spielerisch. Was Konsum ist, wird nur an den Grenzen des Konsums, also dessen finanzieller und juristischer Bewältigung, bewusstseinspflichtig. Dies ist der Fall wenn die Konten, Käufe, Belastungen, Zahlungseingänge und -ausgänge oder die eingegangenen juristischen Verpflichtungen (Dauer der Abonnements) kontrolliert werden.

(2) Beim Kauf geht es nicht immer um den Gebrauch und Verbrauch von Gütern, sondern um Konsum als Option. Der Konsum vermittelt Erlebnis.<sup>16</sup> Er sozialisiert, vermittelt Sinnangebote und gestaltet moderne Lebensführung. Es geht um die Ausübung von Optionen, die Nutzung von günstigen Gelegenheiten, die fallweise gar einmalig sein sollen. Ganz so wie es Hermann Heinrich Gossen<sup>17</sup> einmal für Reiche erklärt hat, entsteht neben der Geldpflichtigkeit für den Konsum ein Spannungsverhältnis zwischen *Zeit* und *Konsum*. Der Gebrauch einer Ware braucht Zeit: Eine Musik-CD soll gehört, ein Buch gelesen werden. Heute scheint Konsum vom Gebrauch entkoppelt: Gekauft wird immer, der Gebrauchswert interessiert selbst Konsumenten nur als Option. Der Kauf einer Ware ist häufig einfach, ihre benutzende Aneignung erweist sich gelegentlich als mühevoll. Laut der Ergebnisse des BINK-Projekts kauft etwa die Hälfte der befragten Jugendlichen Dinge, die sie eigentlich nicht brauchen.<sup>18</sup>

(3) Einzig die gesellschaftliche Verpflichtung zur Nachhaltigkeit vermittelt Grenzen. Vor dem Hintergrund der Maxime der Nachhaltigkeit gilt es, den Konsum seiner „Selbstverständlichkeit“ und „Natürlichkeit“ zu ent-

kleiden. Konsum muss reflexiv und in seinen Folgen bedacht werden: Jeder Konsum ist mit sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen verbunden. Umweltverbrauch findet immer statt, auch Rückwirkungen gibt es immer. Diese müssen nicht so massiv sein wie bei den Kernschmelzen in Fukushima oder bei den Tiefseeölbohrungen. Dennoch gilt es, den Zusammenhang zwischen der Produktion von (materiellen und immateriellen) Gütern und den dabei entstehenden Wirkungen auf die Umwelt ins Bewusstsein zu rücken.

Zu nachhaltigem Handeln braucht es vermutlich nicht nur Theorien zu ökologischen Risiken, sondern auch eine Sensibilität für die Wahrnehmung der Handlungsfolgen aus Konsum. Dies ist zur Durchsetzung einer nachhaltigen Konsumentengesellschaft wichtig. Dabei geht es um die Wahrnehmung und Reflexion des eigenen Verhaltens sowie die Einsicht in ökologische Zusammenhänge. Kurzum: Statt beiläufigem Konsum bedarf es seiner reflexiven Betrachtung.

Zu Beginn der Umweltdebatte in den 1970er Jahren ging es um Konsumverzicht. Heute ist es wichtig den öffentlichen Diskurs hinsichtlich globaler Risiken weiterzuführen. Die Energiegewinnung über Ölschiefer und Ölsande zum Beispiel, die Abholzung von Regenwäldern oder auch die rasch ansteigenden Kapazitäten beim Transport (egal ob auf der Straße oder per Schiff) sind hier anzusprechen. Dabei ist es nur ein erster Schritt, auf das eigene Auto zu verzichten oder auf die Einhaltung von Umweltstandards zu Hause zu achten. Wichtig ist, dass nachhaltiges *Handeln* von globalen politischen Instrumenten ergänzt wird, um gute Ansätze nicht zu konterkarieren. Auch wenn Jugendliche zwischen 18 und 19 Jahren die Gruppe stellen, die am wenigsten nachhaltig handelt, so wissen sie um das Spannungsverhältnis von Zukunftsfähigkeit und Konsum. Auch zeigen oben skizzierte Befunde, dass je geringer der eigene Selbstwert eingeschätzt wird, desto häufiger Jugendliche durch die realen und virtuellen Konsumtempel streifen und kaufen – nach eigenen Aussagen auch Dinge, die sie eigentlich nicht brauchen. Nachhaltigkeit kann also auch da beginnen, wo etwas *nicht* gekauft wird.

<sup>16</sup> Vgl. Kai-Uwe Hellmann, Das Konsumatorische System, in: ders./Guido Zurstiege (Hrsg.), Räume des Konsums, Wiesbaden 2008, S. 18–50.

<sup>17</sup> Hermann Heinrich Gossen (1810–1858) hat in seinem Werk „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ (1854) die Grenznutzentheorie entwickelt. Er benennt ein Spannungsverhältnis zwischen *Geldkonsum* und *Zeitkonsum*. Wer reich ist, muss in kürzerer Zeit, das heißt mehr konsumieren.

<sup>18</sup> Im Rahmen des Projekts Bildungsinstitutionen und nachhaltiger Konsum (BINK) wurden über drei Jahre hinweg an Schulen und Hochschulen in Norddeutschland Ansätze entwickelt, mit denen Nachhaltigkeit in den Alltag der Bildungsinstitutionen eingebunden werden können. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind zugänglich. Vgl. [www.bink.de](http://www.bink.de) (29.5.2012).

Christian Neuhäuser

# Faires Wachstum und die Rolle der Unternehmen

Die weit verbreitete Meinung, dass ökonomisches Wachstum das zentrale Mittel zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen sei, hat sich inzwischen als zumindest einseitig verkürzt erwiesen.<sup>1</sup> Der ausschließliche Fokus auf die Steigerung der produzierten Güter und Dienstleistungen oder die verfügbaren Zahlungsmittel hat eine Vielzahl von Problemen nicht gelöst oder sogar verschlimmert.

## Christian Neuhäuser

Dr. phil., geb. 1977; Akademischer Rat am Institut für Philosophie, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Politische Philosophie und Rechtsphilosophie, GA 3/135, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum. christian.neuhaeuser@rub.de

Dies lässt sich an drei zentralen Beispielen verdeutlichen. *Erstens* kann ökonomisches Wachstum zu zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung führen sowie den Klimawandel auf bedrohliche Weise beschleunigen. Ökonomisches Wachstum ist also nicht unbedingt ökologisch nachhaltig.<sup>2</sup> *Zweitens* kann ökonomisches Wachstum zwar die verfügbare Gütermenge für alle über das Niveau absoluter Armut steigern, führt aber weder zum Abbau sozialer Ungleichheit noch zur Überwindung relativer Armut. Ökonomisches Wachstum ist also nicht unbedingt fair. *Drittens* kann ökonomisches Wachstum die Lebensqualität der Menschen verschlechtern, beispielsweise durch immer längere Arbeitszeiten, immer mehr Konkurrenzkampf und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen. Ökonomisches Wachstum ist also nicht unbedingt sozial.<sup>3</sup>

Der Blick auf das Wachstum der Güterproduktion allein reicht also nicht aus, um zu bestimmen, ob die Lebensqualität der Menschen in einem Land steigt oder nicht. Es kann durchaus sein, dass die als Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wirtschaftsleistung in Deutschland kontinuierlich steigt und zugleich das Land immer weniger nachhaltig, immer unfairer und immer weniger sozial wird. Da-

hinter stecken zwei Probleme, die das BIP als Indikator für eine Verbesserung der Lebensqualität ungeeignet machen: Es lässt keinen Vergleich der individuellen Lebenslagen zu, dabei geht es am Ende immer um die Lebensqualität einzelner Menschen und nicht bloß die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft; und Lebensqualität beschränkt sich nicht auf ökonomische Güter, sondern es geht um eine Vielzahl von Chancen, Freiheiten und Fähigkeiten für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. Ökonomischer Druck und Flexibilität, Armut und Ungleichheit, Umweltzerstörung und Klimawandel können den Menschen zahlreiche Chancen und Freiheiten nehmen und verhindern, dass sie die nötigen Fähigkeiten für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung ausbilden und ausleben können.

Es gibt zwei Möglichkeiten, um mit dieser Diagnose umzugehen. Die erste besteht darin, auf Wachstum als Maßstab ganz zu verzichten und stattdessen nach anderen Konzepten des Wirtschaftens zu suchen. Das hat jedoch eine Reihe von gravierenden Nachteilen: Eine Steigerung der Wirtschaftsleistung stellt weiterhin eine wichtige Voraussetzung für eine wohlhabende Gesellschaft dar, nur Wohlstand und Lebensqualität erschöpfen sich nicht darin.<sup>4</sup> Außerdem trägt eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft wesentlich zur sozialen Integration der Gesellschaft bei, weil sich alle Menschen als grundsätzlich freie Marktteilnehmer begegnen können. Schließlich baut solch eine Marktwirtschaft eine freiheitsschützende Machtbalance zwischen Staat und Gesellschaft auf.<sup>5</sup> All dies

*Ich danke Lisa Herzog und Marc Hübscher für wertvolle Kommentare.*

<sup>1</sup> Vgl. Avner Offer, *In Pursuit of the Quality of Life*, Oxford 1996; Tim Jackson/Ned McBride, *Measuring Progress?*, CES Working Paper, Nr. 11, 2005; Joseph Stiglitz et al., *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, CMEP-SP Issues Paper, 25. Juli 2008.

<sup>2</sup> Vgl. Armin Grunwald/Jürgen Kopfmüller, *Nachhaltigkeit*, Frankfurt/M.–New York 2012, S. 68–75.

<sup>3</sup> Vgl. Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hrsg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung*, Konstanz 2005.

<sup>4</sup> Vgl. zu den verschiedenen Positionen: Karl-Heinz Paqué, *Wachstum!*, München 2010; Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, München 2011; Meinhard Miegel, *Exit*, Berlin 2011; Niko Peach, *Befreiung vom Überfluss*, München 2012.

<sup>5</sup> Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Stuttgart 2008, S. 175 ff.; Friedrich August von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 2005.



spricht dafür, auf eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft nicht zu verzichten, und solch eine Marktwirtschaft muss aus ökonomischen Gründen immer wachstumsorientiert sein, damit sie funktionieren kann.

Es gibt aber eine Alternative zum Verzicht auf Wachstum. Sie besteht darin, nach einem neuen Maßstab für Wachstum zu suchen. Dann wird nicht mehr nur noch die Zunahme von Geld und Gütern gemessen, sondern es geht um ein ganzheitliches Verständnis von Wachstum. Was letztlich wachsen soll, ist tatsächlich die Lebensqualität individueller Menschen.<sup>16</sup> Dafür ist nicht nur die Zunahme ökonomischer Güter, sondern auch die Verbesserung ökologischer und sozialer Chancen erforderlich. Und das alles muss auf faire Weise ablaufen. Dieser zweite Weg ist eine attraktive Alternative zum engen und schädlichen Wachstumsverständnis des BIP.

Derzeit ist zwar noch offen, welches Modell sich zur alternativen Messung von Wachstum eignet. Hier wird jedoch davon ausgegangen, dass sich schon ein geeignetes Modell finden lässt, und daher wird im Folgenden zusammenfassend nur von fairem Wachstum gesprochen. Das erscheint angemessen, weil es ja auch bei Nachhaltigkeit eigentlich um Fairness zukünftigen Generationen gegenüber geht. Diese Idee eines fairen Wachstums soll hier mithilfe eines wichtigen Testfalls auf den Prüfstein gestellt werden. Dieser Testfall sind die Unternehmen als ökonomischer Motor der Gesellschaft. Denn immerhin geht es am Ende nicht nur darum, einen neuen Maßstab für Wachstum zu definieren und messbar zu machen. Vielmehr soll sich die gesellschaftliche Entwicklung auch an diesem neuen Maßstab orientieren.<sup>17</sup>

Wenn sich faires Wachstum in der Praxis bewähren und durchsetzen soll, dann haben Unternehmen aus mindestens drei Gründen eine wichtige Rolle zu spielen. *Erstens* können sie bereits dabei helfen, nach einem geeigneten Maßstab für Wachstum zu suchen. Dies liegt einfach daran, dass Unternehmen schon über großes praktisches Wissen bei der Messung wirtschaftlicher Prozesse verfügen. Sie vermögen daher gut zu beurteilen, welche Maßstäbe

sich für ein faires und nachhaltiges Wachstum praktisch bewähren könnten. *Zweitens* müssen Unternehmen dabei helfen, diesen neuen Maßstab in der Praxis umzusetzen. Natürlich sind nicht nur Unternehmen für faires Wachstum zuständig, sondern auch andere Institutionen und Akteure. Eine wichtige Errungenschaft eines neuen Maßstabs für Wachstum besteht ja gerade darin, die gesellschaftliche Leistung beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen oder Bildungsinstitutionen angemessen zu würdigen. Aber Unternehmen müssen sich an diesem Wandel aktiv beteiligen; denn stehen sie ihm als dominante ökonomische und zunehmend wichtiger werdende politische Akteure entgegen, dann wird solch ein Wandel kaum effektiv gelingen. *Drittens* können Unternehmen sogar als Vorreiter agieren und neue Wachstumsstrategien in Testläufen ausprobieren. Dazu sind sie aufgrund ihrer flexiblen Organisationsstruktur gut in der Lage und aufgrund eines gestiegenen Drucks aus der Zivilgesellschaft zumindest in manchen Fällen auch bedingt motiviert. Ein zufällig gewähltes, aber gutes Beispiel dafür ist die Nachhaltigkeitsstrategie von Puma: Der Hersteller von Sportbekleidung hat aufgrund der anhaltenden öffentlichen Kritik an derartigen Unternehmen eine zukunftsweisende Wachstumsstrategie entwickelt, deren Umsetzung auch öffentlich überprüft werden kann. Dafür hat Puma den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2010 gewonnen.

Doch kann man überhaupt, löbliche Einzelfälle einmal ausgenommen, von Unternehmen erwarten, dass sie sich für faires Wachstum einsetzen? Was genau kann von ihnen erwartet werden, und wie können sie dazu bewegt werden, faires Wachstum zu unterstützen? Auf diese Fragen soll es im Folgenden erste Antworten geben. Dabei wird deutlich, dass die Funktion staatlicher Politik, wenn es um ein anderes und faires Wachstum geht, nicht einfach nur darin bestehen kann, der Wirtschaft und anderen Sektoren durch gesetzliche Regelungen einen festen Rahmen vorzugeben. Vielmehr besteht die Aufgabe der staatlichen Politik auch darin, ein kluges Management anderer (politischer) Akteure aus der Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu betreiben.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Amartya Sen, *Die Idee der Gerechtigkeit*, München 2010, S. 253–280.

<sup>17</sup> Vgl. J. Stiglitz et al. (Anm. 1).

<sup>18</sup> Vgl. Arthur Benz/Nicolai Dose (Hrsg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*, Wiesbaden 2010.

## Verantwortungsfähigkeit der Unternehmen

Einem wirkmächtigen Verständnis in der ökonomischen Theorie und Praxis nach besteht die Verantwortung von Unternehmen ausschließlich darin, ihren Profit zu maximieren. Dafür werden mehrere normative und konzeptionelle Gründe angeführt: Erstens folge aus der Steigerung des Profits auch eine Steigerung des BIP und damit des Wohlstandes. Zweitens seien Unternehmen zumeist privates Eigentum und daher auf die Interessen der Eigentümer an Gewinnmaximierung verpflichtet. Drittens könnten Unternehmen aus praktischen Gründen gar nicht anders als gewinnorientiert agieren, weil sie dem Diktat des an Wettbewerb orientierten Marktes folgen müssten. Viertens seien Unternehmen ohnehin nicht fähig, Verantwortung im eigentlichen Sinne zu übernehmen, sondern nur rein funktional auf Profitmaximierung ausgerichtete Organisationen.<sup>9</sup>

Auf den ersten Blick wirken diese Argumente überzeugend und haben entsprechend große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Aber gerade unter einer veränderten Perspektive auf Wachstum, auch im Hinblick auf Fairness und Nachhaltigkeit, verlieren sie schnell einiges von ihrem Glanz. Besonders deutlich wird dies beim ersten Argument, das von einem engen Zusammenhang zwischen Profitmaximierung und gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausgeht. Wenn sich Wohlstand nämlich nicht mehr nur noch am BIP bemisst, sondern Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen Fairness mitberücksichtigt, dann erscheint Gewinnsteigerung um jeden Preis plötzlich nicht mehr automatisch als unbedingt wünschenswerte Strategie. Im Gegenteil kann Gewinnsteigerung sogar auf Kosten der Umwelt und Fairness geschehen, beispielsweise durch massive Umweltverschmutzung, Massenentlassungen oder schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Darüber hinaus nutzen Unternehmen möglicherweise ihr bereits vorhandenes Potenzial dazu, sich aktiv für Umwelt und Fairness einzusetzen, gar nicht aus. Immerhin werden sie danach auch nicht bewertet, und es gibt keine entsprechende Anreizstruktur.

<sup>9</sup> Vgl. Milton Friedman, *The Social Responsibility of Business is to Increase its Profit*, in: *The New York Times Magazine* vom 13. 9. 1970; Andrew Crane/Dirk Matten, *Business Ethics*, Oxford 2007, S. 42 ff.

Dies alles kann zugestanden und sogar als bedauerlich eingestuft werden, um dann trotzdem mit dem zweiten Argument daran festzuhalten, dass an der rein ökonomischen Profitorientierung von Unternehmen nichts falsch sei. Immerhin seien die meisten Unternehmen in Privatbesitz und agierten in einer freien Marktwirtschaft. Doch Privatbesitz bedeutet nicht, dass man mit seinen Dingen tun kann, was man will; zumindest nicht mehr, sobald andere Menschen negativ davon betroffen sind. Die eigene Freiheit erfährt ihre Grenzen bekanntlich durch die Freiheit der anderen, und das gilt insbesondere, wenn so gewichtige Dinge wie ökologische Nachhaltigkeit und soziale Fairness auf dem Spiel stehen.<sup>10</sup> Außerdem geht es keineswegs darum, die freie Marktwirtschaft abzuschaffen, sondern sie auf kluge Weise zu regulieren. Dies ist ein altbekannter Mechanismus. Inzwischen hat sich die Erkenntnis weit verbreitet, dass Märkte nicht unreguliert bleiben dürfen. Unreguliert können sie zwar nicht intendierte, aber trotzdem extrem negative Nebeneffekte verursachen wie massive Umweltzerstörung, soziale Ungleichheit und Armut.<sup>11</sup>

Beharrlich auf die grundsätzliche Freiheit der Märkte zu insistieren, ist zugleich äußerst wichtig. Erstens bleibt ökonomisches Wachstum ein wichtiger Bestandteil eines umfassenderen Wachstumsbegriffs. Zweitens sind freie Märkte ein zentraler Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft. Doch zugleich stellt sich die Frage, wovon beziehungsweise wozu Märkte eigentlich frei sein sollen. Wie schon gesagt, können sie nicht frei von jeglicher Regulierung sein. Die Regulierung muss allerdings transparent und marktneutral stattfinden, und sie darf das freie Agieren am Markt nicht unmöglich machen. Die Idee freier Märkte beinhaltet auch nicht, und das ist ebenso wichtig, dass sie frei von Moral sein müssen. Konsumenten können ihre Kaufentscheidungen durchaus an moralischen Gesichtspunkten ausrichten, immer mehr tun dies auch. Ebenso können Unternehmen ihre Produktion und ihren Handel an fairen und nachhaltigen Kriterien ausrichten, einige tun dies bereits, andere versuchen

<sup>10</sup> Vgl. John Stuart Mill, *Liberalismus*, Stuttgart 1986, S. 23; John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 1979, S. 274–282; ders., *Gerechtigkeit als Fairness*, Frankfurt/M. 2001.

<sup>11</sup> Vgl. Joseph Stiglitz, *Im freien Fall*, München 2010.

es zumindest.<sup>12</sup> Freier Handel und freier Wettbewerb sind also sowohl mit staatlicher Regulierung als auch mit einer Moralisierung der Märkte vereinbar. Daher stellt ein fairer Wachstumsbegriff das Privateigentum und die Freiheit der Märkte nicht infrage. Vielmehr ist er geeignet, die allgemeine Freiheit zu befördern, weil zugleich die Freiheit zukünftiger Generationen und massiv benachteiligter Menschen berücksichtigt wird.

An dieser Stelle setzt das dritte Argument gegen die Verpflichtung von Unternehmen auf faires und nachhaltiges Wachstum an. Eine entsprechende Regulierung und moralische Eigenverantwortung mag vielleicht wünschenswert erscheinen, sei aber ganz und gar unrealistisch, so der Einwand. Der globale Konkurrenzkampf an Märkten ließe weder zu, dass einzelne Unternehmen, noch dass einzelne Staaten auf einen anderen Wachstumsbegriff umschwenkten. Eine Selbstverpflichtung oder gesetzliche Regulierung würde die betreffenden Unternehmen so unrentabel machen, dass sie vom Markt gedrängt würden, gar keine Werte mehr generieren und nichts mehr zu irgendeinem Wachstum beitragen könnten.<sup>13</sup> Dies ist ein starkes Argument, denn es konfrontiert das Eintreten für einen neuen Wachstumsbegriff mit dem Einwand, zwar gute Absichten zu verfolgen, aber das Gegenteil zu erreichen, nämlich nur Werte zu zerstören. Zugleich ist dieses Argument jedoch auch zu zögerlich und unterschätzt kreative sowie innovative Wege der Regulierung und Übernahme von Verantwortung.

Tatsächlich besteht die zentrale Herausforderung darin, auf faires Wachstum umzustellen, ohne dadurch jegliche Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Natürlich wäre es blauäugig anzunehmen, dass solch eine Umstellung ohne Einbußen an rein monetär gemessenem Gewinn gelingen kann. Aber Einbußen bedeuten nicht sofort den Verlust jeglicher Konkurrenzfähigkeit, wie die zahlreichen Beispiele krasser Misswirtschaft selbst großer Konzerne zeigen.<sup>14</sup> Es kann also durchaus gelingen,

für Unternehmen eine positive Anreizstruktur zu schaffen, sodass sie sich selbst darum bemühen, auf faires Wachstum umzustellen, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit einzubüßen. Dies kann durch kluge Regulierungen und durch den Einsatz der Ressource Moral in der Zivilgesellschaft geschehen. Im nächsten Abschnitt soll es daher um die Frage gehen, ob dieser Ansatz wirklich eine Aussicht auf Erfolg besitzt.

Zuvor gilt es jedoch noch, das vierte Argument zu entkräften. Demnach seien Unternehmen einfach keine Akteure, die Verantwortung übernehmen können. Immerhin haben sie keinen Geist, mit dessen Hilfe sie freie und verantwortungsbewusste Entscheidungen fällen können, und besitzen keinen Körper, der sich bestrafen lässt. Beides sei für Verantwortung jedoch notwendig, so die übliche Annahme. Unternehmen seien bloße Organisationsstrukturen, die funktional auf bestimmte Ziele ausgerichtet seien, nämlich die Gewinnmaximierung.<sup>15</sup> Gegen diese so selbstverständlich erscheinende Annahme lässt sich durchaus verteidigen, dass Unternehmen Akteure sind, die zudem auch die Fähigkeit besitzen, verantwortlich zu agieren.

Es sind drei Gründe, die dafür sprechen, dass Unternehmen grundsätzlich verantwortungsfähig sind und ihnen daher auch eine Verantwortung dafür aufgebürdet werden kann, sich für faires Wachstum zu engagieren.<sup>16</sup> Wie die vorherige Argumentation gezeigt hat, ist es *erstens* wünschenswert, Unternehmen als verantwortungsfähige Akteure aufzufassen. Genau aus dem Grund sind sie beispielsweise auch Personen des Rechts. Ihnen wird die Verantwortung dafür übergeben, Verträge schließen zu können, weil es wünschenswert ist, dass sie es tun. Für sich genommen reicht dieses Argument natürlich nicht aus. Etwas ist nicht einfach schon deswegen der Fall, nur weil es wünschenswert erscheint. Aber es sprechen noch zwei weitere Gründe dafür: *Zweitens* erweisen sich Unternehmen in der Praxis als verantwortungsfähige Akteure. Sie können beispielsweise jede Verantwortung von sich weisen, wenn es zu einer Umweltkatastrophe gekommen ist. Oder sie können von sich behaupten, ihrer sozialen Verantwortung nach-

<sup>12</sup> Vgl. Ludger Heidbrink/Imke Schmidt/Björn Ahaus (Hrsg.), *Die Verantwortung des Konsumenten*, Frankfurt/M.–New York 2011.

<sup>13</sup> Vgl. Christian Neuhäuser, *Unternehmen als moralische Akteure*, Berlin 2011, S. 270–278.

<sup>14</sup> Vgl. David A. Ricks, *Blunders in International Business*, Oxford 2006; Stewart Hamilton/Alicia Mickelthwait, *Greed and Corporate Failure*, London 2006.

<sup>15</sup> Vgl. Seumas Miller, *The Moral Foundation of Social Institutions*, Cambridge, MA 2009.

<sup>16</sup> Vgl. zur folgenden Argumentation: C. Neuhäuser (Anm. 13).

zukommen, beispielsweise wenn sie Wohltätigkeitsprojekte unterstützen. Dies zeigt schon einmal, dass sie die Sprache der Verantwortung verstehen. Genau das ist auch die zentrale Voraussetzung dafür, das eigene Handeln entsprechend ausrichten zu können. *Drittens* spricht theoretisch nichts dagegen, Unternehmen als Akteure aufzufassen. Faktisch tun wir das in unserem Umgang mit ihnen auch ständig. Natürlich sind sie nicht genauso Akteure wie Menschen. Aber sie haben alles, was es braucht, um selbstständig handeln zu können: Durch ihre Unternehmensstruktur verfügen sie über die Fähigkeit, reflektierte Entscheidungen zu fällen und Pläne zu machen. Durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen sie über die Fähigkeit, diese Pläne in die Tat umzusetzen. Es kommt nur darauf an, dass sie ihre bisher an reiner Gewinnmaximierung orientierten Pläne durch andere auf faires Wachstum ausgerichtete Pläne ersetzen. Es ist also sowohl wünschenswert als auch möglich, Unternehmen als verantwortliche Akteure aufzufassen. Deswegen können sie dazu in die Verantwortung genommen werden, sich an fairem Wachstum zu orientieren. Das gilt allerdings nur soweit dies im Bereich ihrer Möglichkeiten liegt, solange sie also ihre Konkurrenzfähigkeit dadurch nicht verlieren. Alles andere wäre eine grobe Überforderung und daher kontraproduktiv.

## Leistungsfähigkeit der Unternehmen

Was genau sollen Unternehmen in Bezug auf ein faires Wachstum leisten? Und wie lassen sie sich in eine Bewegung zur Umstellung auf faires Wachstum integrieren? Zur ersten Frage soll hier über einige generelle Bemerkungen hinaus nicht viel gesagt werden. Denn es wird sich erst im Laufe der Zeit praktisch herausstellen, wenn Unternehmen erst einmal damit beginnen, auf faires Wachstum zu setzen, was genau sie leisten können und was von ihnen erwartet werden kann. Allerdings lassen sich zumindest vier Eckpunkte für die Beteiligung von Unternehmen bereits *in abstracto* festhalten: Sie können sich an einem *Reporting* für faires Wirtschaften beteiligen, wie es eine Reihe von Unternehmen ja bereits leistet. Fraglos wird dieses *Reporting* an vielen Stellen einseitig und auch ein wenig geschönt ausfallen. Aber zugleich hilft es dabei, das Thema immer stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Außerdem können Unternehmen

aufgrund ihrer spezifischen Expertise dabei helfen, ein faires Konzept von Wachstum aussagekräftiger und besser messbar zu machen. Unternehmen sind immerhin sehr gut darin, Daten zu sammeln, zu verarbeiten und in aussagekräftige Informationen umzuwandeln.

Ferner können Unternehmen schon allein dadurch, dass sie sich einer Umstellung auf faires Wachstum nicht widersetzen, einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Lobbyarbeit von Unternehmen und ihr ökonomisches Drohpotenzial sind eine wichtige politische Machtressource. Sie könnten diese Macht einsetzen, um eine Umstellung auf faires Wachstum ernsthaft zu gefährden. Stattdessen können sie ihren Einfluss aber auch dafür nutzen, diese Umstellung auf möglichst wettbewerbsneutrale Weise mitzugestalten.<sup>17</sup> Sie könnten genau dies als besondere Herausforderung begreifen, um ihre Managementkompetenzen dafür zu nutzen, neue und außerordentlich anspruchsvolle Aufgaben zu meistern.<sup>18</sup>

Außerdem können Unternehmen bereits jetzt ihren am Markt bestehenden Spielraum dazu nutzen, um selbst Schritt für Schritt auf faires Wachstum umzustellen. Sie können beispielsweise nachhaltiger wirtschaften oder kontrolliert fair gehandelte Ware beziehen. Oft sind dies nur kleine Schritte, die zusammen aber einen gewaltigen Sprung nach vorn initiieren können, weil sie ein grundsätzliches Umdenken und eine neue Idee von fairem Wirtschaften mit Blick auf ein faires Wachstum einleiten. Alles was es dafür braucht, ist die Bereitschaft und den Mut der Wirtschaftseliten, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Schließlich können Unternehmen durch Marketingkampagnen für ihre Orientierung an fairem Wachstum werben und dadurch neue Marktsegmente erschließen. Wenn sie ihre Produktion, ihre Dienstleistungen und ihren Handel auf faires Wachstum umstellen, dann muss sich die Nachfrage ebenfalls umstellen, sonst versackt die unternehmerische Initiative schnell, weil gar kein Markt zustande kommt.

<sup>17</sup> Vgl. Karl Homann/Andreas Suchanek, *Ökonomik*, Tübingen 2005.

<sup>18</sup> Das Problem ist hier, dass es gerade unter Topmanagern kaum individuelle Vorbilder gibt, die einen entsprechenden Ansporn liefern. Genau dies müsste durch herausragende soziale Anerkennung gefördert werden.

Allerdings dürfen sich Unternehmen auch nicht auf die Behauptung zurückziehen, sie könnten ja nichts tun, weil keine Nachfrage bestünde. Denn tatsächlich verfügen sie selbst über das Potenzial, erheblichen Einfluss auf die Nachfrage am Markt zu nehmen und können dies nutzen, um auch die Nachfrage in Richtung faires Wachstum zu bewegen.<sup>19</sup> Dann ist nicht mehr einfach nur „billiger besser“ und „Geiz geil“, sondern Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zählen ebenfalls. Hier zeigt sich bereits, dass es nicht nur um Werbung geht, sondern dies vielmehr nur ein Teil eines gesamtgesellschaftlichen Narrativs ist, das sich in Richtung faires Wachstum verändern muss.<sup>20</sup>

Diese vier Eckpunkte sind nur erste Schritte. Sie zeigen, dass sich Unternehmen an der Umstellung auf faires Wachstum beteiligen können und – was vielleicht noch wichtiger ist – diese Umstellung nicht unbedingt überall dort aufhalten oder verhindern müssen, wo sie es könnten. Dennoch wäre es naiv anzunehmen, dass Unternehmen einfach so alle ihre Kräfte nutzen werden, um Schritt für Schritt auf faires Wachstum umzustellen. Zwar gibt es in vielen und auch in sehr großen Unternehmen zahlreiche Menschen, die solch eine Umstellung persönlich befürworten würden. Aber deren individuelle Fähigkeit, den Kurs insbesondere großer Unternehmen zu verändern, ist häufig sehr begrenzt.<sup>21</sup> Es bedarf also äußerer Anstöße in Form von negativen Sanktionen und positiven Anreizen. Negative Sanktionen können auf ein Problem und einen Handlungsbedarf aufmerksam machen, eine dauerhafte Umstellung können jedoch vor allem positive Anreize leisten. Es ist also durchaus akzeptabel, wenn von Seiten der Zivilgesellschaft ein moderates *blaming* und *shaming* betrieben wird, falls Unternehmen sich gegen ein faires Wachstum stellen und beispielsweise in der Nachhaltigkeit oder bei anständigen Arbeitsbedingungen eklatante Mängel aufweisen.<sup>22</sup> Genauso angemessen ist es natürlich, wenn sich der Gesetzgeber entscheidet, durch rechtliche Sank-

tionen unerwünschtes Verhalten zu verbieten und so gewissermaßen für Unternehmen zu kostspielig zu machen.

Doch derartige Sanktionen wären kaum besonders effektiv, wenn sie nicht durch positive Anreize flankiert würden. Denn immerhin soll es ja darum gehen, dass sich Unternehmen der Umstellung auf faires Wachstum nicht widersetzen und sich sogar innovativ daran beteiligen. Bei bloß negativen Sanktionen gäbe es wohl kaum eine Beteiligung, sondern reichlich Widerstand. Wie also kann es gelingen, für Unternehmen positive Anreize zu schaffen, sich an fairem Wachstum zu beteiligen? Letztendlich müssen zwei gravierende Veränderungen eingeleitet werden: Die Struktur der Märkte und die Struktur der Unternehmen selbst müssen sich ändern. Beide sollten für faires Wachstum zugänglicher werden. Der Einsatz für faires Wachstum muss sich für die Stellung am Markt und für die Stabilität im Unternehmen positiv auswirken, der Verstoß gegen die Kriterien des fairen Wachstums und eine allzu einseitige Orientierung an ökonomischem Wachstum dagegen negativ.<sup>23</sup>

Dies kann nur gelingen, wenn politische Regulierung und zivilgesellschaftliche Steuerung ineinandergreifen. Die Politik kann dafür sorgen, dass durch die Rahmensetzung solche Unternehmen belohnt werden, die auf faires Wachstum setzen. Die Zivilgesellschaft kann durch ihren Einfluss auf das Kaufverhalten der Konsumenten dafür sorgen, dass die Märkte für solche Unternehmen wachsen. Dies kann wiederum durch die Politik gestärkt werden, indem sie solche zivilgesellschaftlichen Prozesse unterstützt. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Aufgabe der Politik in zunehmend komplexen Gesellschaften nicht nur in direkter Regulierung besteht, sondern indirekte Regulierung durch das politische Management zivilgesellschaftlicher Prozesse immer wichtiger wird.

<sup>19</sup> Vgl. Benjamin Barber, *Consumed!*, München 2008.

<sup>20</sup> Vgl. Jeremy Rifkin, *Die dritte industrielle Revolution*, Frankfurt/M. 2011.

<sup>21</sup> Vgl. Günther Ortman, *Organisation und Moral*, Weilerswist 2010.

<sup>22</sup> Vgl. Iris M. Young, *Inclusion and Democracy*, Oxford 2000, S. 157 ff.; dies., *Responsibility for Justice*, Oxford 2010, S. 133 ff.

<sup>23</sup> Vgl. Marc Hübscher, *Die Firma als Nexus von Rechtfertigungskontexten*, Marburg 2010; ders./Christian Neuhäuser, *Organisationsökonomik und Gerechtigkeit*, in: Olaf J. Schuhmann/Hille Haker/Martin Schröter (Hrsg.), *Marktwirtschaft und Menschenrechte*, Tübingen 2012; Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik*, Bern 1997; Bruce Ackerman/Anne Alstott, *The Stakeholder Society*, New Haven 1999.



„APuZ aktuell“, der Newsletter von

## Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

# APuZ

Nächste Ausgabe

29–31/2012 · 16. Juli 2012

## Qualitätsjournalismus

*Margreth Lünenborg*

Qualität in der Krise?

*Bernhard Pörksen · Hanne Detel*

Über die Zukunft der Enthüllung

*Volker Lilienthal · Thomas Schmedler*

Gezwungen, sich zu verkaufen?

*Leif Kramp · Stephan Weichert · Alexander Matschke*

Überlegungen zur Qualität im Krisenjournalismus

*Jörg Biallas*

Zur Relevanz von Regional- und Lokaljournalismus

*Knut Bergmann · Leonard Novy*

Chancen und Grenzen philanthropischer Finanzierungsmodelle

*Horst Pöttker*

Meilenstein der Pressefreiheit – 50 Jahre Spiegel-Affäre

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
Dr. Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
An dieser Ausgabe wirkte Christine Maervis  
als Praktikantin mit.  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
22. Juni 2012

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurahsenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißensefelder Straße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird  
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**  
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-  
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-  
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

IBRo  
Kastanienweg 1  
18184 Roggentin  
Telefax (038204) 66 273  
[bpb@ibro.de](mailto:bpb@ibro.de)  
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit  
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen  
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

# Wohlstand ohne Wachstum? APuZ 27–28/2012

*Meinhard Miegel · Ulrich Brand*

## 3–14 **Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen**

Beide Beiträge sehen durch das herrschende Wachstumsparadigma die Tragfähigkeitsgrenze der Erde erreicht. Während der erste die Einstellungen von Menschen fokussiert, sieht der zweite eine Verbindung zwischen Wachstum und Herrschaft.

*K.-H. Paqué · B. Jochimsen · M. O. Bettzüge · U. Schneidewind*

## 15–27 **Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität: aktuelle Debatten**

In drei Beiträgen werden die wichtigsten Fragestellungen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ nachgezeichnet.

*Christian Kroll*

## 27–32 **Neue Indikatoren – und ein Glücks-Audit für die Politik**

Neue Indikatoren für das Wohlergehen des Landes sind unabdingbar. Zur Verbesserung von Politikmaßnahmen ist eine systematische Gesetzesfolgenabschätzung unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Glücksforschung notwendig.

*Till van Treeck*

## 32–38 **Ungleiche Einkommensverteilung als Hindernis**

Während kurzfristig hohes Wirtschaftswachstum nötig sein dürfte, um die ökonomische Ungleichheit in vielen Staaten zu reduzieren, wird längerfristig erst die Reduzierung der Ungleichheit den Wachstumszwang überwinden helfen.

*Johannes Hoffmann · Gerhard Scherhorn*

## 39–45 **Nachhaltigkeit und marktwirtschaftliche Ordnung**

Noch passt die Marktwirtschaft nicht zur nachhaltigen Entwicklung, weil der Wettbewerb die Externalisierung von Kosten auf Gemeinressourcen erzwingt. Anknüpfungspunkte für Reformen bietet das Eigentumsrecht.

*Nicole Rippin*

## 45–51 **Wachstum für alle?**

Kernidee des *pro-poor-growth*-Konzepts ist es, wirtschaftliches Wachstum als Maßnahme zur Armutsbekämpfung einzusetzen. Doch inwiefern sind dieses entwicklungspolitische Konzept und seine Instrumente auf Deutschland übertragbar?

*Claus J. Tully*

## 51–56 **Nachhaltiger Konsum**

Die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs rückt auch Konsumgesellschaften in den Blick. Zu nachhaltigem Handeln braucht es nicht nur Theorien zu ökologischen Risiken, sondern auch Sensibilität für die Handlungsfolgen aus Konsum.

*Christian Neubäuser*

## 57–62 **Faires Wachstum und die Rolle der Unternehmen**

Testfall für die Idee eines fairen Wachstums sind die Unternehmen als ökonomischer Motor der Gesellschaft. Was kann man von ihnen erwarten? Wie können sie dazu bewegt werden, faires Wachstum zu unterstützen? Der Beitrag bietet Anregungen.